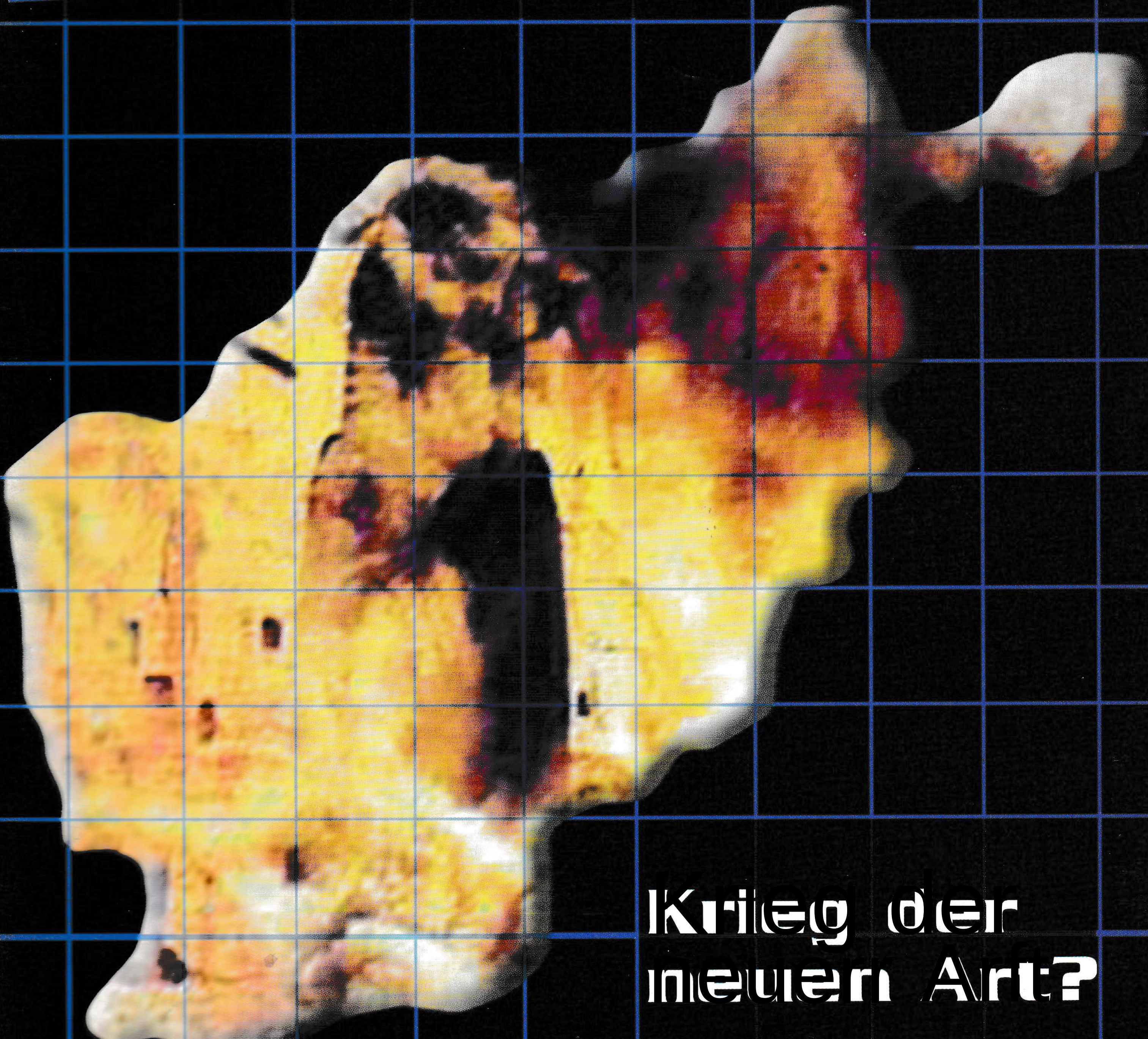
NR.73 21. Jahrgang Winter 2001/2002 8,-DM/4 Euro

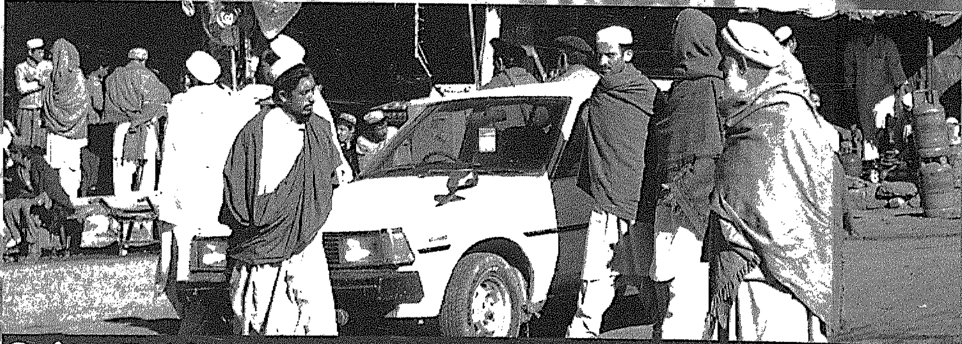
SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit



Krieg der neuen Art?

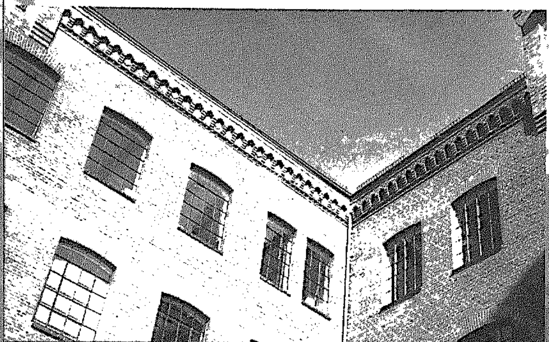
Beiträge von:
Noam Chomsky
Christoph Spehr
Robert Fisk



Seite 5-18



Seite 20 – 24



Seite 39 – 46



Inhalt Nr.73

»Dies wird ein langer Krieg werden«, verkündete Präsident Bush. Gute Nachrichten für die Waffenindustrie, der nach dem Ende des Kalten Krieges schon die Felle davonzuschwimmen schienen. Jetzt steht sogar die halbe Partei der ehemals pazifistischen Grünen hinter Out of Area-Einsätzen und damit hinter der Umrüstung der Bundeswehr zur schnellen Eingreiftruppe und weiteren Einsätzen a la Kosovo und Afghanistan.

Begleitet von blutlosen Bildern startender Militärjets erinnert die Inszenierung dieses Krieges an den Laufsteg der Haute Couture. Und »unser« bundesdeutscher »Fuchs« avanciert zum bewunderten Objekt der Begierde und steht auf den Weihnachtswunschlisten der Anti-Terror-Allianz, obwohl er eigentlich gar nicht B-Waffen-fähig ist.

Währenddessen stößt die Nördliche Allianz weiter vor, mit Plünderungen und Vergewaltigungen. Unsere Medien haben diese Kämpfer idealisiert, haben so für sie geschwärmt, die Bomben der USA haben sie so bedingungslos unterstützt, die Fernsehbilder präsentierten sie so ehrerbietig, dass wir nun Schwierigkeiten haben, mit ihrem Ungehorsam umzugehen.

Der englische Journalist Robert Fisk fragt deshalb zurecht: »Was wird die Nördliche Allianz jetzt in unserem Namen tun? Ich fürchte mich, daran zu denken...

Das war so nicht geplant gewesen. Die nette, freundliche Nördliche Allianz, unsere persönlichen Fusssoldaten in Afghanistan, befinden sich in Kabul. Sie hatten versprochen – nicht wahr? – die afghanische Hauptstadt nicht zu betreten. Sie sollten allenfalls Mazar-i-Sharif, und vielleicht Herat einnehmen, um die Schwäche der Taliban zu demonstrieren,... Die Leiche des alten Mannes im Zentrum von Kabul, hingerichtet von unsere Helden in der Allianz, hätte nicht im Fernsehen gezeigt werden sollen.« (The Independent, London, 14.November, 2001)

Erinnern wir uns, dass die USA schon einmal frohlockten, damals als die bin Ladens die Sowjetunion aus Kabul vertrieben hatten. Ungehört blieb einst die Warnung der pakistanischen Präsidentin Beazir Bhuttos an Bush, senior: »Ihr habt ein Monster erschaffen.«

Bush, junior versprach dem pakistanischen General Musharraf, die Allianz würde unter Kontrolle gehalten, die UN würde eine repräsentative Regierung in Kabul einsetzen. Was wohl daraus wird? Und was wohl aus Pakistan wird? General Rashid Dostum, einer »unserer« Helden, da er Mazar-i-Sharif wiedererobert hat, hat nicht den Ruf besonders gehorsam zu sein, dafür bestraft er seine Soldaten bisweilen, indem er sie an Panzerräder festbindet und sie zu Fleisch-Muss verarbeitet. Doch ein »Monster« wollen wir ihn (noch?) nicht nennen, denn er ist weltlichen Genüssen nicht abgeneigt und das erteilt ihm Absolution in Zeiten eines düsteren politisch-religiösen Fanatismus. Und während wir die neuen »Freiheiten« der afghanischen Bevölkerung feiern, übersehen wir geflissentlich, dass sich auch die Nordallianz aus dem Drogenanbau finanziert. So hat die Anti-Terror-Allianz wieder einmal mehr nur deshalb Verbündete, weil auch diese die Taliban hassen. Verbündete, die kaum dem edlen Bild der Kämpfer für »Demokratie und Freiheit« entsprechen, ja sich noch nicht mal gegen Armut, Not und patriarchalische Unterdrückung der afghanischen Bevölkerung zur Wehr setzen. Und doch gibt es eine Gemeinsamkeit mit den Verteidigern der »Freiheit«: Genau wie die USA hat keine afghanische Regierung bislang das Abkommen gegen Landminen anerkannt, obwohl Afghanistan mit 10 Millionen Minen wahrlich auf einer Zeitbombe sitzt. Oder wie Eduardo Galeano es ausgedrückt hat:

»Auf einer Nadelspitze. In dem globalen Irrenhaus. Zwischen einem Mann, der denkt er sei Mohammed und einem anderen Mann, der denkt er sei Buffalo Bill. Zwischen dem Terrorismus der Anschläge und dem Terrorismus des Krieges.« (Eduardo Galeano, Symbole, La Jornada, 24.10.01)

Wolfgang Haug

Mit diesem Heft wollen wir uns bei unseren bisherigen Redakteuren Boris Scharlowski (neue Tätigkeit bei Terres des hommes) und Dieter Schmidt (Vorstandstätigkeit in der Trotzdem-Verlagsgenossenschaft) für ihre Arbeit an der Zeitschrift bedanken. Mit Michael Schiffmann und »Kleister« stehen die ersten Nachfolger bereits fest, mit mehreren anderen sind wir im Gespräch, darunter Dieter Nelles, der sich um den historischen Teil des SF kümmern wird. Der SF wird also 2002 wesentlich von neuen Leuten mitgestaltet werden. Wir wollen die LeserInnen bitten, sich dieses Jahr ganz speziell zu überlegen, ob sie dem Projekt Schwarzer Faden nicht größere Spenden zukommen lassen können. Erstmals seit der Gründung der Zeitschrift im Mai 1980 können wir den SpenderInnen steuerabzugsfähige Spendenquittungen ausstellen. Wenn genügend Geld zusammenkommt, soll damit nicht nur die kontinuierliche Arbeit sichergestellt, sondern auch ein lange geplanter Web-Auftritt des SF realisiert und Veranstaltungen organisiert werden.

Spendet an: Postscheckkonto Stuttgart
(BLZ 600 100 70), Ktonr. 574 63 - 703
(W. Haug/Verein zur Förderung libertärer Bildungsarbeit e.V.)

Der »neue Krieg gegen den Terror«



Foto: Christian Ditsch/version

Interview mit Noam Chomsky

Interview am 22. 9. 2001

Strassenszene in Peshawar. 80% der Bevölkerung in Peshawar, nahe der Grenze zu Afghanistan, sind afghanische Fluechtlinge, die Anfang der achtziger Jahre vor der sowjetischen Invasion nach Pakistan flüchteten.

Nehmen wir einfach einmal an, dass bin Laden tatsächlich hinter den Ereignissen vom 11. September steht. Welche Gründe könnte er gehabt haben? Der Anschlag hat den armen und unterdrückten Menschen auf der ganzen Welt gewiß nicht geholfen, schon gar nicht den Palästinensern. Was kann bin Ladens Ziel gewesen sein, fall er den Anschlag geplant hat?

In dieser Hinsicht sollte man vorsichtig sein. Laut Robert Fisk, der bin Laden mehrmals ausführlich interviewt hat, teilt bin Laden den in der gesamten nahöstlichen Region herrschenden Zorn über die US-Unterstützung für das brutale Vorgehen gegen die Palästinenser und über die Verheerung der irakischen Zivilgesellschaft durch die USA. Diese Einstellung findet sich unter Armen wie Reichen und reicht quer durch das politische, kulturelle Spektrum.

Viele Beobachter, die die Umstände gut kennen, sind auch skeptisch im Hinblick auf bin Ladens Fähigkeit, die unglaublich ausgefeilte Aktion vom 11. September von irgendeiner Höhle in Afghanistan aus zu planen. Aber dass sein Netz daran beteiligt war und dass er außerdem für die Täter eine Quelle der Inspiration war, ist höchst plausibel. Wir haben es hier mit dezentralen, nicht-hierarchischen Strukturen zu tun, die wahrscheinlich nur in sehr begrenztem Maß untereinander in Kontakt stehen. Es ist durchaus möglich, dass bin Laden die Wahrheit sagt, wenn er behauptet, er habe von der Operation nichts gewußt, auch wenn er sie ganz offen gutheißt.

Von alldem abgesehen hat bin Laden ganz klar gesagt, was seine Ziele sind, nicht nur gegenüber sämtlichen Beobachtern aus dem Westen wie Robert Fisk, die ihn interviewt haben, sondern auch, was noch wichtiger ist, gegenüber einem arabischen Publikum, auf arabischsprachigen Kassetten, die allenthalben in Umlauf sind und auf denen er nach Angaben von Leuten, die sie gehört haben, so ziemlich dasselbe sagt wie gegenüber den Interviewern aus dem Westen. Im Rahmen des dort skizzierten Weltbildes bilden Saudi-Arabien und andere korrupte und unterdrückerische Regimes, von denen keines wahrhaft »islamisch« ist, das Hauptübel. Und bin Laden und sein Netzwerk setzen auf die Unterstützung von Muslimen, die sich gegen »Ungläubige« verteidigen, ganz gleich, wo das sein mag: in Tschetschenien, Bosnien, Kaschmir, Westchina, Südostasien, Nordafrika und wo sonst noch. Sie haben einen heiligen Krieg zur Vertreibung der Russen (die in ihren Augen einfach Europäer sind) aus dem muslimischen Afghanistan geführt und gewonnen, aber noch wichtiger für sie ist die Vertreibung der Amerikaner aus Saudi-Arabien. Das Land, das für sie als Stätte der heiligsten Orte des Islam noch von weitaus größerer Bedeutung ist. Bin Ladens Aufruf zum Sturz korrupter und brutaler, von



Das Dorf Landi Kotal am Khyber Pass, nahe der afghanisch-pakistanischen Grenze. Mehr als 90% der Bevölkerung kommt aus Afghanistan und sind Unterstützer der Taliban-Bewegung.



Foto: Christian Ditsch/version

Verbrechern und Folterknechten geführter Regimes findet weithin Widerhall, ebenso wie seine Empörung über die Gräueltaten, die er und andere mit ziemlich gutem Grund den USA anlasten. Dabei ist absolut richtig, dass seine Verbrechen gerade den ärmsten und unterdrücktesten Menschen im Nahen und Mittleren Osten enormen Schaden zufügen. So stellten die jüngsten Angriffe auch für die Palästinenser einen furchtbaren Schlag dar. Aber was von außen wie ein scharfer Widerspruch aussehen mag, kann sich von innen gesehen gänzlich anders darstellen. Indem er einen mutigen Kampf gegen Unterdrücker führt, die ja tatsächlich vorhanden sind, kann er als Held erscheinen, ganz gleich, wie schädlich seine Aktionen für die arme Mehrheit der Bevölkerung sind. Und wenn es den USA gelingt, ihn zu töten, kann er vielleicht sogar als Märtyrer noch mächtiger werden, dessen Stimme auch weiterhin auf den in Umlauf befindlichen Kassetten und auf anderem Wege gehört werden wird. Schließlich ist er für die USA, und vermutlich für einen Großteil der Bevölkerung, ebenso sehr ein Symbol wie eine objektiv vorhandene Kraft.

Es besteht meiner Ansicht nach allen Grund, seine Worte ernst zu nehmen. Und seine Verbrechen können für die CIA wohl kaum eine große Überraschung darstellen. Der »Blowback« von Seiten der radikalen islamischen Kräfte, die von den USA, Ägypten, Frankreich, Pakistan und anderen bewaffnet und ausgebildet wurden, fast zeitgleich, mit der Ermordung des ägyptischen Präsidenten Sadat 1981, der zu den begeistertsten Unterstützern dieser Kräfte gehört hatte. Man hob sie damals aus der Taufe, damit sie einen Heiligen Krieg gegen die Russen führen.



Nochmals: Wenn bin Laden diese Aktionen plante, und besonders wenn die jetzt weit verbreitete Angst vor weiteren solchen Anschlägen berechtigt ist – was ist dann das richtige Vorgehen, um diese Gefahr zu reduzieren oder zu beseitigen? Welche innen- und außenpolitischen Schritte sollten die USA und andere Mächte unternehmen? Was wären die Resultate solcher Schritte?

Natürlich liegen die Dinge jedesmal anders, aber betrachten wir uns einmal einige analoge Fälle. Was war für Großbritannien der richtige Umgang mit Bombenattentaten der IRA in London? Eine Möglichkeit wäre gewesen, die Royal Airforce loszuschicken und sie die Herkunftsorte der IRA-Finanzen, Orte wie etwa Boston, bombardieren zu lassen. Das wäre, von Fragen der Machbarkeit einmal abgesehen, kriminelle Idiotie gewesen. Eine andere Möglichkeit bestand darin, realistisch die den Hintergrund der Attentate bildenden Sorgen und Nöte in Betracht zu ziehen und



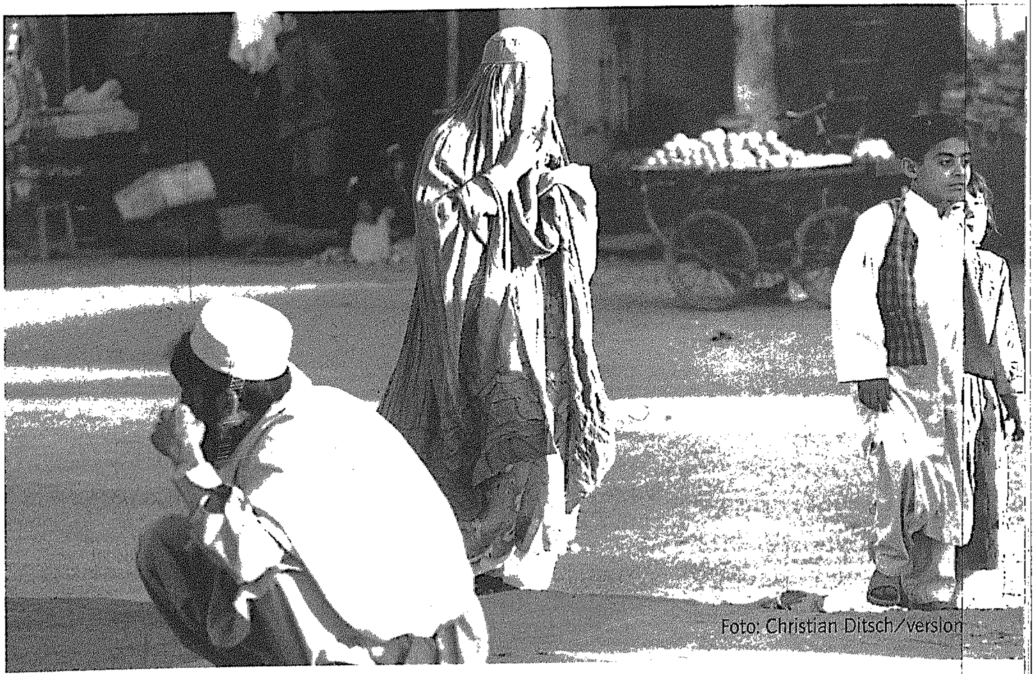


Foto: Christian Ditsch/version

Strassenszene in Peshawar.

zu versuchen, sie zu lindern – und gleichzeitig unter Einhaltung des Rechts kriminelle Täter zu bestrafen. Man sollte denken, dass letzteres Vorgehen weitaus sinnvoller ist. Oder nehmen wir den Bombenanschlag auf das Bundesgebäude in Oklahoma City 1995. Da wurde sofort die Forderung nach einer Bombardierung des Nahen Ostens erhoben, und das wäre wahrscheinlich auch passiert, wenn man auch nur den kleinsten Hinweis dafür gefunden hätte, dass die Urheber dort zu suchen waren. Als sich herausstelle, dass die Täter aus den Reihen der echten Milizen kamen, forderte niemand dazu auf, Montana und Idaho auszuradieren. Statt dessen gab es eine Fahndung nach dem Täter, der aufgespürt, vor Gericht gestellt und verurteilt wurde, und insoweit die damalige Reaktion auf die Tat sinnvoll war, gab es dann Bemühungen, die Frustrationen zu verstehen, die hinter derartigen Verbrechen stehen, und die jeweiligen Probleme zu lösen. So gut wie jedes Verbrechen – ob es sich dabei um Straßenraub oder enorme Greueltaten handelt – hat Gründe, und im allgemeinen finden wir, dass einige davon ernsthafter Natur sind und angegangen werden sollten. Das ist zumindest der Weg, den wir einschlagen werden, wenn es uns in irgendeiner Weise um Recht und Gerechtigkeit zu tun ist und wenn wir darum bemüht sind, die Gefahr weiterer Gräueltaten zu verringern, nicht darum, sie zu vergrössern. Genau dieselben Prinzipen sind auch sonst praktisch immer gültig, wobei man natürlich den wechselnden Umständen die gebührende Aufmerksamkeit schenken muss. Sie gelten insbesondere auch in diesem Fall.

Es gibt jetzt hysterisches Geschrei, das besagt, dass wir uns auf keinen Fall mit den Gründen beschäftigen dürfen, die hinter den kriminellen Handlungen unserer Feinde (bei unseren Freunden ist es etwas anderes) stehen, weil das darauf hinauslaufe, diese Handlungen gutzuheißen. Abgesehen von seiner offenkundigen Absurdität ist dieser Standpunkt schon aus den elementarsten Erwägungen heraus zutiefst unmoralisch: Er erhöht die Wahrscheinlichkeit neuer Katastrophen. Und genau wie im Fall anderer unmoralischer Handlungen sollten wir fragen, was hinter dieser beschämenden Haltung steht. Die Antwort darauf ist häufig ziemlich unerfreulich.

Welche Schritte bereitet dagegen die US-Regierung jetzt vor? Was wird das Ergebnis sein, wenn sie sich mit diesen Plänen durchsetzt?

Was jetzt verkündet worden ist, läuft praktisch auf eine Kriegserklärung an all jene hinaus, die sich Washington nicht anschließen wollen. Die Nationen der Erde stehen vor einer »klaren Wahl«: Schließt euch uns in unserem Kreuzzug an oder »macht euch auf die sichere Aussicht von Tod und Zerstörung gefaßt« (R.W. Apple, New York Times, 14. September 2001). Bushs Rhetorik in seiner Rede am 20. September ist eine entschlossene Wiederholung genau dieser Haltung. Wenn man das wörtlich nimmt, ist es praktisch eine Kriegserklärung an einen Großteil der restlichen Welt. Aber ich bin sicher, dass es falsch wäre, das wörtlich zu nehmen. Planer auf Regierungsebene verstossen im allgemeinen nicht derart kraß gegen ihre eigenen Interessen. Was die tatsächlichen Pläne dieser Leute sind, wissen wir nicht. Aber ich gehe davon aus, dass sie sich die Warnungen, die sie jetzt von Politikern des Auslands, Spezialisten für den Nahen und Mittleren Osten und vermutlich auch von ihren eigenen Geheimdiensten erhalten, zu Herzen nehmen, die besagen, dass ein massiver Militärangriff, der zum Tod vieler unschuldiger Zivilisten – keine Taliban, son-





Frauen im Shalimar Garden in Lahore.

dern deren Opfer – führt, nur die Erhörung der Gebete bin Ladens sein würde. Auch wenn dieser selbst getötet wird, und vielleicht erst recht, wenn er getötet wird, wird eine Schlächterei an Unschuldigen nur die Gefühle von Wut, Verzweiflung und Frustration verstärken, die in der Region so weit verbreitet sind, und weitere Anhänger für die furchtbare Sache bin Ladens mobilisieren. Die USA würden damit, wie der französische Außenminister es ausdrückte, in die »teuflische Falle« gehen, die bin Laden aufgestellt hat. Es kann gut sein, dass der Außenminister diese Worte sehr wohlüberlegt geäußert hat. Ihm – oder zumindest den französischen Geheimdiensten – ist bestimmt bekannt, dass Frankreich eine wichtige Rolle dabei gespielt hat, die Russen in eine »afghanische Falle« zu locken, wie der Nationale Sicherheitsberater Präsident Carters Zbigniew Brzezinski es stolz gegenüber der französischen Presse formulierte, wobei er sich selbst dafür beglückwünschte, diese Falle schon Monate vor der tatsächlichen Invasion der Russen vom Dezember 1979 aufgestellt zu haben, indem er für die Unterstützung der gegen die Regierung in Kabul kämpfenden afghanischen Mudschaheddin durch die USA sorgte. Brzezinski mag hier vor allem über seine eigene Brillanz bei der Erschaffung des Monsters geprahlt haben, das seitdem Tod und Zerstörung in weiten Teilen des Nahen und Mittleren Ostens, in Afrika und anderswo einschließlich New York Citys verbreitet hat, aber dennoch enthalten seine Äußerungen vermutlich einiges an Wahrheit.



Was die Bush-Administration tun wird, wissen wir nicht. Das wird zumindest zum Teil von der Stimmung in den USA selbst abhängen, und auf diese einen Einfluß zu nehmen, ist durchaus möglich. Was die Folgen des Vorgehens der Regierung sein werden, können wir ebenfalls nicht zuverlässig vorhersagen, ebenso wenig, wie die Regierung selbst es kann. Aber es gibt plausible Vermutungen, und falls nicht doch der Weg der Vernunft, des Rechts und unserer internationalen vertraglichen Verpflichtungen eingeschlagen wird, könnten die Zukunftsaussichten ziemlich düster sein.

Viele Leute sagen, dass Länder, die angegriffen wurden, in der gesamten Geschichte den Angriff immer mit gleicher Münze heimgezahlt haben. Wie denken Sie darüber?

Wenn Länder angegriffen werden, versuchen sie, sich zu verteidigen – falls sie es können. Nach der in der Frage vorgeschlagenen Doktrin allerdings hätten Nicaragua, Südvietnam und zahlreiche andere Länder Selbstmordattentäter losschicken sollen, um die Vereinigten Staaten von innen heraus zu zerstören. Ferner sollte man dann die Selbstmordattentate von Palästinensern in Tel Aviv begrüßen usw. usf. Gerade weil diese Doktrin Europa nach Jahrhunderten bestialischer Kriege an den Rand der Selbstvernichtung gebracht hatte, arbeiteten die Nationen der Welt nach dem Zweiten Weltkrieg eine andere Art von Vertrag aus, der – zumindest formal – das Prinzip etablierte, dass der Rückgriff auf Gewalt verboten ist, mit Ausnahme des Falls der Selbstverteidigung gegen einen bewaffneten Angriff, die erlaubt ist, bis der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zum Schutz des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit in Aktion tritt. Vergeltung ist ganz ausdrücklich ausgeschlossen. Da die Vereinigten Staaten keinem bewaffneten Angriff eines anderen Landes ausgesetzt sind, sind diese Gesichtspunkte irrelevant.

Abgesehen vom internationalen Recht steht uns eine jahrhundertelange Erfahrung zur Verfügung, die uns genau sagt, was die erwähnte Doktrin mit sich bringt. Und in einer Welt mit Waffen der Massenvernichtung ist das, was sie mit sich bringt, eine quasi sofortige Beendigung des menschlichen Experiments – was letztlich der Grund dafür war, dass die Europäer vor einem halben Jahrhundert zu der Auffassung kamen, es sei besser, dem Spiel der gegenseitigen Abschlachtung, das sie über Jahrhunderte hinweg betrieben hatten, ein Ende zu machen, da der Preis zu hoch geworden war.

Viele Leute sind erschrocken und wütend über die Manifestationen von Zorn auf die USA, die wir jetzt in vielen Teilen der Welt – unter anderem, aber nicht nur, in der nahöstlichen Region – sehen können. Die Bilder von Menschen, die über die Zerstörung des World Trade Center jubeln, erwecken in nicht wenigen Menschen den Wunsch nach Rache. Was ist ihre Meinung dazu?

Im Jahr 1965 übernahm die indonesische Armee mit Unterstützung der USA in Indonesien die Macht und organisierte im Rahmen eines Massakers, das von der CIA mit den Verbrechen Hitlers, Stalins und Maos verglichen wurde, die Abschlachtung von Hunderttausenden von Menschen, von denen die meisten landlose Bauern waren. Das löste in den Medien des Westens hemmungslose Euphorie und kaum zu unterdrückende freudige Erregung aus. Die indonesischen Bauern hatten uns nicht das geringste getan. Als Nicaragua nach einem Jahrzehnt den Angriffen der USA nachgab, pries die Mainstreampresse den Erfolg der US-Methoden zur »Zerstörung der Wirtschaft und zur Durchführung eines langen und tödlichen Stellvertreterkrieges, bis die erschöpften Einheimischen die unerwünschte Regierung selber stürzen«, ein Vorgehen, bei dem uns nur »minimale« Kosten entstehen und das Opfer »mit zerstörten Brücken, sabotierten Kraftwerken und ruinierten Bauernhöfen« zurückbleibt, was die US-Kandidatin bei den Wahlen mit einem »Siegerthema«, nämlich einem Ende der »Verarmung der Bevölkerung Nicaraguas« versorgt. Wir sind, wie die New York Times damals verkündete, über dieses Resultat »in Freude vereint«. Es wäre leicht, weitere derartige Beispiele anzuführen.

Nur sehr wenige Menschen auf der ganzen Welt feierten die Verbrechen von New York; sie würden so gut wie überall beklagt, selbst an Orten, wo die Menschen seit lange, langer Zeit unter dem Stiefel Washingtons zu leben gezwungen waren. Aber es gab zweifellos auf Gefühle des Zorns gegenüber den USA. Mir sind aber keine Beispiele bekannt, die so grotesk wären wie die beiden gerade erwähnten, deren es im Westen leider nur allzu viele gibt. Diejenigen, die der Meinung sind, dass bestimmte Reaktionen auf den 11. September nach Rache schreien, sollten sich einer Kampagne der Massenvernichtung gegen ihre eigenen Institutionen und sich selbst widmen, falls ihre Äußerungen auf einem irgendwie gearteten moralischen Prinzip gründen.

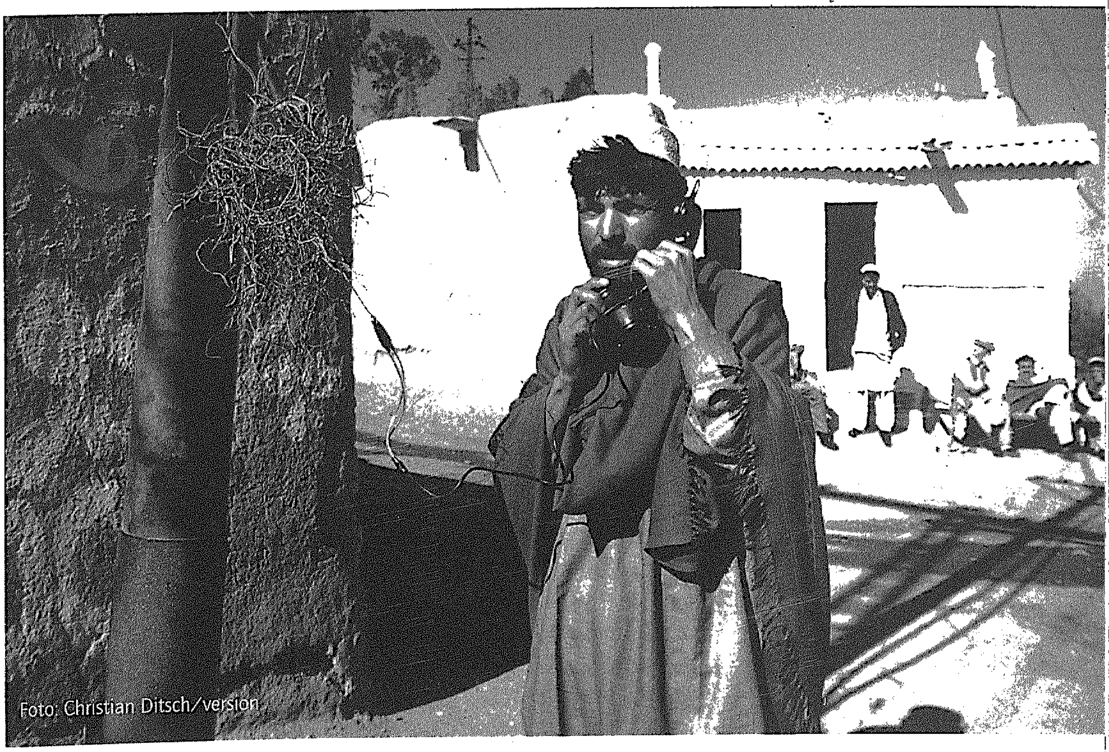


Foto: Christian Ditsch/version

Der Checkpoint Landi Khana an der Grenze zwischen Pakistan und Afghanistan am Khyber Pass.

Wenn wir von diesen öffentlichen Reaktionen einmal absehen, was sind Ihrer Ansicht nach die tatsächlichen Motive, die derzeit in der Politik der USA wirksam sind? Was ist der Zweck des »Krieges gegen den Terror«, wie er von Bush vorgeschlagen wird?

Der »neue Krieg gegen den Terror« ist weder »neu« noch ein »Krieg gegen Terror«. Wir sollten uns daran erinnern, dass die Reagan-Administration vor 20 Jahren bei ihrer Amtsübernahme verkündete, der »internationale Terrorismus« werde eine Hauptzielscheibe unserer Außenpolitik bilden, und wir müßten einen Krieg in die Wege leiten, um dieses »Krebsgeschwür«, diese »Pest«, die unsere Zivilisation zerstört, zu eliminieren. Sie kam dieser Selbstverpflichtung nach, indem sie internationale Terrorkampagnen organisierte, deren Ausmaß und zerstörerische Wucht so außergewöhnlich waren, dass sie sogar zu einer Verurteilung der USA durch den Weltgerichtshof führten. Zugleich unterstützten die USA unzählige weitere solche Kampagnen, wie zum Beispiel im südlichen Afrika, wo die Verheerungen, die das vom Westen unterstützten Südafrika anrichtete, während der Jahre der Reagan-Administration zum Tod von eineinhalb Millionen Menschen und zu materiellen Schäden von $ 60 Milliarden führten. Die Hysterie über den internationalen Terrorismus erreichte Mitte der achtziger Jahre ihren Höhepunkt, während die USA und ihre Verbündeten bei der Verbreitung dieses Krebsgeschwürs, dessen Ausmerzung sie lauthals verlangten, mit weitem Abstand in Führung lagen. Wenn wir wollen, können wir natürlich in einer Welt voll bequemer Illusionen leben. Zum anderen können wir uns aber auch die jüngere Geschichte, die institutionellen Struktu-



ren, die im wesentlichen unverändert geblieben sind, und die Pläne, die jetzt verkündet werden, ansehen – und die gestellte Frage dementsprechend beantworten. Mir ist kein Grund für die Annahme bekannt, dass es neuerdings zu einer plötzlichen Änderung seit langem bestehender Motive oder politischer Zielsetzungen gekommen ist.

Wir sollten uns ferner daran erinnern, dass eine der erhabenen Aufgaben der Intellektuellen darin besteht, alle paar Jahre zu verkünden, dass wir »den Kurs geändert« haben, dass die Vergangenheit hinter uns liegt und nunmehr vergessen werden darf, während wir auf eine glorreiche Zukunft zu schreiten.

Glauben Sie, dass die Mehrheit der Amerikaner, sobald die Bedingungen einmal eine detailliertere Bewertung der Optionen gestatten, die Vorstellung akzeptieren wird, nach der die richtige Reaktion auf Terrorangriffe auf Zivilisten in weiteren Terrorangriffen auf Zivilisten besteht, und der zufolge dem Problem des Fanatismus mit verstärkter Überwachung und der Beschneidung der bürgerlichen Freiheiten begegnet werden sollte?

Ich hoffe nicht, aber wir sollten die Fähigkeit wohlorganisierter Propagandasysteme, Menschen zu irrationalem, mörderischem und selbstmörderischem Verhalten zu veranlassen, nicht unterschätzen. Nehmen wir ein Beispiel, das weit genug zurückliegt, um uns vielleicht zu einer halbwegs neutralen Betrachtungsweise zu befähigen: den Ersten Weltkrieg. Es kann unmöglich so gewesen sein, dass alle beiden Seiten einen edlen Krieg für die höchsten Ziele führten. Aber auf beiden Seiten marschierten die Soldaten enorm begierig in die gegenseitige Massenschlachten, gestählt durch die Anfeuerungsrufe der gebildeten Klassen und der nicht zuletzt mit deren Hilfe mobilisierten politischen Kräfte des gesamten Spektrums von links nach rechts (einschließlich der weltweit mächtigsten politischen Kraft der Linken, der deutschen Sozialdemokratie). Dabei gab es so wenig Ausnahmen, dass man sie praktisch an den Fingern abzählen kann, und einige der prominenteren davon wurden schließlich ins Gefängnis geworfen, weil sie es wagten, den Edelmut des Unterfangens in Frage zu stellen. Beispiele dafür sind Rosa Luxemburg, Bertrand Russell und Eugene Debs. Mit der Hilfe der Propagandaagenturen des US-Präsidenten Wilson und der begeisterten Unterstützung liberaler Intellektueller wurde eine pazifistisch gestimmte Bevölkerung in den USA innerhalb weniger Monate in eine Ansammlung hysterisch deutschfeindlicher Fanatiker verwandelt, die darauf brannten, sich an den Deutschen für ihre abscheulichen Verbrechen zu rächen. Aber all das ist keineswegs unvermeidlich, und wir sollten auch die zivilisierenden Auswirkungen der Massenkämpfe der letzten Jahre nicht unterschätzen. Wir müssen nicht entschlossen auf die Katastrophe zu marschieren, nur weil das der Marschbefehl von heute ist.





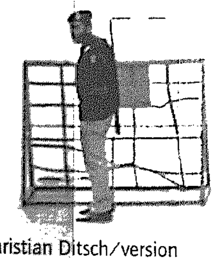
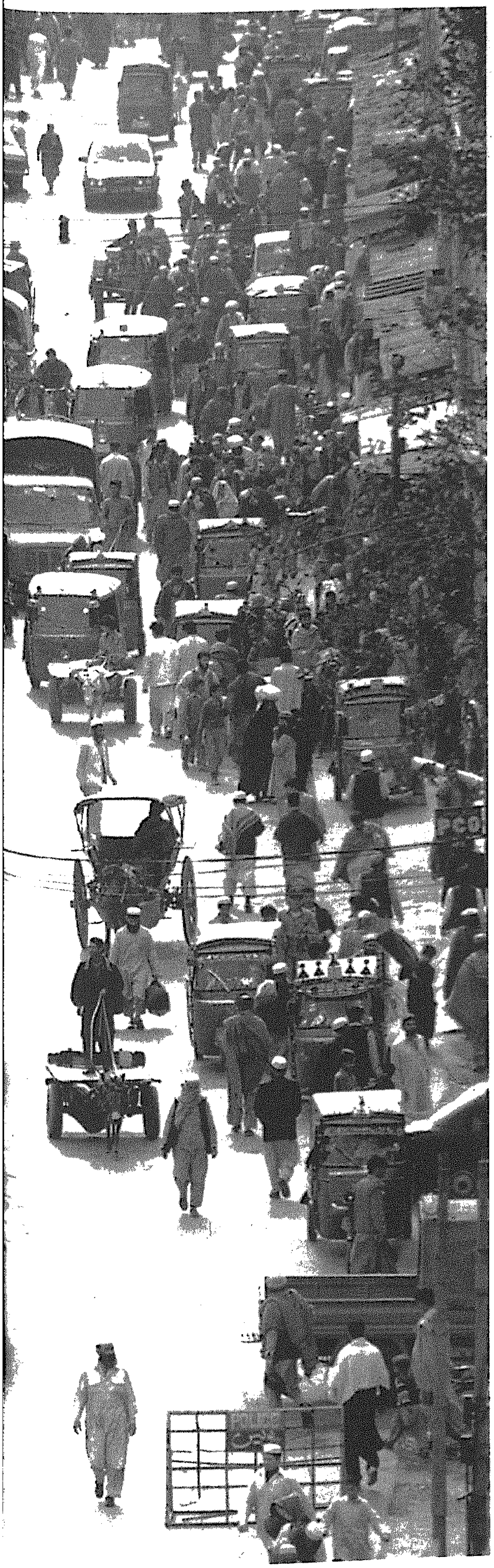


Foto: Christian Ditsch/version

Wie können die U.S.A. dieses tragische Volk bombardieren?

Von Robert Fisk


Strassenszene in Peshawar.

An diesem Wochenende sind wir Zeugen eines der epischsten Ereignisse seit dem 2. Weltkrieg, ganz sicher aber seit Vietnam. Ich spreche nicht von den Ruinen des World Trade Centers in New York und den grotesken Szenen die wir am 11. September betrachtet haben, eine Greueltat, die ich letzte Woche als ein Verbrechen gegen die Menschheit beschrieben habe (mehr dazu später).

Nein, ich meine die ungewöhnlichen, fast unglaublichen Vorbereitungen, die jetzt von der mächtigsten Nation, die je auf Gottes Erden existiert hat, getroffen werden, um das am meisten zerstörte, verwüstete, hungergeplagteste und tragischste Land der Welt zu bombardieren. Afghanistan, 10 Jahre lang von der russischen Armee vergewaltigt und verwüstet, von seinen Verbündeten – uns natürlich – im Stich gelassen, sobald die Russen geflohen waren, steht im Begriff von der einzigen übriggebliebenen Supermacht angegriffen zu werden

Ich beobachte diese Ereignise mit Unglauben, nicht zuletzt weil ich ein Zeuge der russischen Invasion und Besatzung gewesen bin. Wie sie für uns gekämpft haben, diese Afghaner, wie sie unseren Worten geglaubt haben! Wie sie Präsident Carter vertraut haben, als er ihnen westliche Hilfe versprochen hat! Ich traf sogar den zuständigen CIA Angestellten in Peshawar, als er mit den Ausweispapieren eines sowjetischen Piloten herumwedelte – der mit einer unserer Raketen abgeschossen worden war – Ausweispapiere, die aus dem Wrack seiner Mig geborgen worden waren. »Armer Kerl,« sagte der CIA Mann, bevor er uns in seinem Privatkino einen Film über GI's vorführte, die Vietcongs durchlöcherten. Und ja, ich erinnere mich an das, was mir die sowjetischen Offiziere sagten, als sie mich damals in Salang verhaftet haben. Sie würden in Afghanistan ihre internationale Pflicht erfüllen, sagten sie mir. Sie würden »die Terroristen bestrafen«, die die (kommunistische) Afghanische Regierung stürzen und ihre Bevölkerung vernichten wollten. Klingt das irgendwie vertraut?

Ich arbeitete 1980 für die Times, und südlich von Kabul schnappte ich eine mich sehr verstörende Nachricht auf. Eine Gruppe religiöser Mujahedin Kämpfer hatte eine Schule angegriffen, weil das kommunistische Regime durchgesetzt hatte, dass



Dieser Text wurde für das Buch »Angriff auf die Freiheit?« übersetzt.

Texte von Michael Albert, Tariq Ali, Noam Chomsky, Robert Fisk, Eduardo Galeano, Martin Lee, Edward E. Said, Steve Shalom, Vandana Shiva, Saskia Sassen, Howard Zinn u.a. versuchen die Terroranschläge vom 11.9., die Terrorismus-Propaganda, die offenen Fragen und die Kriegsfolgen in Afghanistan näher beleuchten:

Wolfgang Haug (Hg.): Noam Chomsky, Eduardo Galeano, Saskia Sassen u.a.:
Angriff auf die Freiheit?
Die Anschläge in Amerika und die Neue Weltordnung. · Hintergründe – Analysen – Meinungen
Trotzdem-Verlagsgenossenschaft eG
ca. 120 S., 24 DM
Auslieferung: Ende November



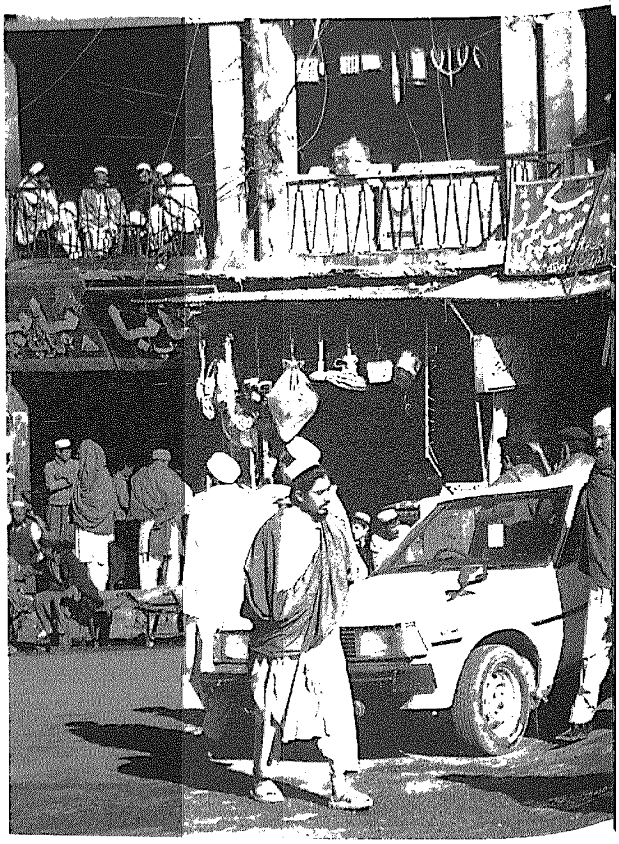
Mädchen neben Jungen gleichwertig ausgebildet werden sollten. Also bombardierten sie die Schule, ermordeten die Frau des Schulleiters und hackten ihm den Kopf ab. Es war alles wahr. Aber als die Times die Story brachte, beschwerte sich das Aussenministerium bei der Auslandskorrespondenz, dass mein Bericht die Russen unterstützen würde. Selbstverständlich. Weil die afghanischen Kämpfer die guten Jungs waren. Weil Osama bin Laden eine guter Junge war. Charles Douglas-Home, der damalige Herausgeber der Times bestand immer darauf, dass die afghanischen Guerrilleros in den Hauptschlagzeilen als »Freiheitskämpfer« bezeichnet würden. Es gab nichts, was man mit Worten nicht zustandebringen konnte.

Und so ist es auch heute. Präsident Bush droht nun den umnachteten, ignoranten, ultrakonservativen Taliban mit derselben Strafe, die er auch bin Laden zu verabreichen beabsichtigt. Bush sprach ursprünglich von »Gerechtigkeit und Bestrafung » und darüber, die Anstifter der Greueltaten »der Gerechtigkeit auszuliefern«. Aber er sendet keine Polizisten in den Mittleren Osten; er schickt B-52s. Und F-16s und AWACS Flugzeuge und Apache-Hubschrauber. Wir werden bin Laden verhaften. Wir werden ihn vernichten. Und das ist in Ordnung, wenn er der Schuldige ist. Aber B-52s unterscheiden nicht zwischen Turban tragenden Männern, oder zwischen Männern und Frauen oder zwischen Frauen und Kindern.

Ich schrieb letzte Woche über die Kultur der Zensur, die dabei ist uns zu ersticken, und über die persönlichen Attacken, die jeder Journalist, der die Wurzeln dieser Krise hinterfragt ertragen muss. Letzte Woche erhielt ich in einer nationalen europäischen Zeitung ein neues und bezeichnendes Beispiel dafür was dies bedeutet. Ich wurde beschuldigt antiamerikanisch zu sein und wurde dann darüber informiert, dass Antiamerikanismus gleichzusetzen sei mit Antisemitismus. Die Aussage ist natürlich klar. Ich bin mir nicht ganz sicher was Antiamerikanismus ist. Aber die Vereinigten Staaten zu kritisieren gilt heute als moralisches ƒquivalent zum Hass gegen die Juden. Es ist ok, Schlagzeilen zu schreiben über den »Islamischen Terror«, oder über – mein Lieblingsbeispiel aus Frankreich – über »Gottes Wahnsinnige«, aber es ist eindeutig ausserhalb des Erlaubten zu fragen, warum die Vereinigten Staaten von so vielen Arabern in dem Mittleren Osten verabscheut werden. Wir dürfen den Mördern eine muslimische Identität geben: wir dürfen für das Verbrechen auf den Mittleren Osten mit dem Finger zeigen – aber wir dürfen keine Gründe für das Verbrechen andeuten.

Aber gehen wir zurück zu diesem Wort, »Gerechtigkeit«. Beim erneuten Betrachten dieser Pornographie eines Massenmordes in New York, muss es viele Menschen geben, die meine Meinung teilen, dass dies ein Verbrechen gegen die Menschheit gewesen ist. Mehr als 6.000 Tote; das ist ein Srebrenica des Massakers. Sogar die Serben haben die meisten Frauen und Kinder verschont als sie ihre Männer ermordeten. Die Toten von Srebrenica verdienen – und bekommen

Das Dorf Landi Kotal am Khyber Pass, nahe der afghanisch-pakistanischen Grenze.



– internationale Gerechtigkeit in Den Haag. Also ist das, was wir brauchen gewiss ein Internationaler Gerichtshof, um mit der Art Mörder abzurechnen, die am 11. September New York verwüstet haben. Dennoch ist »Verbrechen gegen die Menschheit« keine Phrase, die man von den Amerikanern zu hören bekommt. Sie bevorzugen »terroristische Greueltat«, was nicht ganz so wirkungsvoll ist. Wieso, frage ich mich? Weil über ein terroristisches Verbrechen gegen die Menschheit zu sprechen eine Tautologie wäre? Oder weil die U.S.A. gegen internationale Gerechtigkeit sind? Oder ist es, weil sie sich gezielt der Schaffung eines internationalen Gerichtshof widersetzt haben, mit der Begründung, dass eines Tages auch Bürger ihres eigenen Landes vorgeladen werden könnten?

Das Problem ist, dass Amerika eine eigene Version der Gerechtigkeit haben will, ein Konzept, das in der Western- und Hollywood-Version des Zweiten Weltkrieges zu wurzeln scheint. Präsident Bush spricht davon sie auszuräuchern, von den alten Flugblättern, die einst Dodge City zierten: »Gesucht, Tot oder Lebendig«. Tony Blair erzählt uns jetzt, dass wir Amerika beistehen müssen, genauso wie uns Amerika im

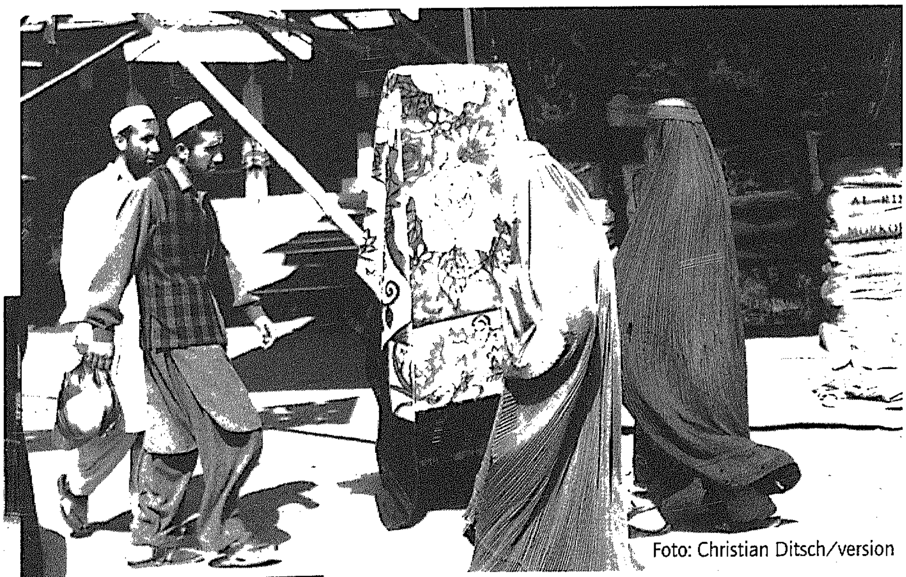


Foto: Christian Ditsch/version

Verschleierte Frauen am afghanischen Markt Namak Mandi in der Nähe von Peshawar. Der Markt wird von afghanischen Flüchtlingen betrieben.

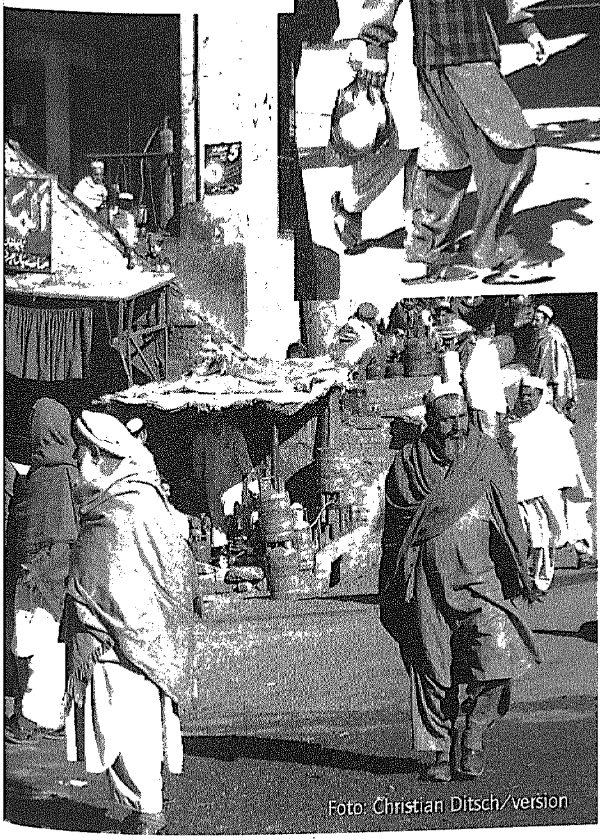


Foto: Christian Ditsch/version

Zweiten Weltkrieg beigestanden hat. Ja, es ist wahr, dass Amerika uns dabei geholfen hat, Westeuropa zu befreien. Aber in beiden Weltkriegen zogen es die U.S.A. vor, erst nach einer langen und – im Fall des 2. Weltkrieges – sehr profitablen Periode der Neutralität einzugreifen. Verdienen die Toten von Manhattan nichts Besseres als das? Es sind weniger als drei Jahre, seitdem wir einen Angriff von 200 Cruise Missiles auf Irak gestartet haben, weil es die UN Waffeninspekteure hinausgeworfen hatte. Zwecklos zu sagen, dass nichts erreicht worden ist. Mehr Iraker wurden getötet, und die UN Inspekteure kehrten nie in den Irak zurück, und die Sanktionen gingen weiter, und irakische Kinder starben weiterhin. Keine Politik, keine Perspektive. Taten, nicht Worte.

Und da stehen wir heute. Anstatt Afghanistan zu helfen, anstatt 10 Jahre zuvor dem Land unsere Hilfe zufliessen zu lassen, seine Städte und Kultur wiederaufzubauen und ein neues politisches Zentrum zu schaffen, das über eine Stammeskultur hinausgegangen wäre, liessen wir es in Stich. Sarajevo konnte wiedergebaut werden. Nicht Kabul. Eine Art Demokratie konnte in Bosnien errichtet werden. Nicht in Afghanistan. Schulen konnten in Tuzla und Travnik wiedereröffnet werden. Nicht in Jaladabad. Als die Taliban kamen und alle Gegner beseitigten, Dieben die Arme abhackten und untreue Frauen zu Tode steinigten, betrachteten die Vereinigten Staaten diese schrecklichen Vorgänge als Kraft der Stabilität nach Jahren der »Anarchie«.

Bushs Drohungen haben praktisch die Evakuierung aller westlicher Hilfskräfte erzwungen. Jetzt schon sterben Afghaner aufgrund ihrer Abwesenheit. Die Dürre und der Hunger töten weiterhin Millionen – und ich meine Millionen – und täglich werden zwischen 20 bis 25 Afghaner von den 10 Millionen Landminen zerrissen, die von den Russen zurückgelassen worden sind. Selbstverständlich sind die Russen niemals zurückgegangen, um die Minen aufzuräumen. Ich schätze diese B-52 Bomben werden ein paar von ihnen hochgehenlassen. Aber das wird wahrscheinlich die einzige humanitäre Hilfe sein, die wir dort für die nächste Zukunft zu sehen kriegen werden. Man betrachte das erstaunlichste Bild dieser ganzen letzten Woche. Pakistan hat seine Grenzen zu Afghanistan geschlossen. Genauso der Iran. Die Afghaner sollen in ihrem Gefängnis bleiben. Ausser sie schaffen es, sich durch Pakistan durchzuschlagen und an den Strand von Frankreich oder den australischen Gewässern angespült zu werden, oder durch den Tunnelkanal zu klettern, oder ein Flugzeug nach Grossbritannien zu entführen, um sich dem Zorn unseres Innenministers zu stellen. In welchem Fall sie zurückgeschickt werden müssten, abgewiesen, Zugang verwehrt. Es ist eine wahrhaft schreckliche Ironie, dass der einzige Mann, den wir aus Afghanistan zu empfangen interessiert wären, der Mann ist, von dem man uns versichert, er sei der böse Geist hinter dem grössten Massenmord der amerikanischen Geschichte: bin Laden. Die anderen können zu Hause bleiben und sterben.

Quelle: www.zmag.org/ (Übersetzung von Dana)

Brot Bomben und

Christoph Spehr

Für eine sofortige Einstellung des westlichen Angriffskrieges in Afghanistan

Die USA führen derzeit einen Angriffskrieg gegen Afghanistan, möglicherweise bereiten sie auch einen Angriffskrieg gegen weitere Länder vor. Sie tun dies mit Zustimmung der NATO und der G8-Staaten im Rahmen der üblichen imperialistischen Arbeitsteilung; dass die europäischen Regierungen einen Stil des »nachdenklich Bombardieren« bevorzugen, heißt nicht, dass es hier irgendwelche Differenzen gäbe. Dieser Angriffskrieg ist ein verbrecherischer Akt, und er liegt mitnichten im Interesse der westlichen Bevölkerungen. Das Entsetzen über die Anschläge des 11. September kann nichts daran ändern, dass Terror weder mit Gegenterror noch mit Krieg zu beantworten ist. Die Rhetorik, die Anschläge seien eine Kriegserklärung gewesen, soll gezielt von der Fragwürdigkeit von Vergeltungsschlägen ablenken. Es gibt bislang kein Verfahren, keine der Öffentlichkeit vorgelegten Beweise, keinen darauf gestützten Auslieferungsantrag; dass die Taliban-Regierung Osama bin Laden nicht in vorauseilendem Gehorsam »einfach so« ausgeliefert hat, gilt als ausreichender Grund für einen Krieg gegen Afghanistan. Dass die militärischen Aktionen der Ergreifung Bin Ladens gelten sollten, ist seit den immer massiveren Bombardements als Lüge offensichtlich: Kriegsziel ist das Auswechseln der afghanischen Regierung. Die Opferzahlen des westlichen Angriffskrieges werden die Zahl der Toten in New York und Washington um ein Vielfaches überschreiten. Der Krieg tötet nicht nur die, die von Bomben getroffen werden; er tötet auch die, die seit dem Truppenaufmarsch vor ihm zu fliehen versuchen und an Hunger und Kälte sterben werden. Der Zynismus der Nahrungsmittelpakete, die mit Grüßen vom amerikanischen Volk hinterhergeworfen werden, wird sie nicht retten.

Gegen die Mystifizierung der Anschläge

Die Anschläge vom 11. September sind keine Anschläge auf »die Zivilisation«. Es sind auch keine Proteste gegen Armut und Kapitalismus. Es sind Verbrechen, politisch motivierte Anschläge, und Massaker als Teil einer machtpolitischen Strategie. Wenn sie tatsächlich von radikal-islamistischen Terrororganisationen im Umkreis von El-Quaida und Bin Laden verübt sind, haben sie einen ziemlich konkreten Hintergrund. Zum einen sind es Racheakte für den erneuten Bündniswechsel des Westens in Afghanistan, nämlich von den Taliban zur Nordallianz, an die in jüngster Zeit große Waffenlieferungen vorbereitet wurden und deren militärischer Führer, Massud, im April auf Einladung des Europa-Parlaments zu strategischen Gesprächen mit Solanas u.a. zusammentraf, bevor er zeitgleich mit den Anschlägen von einem Selbstmordkommando ermordet wurde. Zum anderen reihen sich die Anschläge in eine Serie von Mordanschlägen seit 1993, die gegen Angehörige des US-Militärs, der US-Geheimdienste und anderer Einrichtungen in arabischen Ländern verübt wurden und die Ziele verfolgen sollen, die von Bin Laden und anderen Terror-Organisatoren immer wieder genannt wurden: Abzug amerikanischer Truppen aus allen arabischen Ländern; Ende des militärischen und ökonomischen Krieges gegen den Irak; Entzug der westlichen Unterstützung für »gefügige« Satelliten-Regime wie Saudi-Arabien. Diese Ziele (nicht die Anschläge!) finden in der Bevölkerung der arabischen Länder weite Zustimmung, und sie sind berechtigt. Das Problem ist, dass der militärisch-ökonomische Komplex des islamistischen Terrors sich diese, an

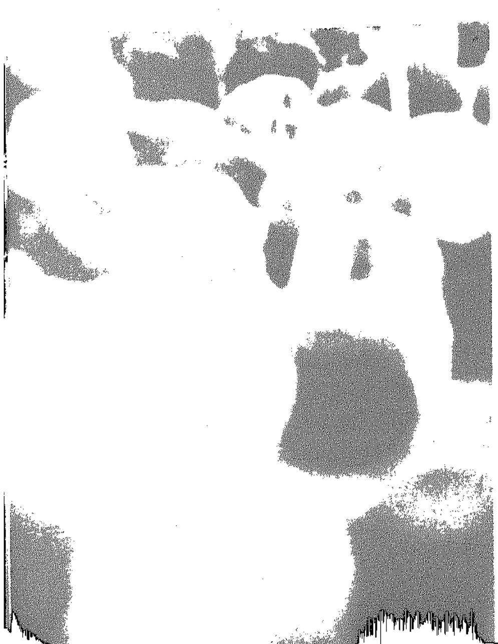


sich schwer abweisbaren, Ziele zu eigen macht, um sein eigenes Süppchen darauf zu kochen. Er behauptet, dass diese Ziele nur durch ihn zu erreichen sind; dass sie nur mit seinen faschistischen Mitteln erreichbar sind; und dass sie nur zusammen mit einigen anderen Zielen erreichbar sind, die man ebenfalls als faschistisch bezeichnen muss: der Errichtung fundamentalistischer »Gottesstaaten« a la Taliban, der Vernichtung Israels, der totalen Allmacht der islamistischen religiösen und militärischen Führer. Die Mystifizierung der Anschläge verdeckt, dass die westlichen Regierungen keine Antwort auf dieses Problem haben; ja dass sie es auch gar nicht lösen wollen, weil sie mit dem Terror auch alle legitimen arabischen Ansprüche bekämpfen möchten, die dem westlichen imperialen Anspruch zuwiderlaufen. Die Mystifizierung verdeckt, dass der sunnitische Fundamentalismus, Osama bin Laden und die Taliban vom Westen gezielt aufgebaut, finanziert und aufgerüstet wurden, im Rahmen der größten CIA-Aktion seit dem Zweiten Weltkrieg; zunächst um die Sowjetunion zu bekämpfen, später um in Ungnade gefallene Protegés durch andere Kräfte zu ersetzen. Und sie verdeckt auch, dass der Westen andere Versuche in der arabi-

Lügen



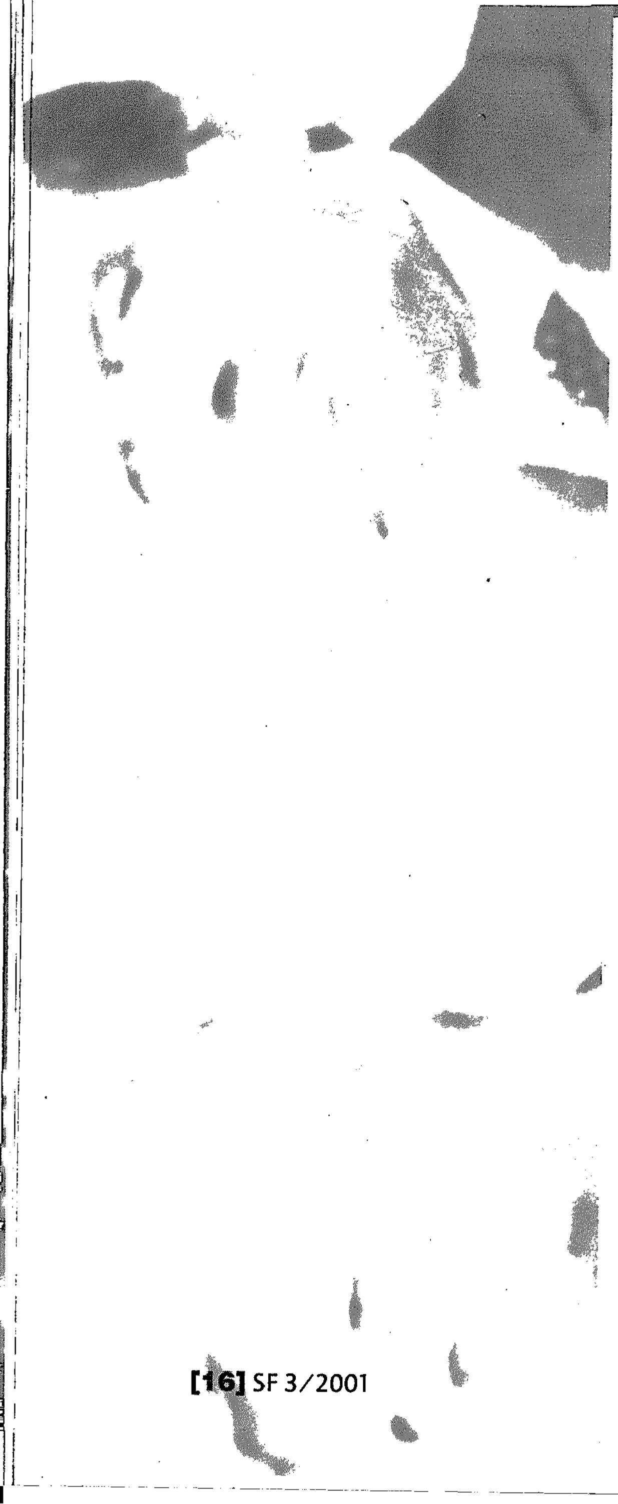
Foto: Christian Ditsch/version



Die Anschläge vom 11. September sind keine Anschläge auf »die Zivilisation«. Es sind auch keine Proteste gegen Armut und Kapitalismus. Es sind Verbrechen, politisch motivierte Anschläge, und Massaker als Teil einer machtpolitischen Strategie.


Foto: R. Maro/version

Das Vorgehen der USA ist geprägt von der Panik vor Kontrollverlust. Mehr als alles andere geht es um die Illusion, »das Heft wieder in der Hand zu haben«



schen Region, Souveränität und reale Selbstbestimmung zu erlangen, konsequent zerstört hat oder ausbluten ließ.

Die Politik des Westens: wie von Bin Laden bestellt

Was ist nun die aktuelle Politik des Westens gegenüber diesem Problem? Sie wirkt, als hätten Bin Laden und die anderen Exponenten islamistischer Terrororganisationen persönlich sie bestellt: Die USA stellen sich auf eine mindestens 10jährige massive Truppenpräsenz ein, im Prinzip sollen amerikanische Truppen für immer auf dem Boden arabischer Länder stationiert bleiben. Der Westen stützt fragwürdigste Regime mit politischen, ökonomischen und militärischen Geschenken, sofern sie nur an der Kriegs-Koalition teilnehmen; Menschenrechte spielen dabei keine Rolle. Die Einbeziehung des Irak als Ziel militärischer Operationen ist sehr wahrscheinlich, ein Ende des Embargo ist in weite Ferne gerückt. Mit der Aufrüstung der Nordallianz greift der Westen zum dritten Mal massiv in den afghanischen Bürgerkrieg ein, und er wird auch die Nordallianz fallen lassen, sobald sie Kritik an der westlichen Politik und an den westlichen Bomben übt. All dies ist Wasser auf die Mühlen des Terrors.

Genua hoch zehn

Entzivilisierung und Entdemokratisierung schreiten dabei auch im Westen selbst voran. Nach dem Willen der US-Regierung sollen bei der totalen Operation »Terrorbekämpfung« alle Trennungen zwischen Militär, Polizei, Geheimdiensten und ökonomischer Politik aufgehoben werden. Der umfassende, totale Krieg gegen unbotmäßige Länder, der so zur realen Drohung wird, benutzt die UNO nicht einmal mehr als Feigenblatt: keine internationale Instanz wird die »Beweise« gegen Afghanistan auch nur zu Gesicht bekommen haben, bevor die USA angreifen. Der proklamierte 10-Jahres-Plan, der militärische, ökonomische und politische Interventionen umfassen soll und damit den Charakter einer autoritären Weltinnenpolitik hat, wird im Kreis von Kriegskabinetten verhandelt, eine Gruppe von vielleicht zwanzig Menschen weltweit entscheidet über die Ausrichtung der Weltpolitik der nächsten 10 Jahre. Die bisherige Anmassung der G8-Treffen wird damit noch übertroffen. Was hier vorbereitet wird, ist Genua hoch zehn. Dazu passt auch, dass Notstandsgesetze nach innen vorbereitet werden, um Widerstand und Kritik durch totalitäre Kontrolle und Zensur zu ersticken: die Abmahnungen von LehrerInnen in Sachsen, die es wagten die US-Politik zu kritisieren, geben einen ersten Vorgeschmack.

Die Dominanzkultur dreht durch

Der Westen hat durchaus ökonomische und geostrategische Interessen in Afghanistan. Es geht um das Pipeline-Projekt von Baku zum arabischen Meer, es geht generell um die Sicherung des



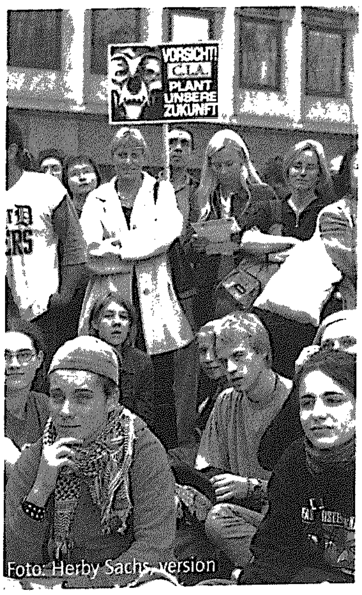


Foto: Herby Sachs, version

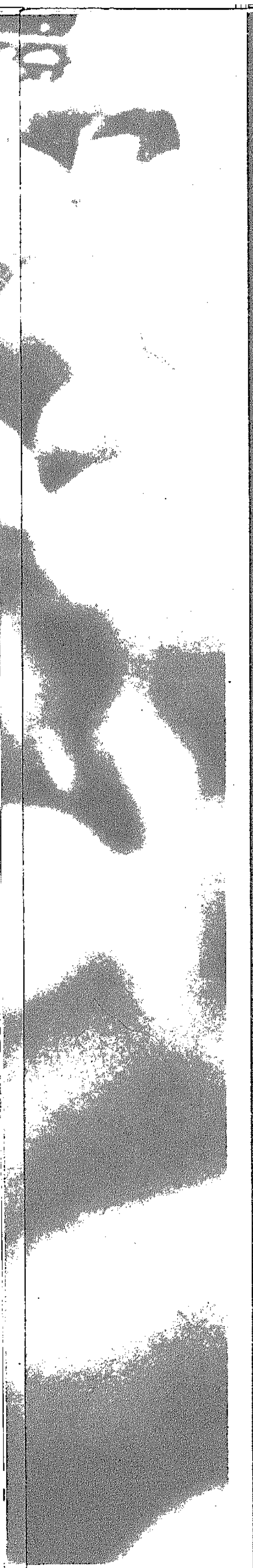


Foto: Herby Sachs, version

westlichen Zugriffs aufs Öl in der ganzen Region; es geht beim »Kampf gegen den Terror« auch um die »Sicherheit« weltweit agierenden Kapitals und seiner Repräsentanten und Angestellten. Dennoch ist das ökonomische und militärstrategische Kalkül in bezug auf den jetzigen Krieg widersprüchlich und keineswegs klar, und unter der Hand auch umstritten. Dagegen ist seit langem keine militärische Operation so stark von den Bedürfnissen patriarchaler Dominanzkultur geprägt gewesen, und zwar auf beiden Seiten: der phallische Charakter des Anschlagsziels vom 11. September kommt nicht von ungefähr. Das Vorgehen der USA ist geprägt von der Panik vor Kontrollverlust. Mehr als alles andere geht es um die Illusion, »das Heft wieder in der Hand zu haben«: »the conflict, begun on the timing and terms of others, will end in a way, and at an hour, of our choosing« (Bush). Es geht um die Unvorstellbarkeit, selbst Opfer zu sein, die jetzt militärisch ausradiert werden soll. Die patriarchale Dominanzkultur der Gegenseite funktioniert anders; sie drückt sich aus in der Rechtfertigung der Massaker als Gebot der Ehre, als Wiederherstellung gekränkter männlicher Identität, und in der wegwerfenden Geringschätzung des eigenen Lebens (ebenso wie des Lebens »zufällig Betroffener«). Es ist eine innerpatriarchale Konstellation, die von klassischen Frontstellungen wie Kolonisator/Kolonisierter, hegemoniale/marginalisierte Männlichkeit usw. durchzogen ist. Das Drama ist, dass jedes rationale Interesse, das Leben eigener Bevölkerungen zu schützen, Gefahren abzuwenden, und Verbrechen gegen andere Bevölkerungen zu vermeiden, dabei vollständig unter die Räder kommt. Jede weitere Runde von Terroranschlägen, Bombardements, neuen Terroranschlägen, neuen Bombardements wird diesen Wahnsinn weiter nähren, der seine KritikerInnen als »Weicheier« beiseiteschiebt. An genau diesem Punkt hat Wickert Recht, dass die Logik auf beiden Seiten dieselbe ist. Und es ist auf beiden Seiten ein guter Job, Mullah zu sein – sprich, zu denen zu gehören, deren Position immer besser und deren Handlungsspielräume immer größer werden, je weiter die Gewaltspirale sich dreht, und je mehr Opfer sie kostet.

Neue Weltordnung II:

Schnäppchenmarkt für Zyniker Im Zuge der »internationalen Koalition gegen den Terror« werden derzeit Verhandlungen geführt, die weit über den Krieg gegen Afghanistan hinausgehen und einige wesentliche Konkretisierungen und Veränderungen der nach 1989 proklamierten »Neuen Weltordnung« zum Gegenstand haben. Jenseits aller noch halbwegs legitimierten internationalen Organe und ohne jede Beteiligung der Bevölkerungen ist hier ein wilder Schnäppchenmarkt für Zyniker aller Couleur entstanden. Die USA haben unverhohlen erklärt, die »new benchmark« (Powell), d.h. der Maßstab für die Politik der USA gegenüber anderen Staaten, sei ausschließlich deren Unterstützung für den US-Krieg gegen Afghanistan und alle weiteren Maßnahmen in diesem Zusammenhang. Die Regierungen der Staaten, die an der Koalition teilnehmen, möchten sich dies umgekehrt in verschiedenster Weise bezahlen lassen. Pakistan braucht Geld; Indien möchte Zustimmung für seine Kashmir-Politik; Russland will Freispruch für seinen eigenen Staatsterror in Tschetschenien; die Liste ist lang. Auch wenn sich in der Koalition eine gewisse imperiale Überspannung der USA ausdrückt und die Notwendigkeit, an der Illusion völlig unbeschränkter nationalstaatlicher Handlungsfreiheit Korrekturen vorzunehmen, so ist von dieser Art Kuhhandel zwischen Regimen nur eine weitere Verschärfung der menschenverachtenden und autoritären Züge der aktuellen Weltordnung zu erwarten. Auch die deutsche Regierung will in diesem Sommerschlußverkauf nicht zurückstehen. Im Gegenzug für bedingungslose Unterstützung der Militäroperationen der USA, soll wieder einmal eine deutsche »Normalisierung« durchgesetzt werden: die vollständige, offene Rückkehr zur Großmachtspolitik, die Möglichkeit selbst wieder kriegsführende Macht zu sein, die Stärkung internationalen Einflusses (Sitz im Weltsicherheitsrat usw.). Das ist gemeint, wenn Schröder die »Nachkriegszeit« für beendet erklären will. All dies ist an Verantwortungslosigkeit kaum zu überbieten. Fremde Opfer zählen ebenso wenig, wie Risiken für die eigene Bevölkerung; Fragen von Rechtmäßigkeit und Sinn des derzeitigen Krieges geraten völlig in den



Hintergrund: der Afghanistan-Krieg wird zum Medium einer Neuaushandlung dessen, wer in einem zeitgemäßen Imperialismus welche Rolle spielen darf und kann.

Was tun?

In diesem Krieg gibt es keine Seite des Guten; und es gibt keine wünschenswerte Tendenz, die von den Anschlägen des 11.September hervorgerufen würde, auch nicht indirekt. Beides kann nicht überraschen. In den Diskussionen um einen neuen Internationalismus ist immer wieder betont worden, dass es nicht funktioniert, sich auf eine Seite des Guten schlagen zu wollen, und dass es keinen inneren Automatismus gibt, der aus den Widersprüchen wie durch Geisterhand in eine bessere Zukunft führt. Was ist daher jetzt zu tun?

a) Den Widerstand gegen den westlichen Angriffskrieg stärken. Trotz der Beteuerungen ist die allgemeine Stimmung bislang nicht übermäßig positiv für den Krieg. Vielen ist klar, dass die Gegenschläge von heute die Selbstmordattentate von morgen sind. Viele sind schockiert, wie leichtfertig von den Regierungen weiterhin Gefahren für uns selbst in Kauf genommen werden. Viele erinnern sich auch daran, dass alle Beweise des Westens für den jugoslawischen »Hufeisenplan« sich später als Propaganda-Lüge herausstellten; oder dass die Bombardements 1998 im Sudan nachweislich zivile Ziele zerstörten. Viele können sich jetzt nicht nur besser vorstellen, was es bedeutet, in Israel zu leben, sondern sie fragen auch, ob das die richtige Perspektive für die gesamte westliche Welt ist. Es gibt viele Zugänge zu der richtigen Entscheidung, aktiv gegen den Krieg vorzugehen. Wir sollten sie nicht auf den üblichen linken Nebenschauplätzen (Stichwort Antiamerikanismus) zerreden.

b) Für eine Revision der weltweiten Interventionspolitik. Die heutige Situation ist wesentlich auch ein Ergebnis der Politik, die seit 1990 als Neue Weltordnung definiert und militärisch abgesichert wird. Auch die Bundeswehr hat in den Verteidigungspolitischen Richtlinien 1991 erklärt, es gehe nicht mehr um Landesverteidigung, sondern um die Sicherung »unseres« Zugriffs auf Rohstoffe und um die weltweite Verteidigung »unserer« Interessen mit den Mitteln des Krieges. Der ökonomische und militärische Neokolonialismus beinhaltet tödliche Risiken für uns selbst. Die Alternative liegt in einer kooperativen Weltordnung, nicht in einer noch weiteren Aufrüstung.

c) Für eine Anerkennung berechtigter Ansprüche. Eine internationalistische Gegenbewegung wird sich auch dazu durchringen müssen, den arabischen Anspruch auf Selbstbestimmung und Souveränität, auf Abzug westlichen Militärs und Ende der Interventionspolitik, anzuerkennen und zu unterstützen, wenn dieser Anspruch nicht weiterhin von Fundamentalisten und Terrororganisationen ausgebeutet werden soll. Der einzige Gegenanspruch, mit dem dies verknüpft werden kann und muss, ist in diesem Fall die Anerkennung des Existenzrechts und legitimer Sicherheitsbedürfnisse Israels.

d) Für eine kooperative Weltordnung von unten. Eine internationalistische Gegenbewegung hierzulande wird ferner den Dialog mit oppositionellen und kritischen Gruppen in arabischen Ländern (und im Exil) suchen müssen, auch in Israel und Palästina, um herauszufinden, was darüber hinaus Umrisse einer kooperativen Politik sein können. Sie wird diese Politik letztlich gegen den Widerstand der politischen Eliten des Westens durchsetzen müssen (so wie andere das in ihren Ländern tun müssen). Im Moment ist von großer Bedeutung, kritische Stellungnahmen zur Logik des Krieges zu übersetzen und zugänglich zu machen (Beispiel RAWA), sowie klarzumachen, dass es unabhängige und kritische Gruppen und Bewegungen auch in arabischen Ländern gibt, und was sie wollen. Es gilt ferner zu unterstreichen, dass eine akzeptierte, offene Einwanderungsgesellschaft in politischer, religiöser und Herkunfts-Pluralität, die beste Chance ist, für eine Politik internationaler Kooperation verständnis- und handlungsfähig zu werden.

Auch ein Weg, wie er hier skizziert ist, enthält Risiken und Gefahren. Auch er ist langfristig, schwierig, nicht unbedingt sofort erfolgreich. Aber es ist der einzige, den man gehen kann. Und es wird ihn niemand gehen, wenn nicht wir.



BIG BROTHER AWA

Nach den Anschlägen in den Vereinigten Staaten von Amerika ist der Datenschutz zu einer Belanglosigkeit westlicher Staaten geworden. Der Datenschutz zählt als Hindernis im »Kampf gegen den Terrorismus«. Dem vordringlichsten Ziel von Politik überhaupt, wie uns zur Zeit suggeriert wird. So ist die Verleihung des Big-Brother-Award 2001 in Deutschland besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Ein Preis mit dem all diejenigen Personen und Organisationen beglückt werden, die herausragende Leistungen im Bereich des Datensammelns und damit auch der Überwachung und der Ausspähung vollbracht haben.

Wir haben im folgenden die Ehrungen von drei Preisträgern dokumentiert.

Die weiteren Preisträger sind:

Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Werner Müller. Er wird für die Ausarbeitung der Telekommunikations-Überwachungsverordnung ausgezeichnet. Mit dieser Verordnung sollen Betreiber von Telekommunikationsanlagen verpflichtet werden Vorkehrungen zur Überwachung der Kommunikation der Teilnehmer zu treffen und entsprechenden Behörden diese Daten zur Verfügung zu stellen.

In der Kategorie »Überwachung am Arbeitsplatz« heisst der diesjährige Preisträger »ProtectCom G.m.b.H.«. ProtectCom ist spezialisiert für Software die firmeneigene Netzwerke überwacht, für ihr Produkt Spector wurde sie ausgezeichnet.

Der BigBrotherAward der Kategorie »Politik« und damit der Hauptpreis geht an den Bundesminister des Innern, **Otto Schily**, weil er unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung eintritt für den Abbau von Bürgerrechten, für den Abbau von Datenschutz und die Einschränkung der informationellen Selbstbestimmung in Deutschland und Europa.

Er setzt sich dauerhaft – und seit dem 11.9. nochmals verstärkt – für neue Ermittlungsbefugnisse der Polizei und der Geheimdienste ein, ohne die verfassungsmäßig garantierten Bürgerrechte zu berücksichtigen. Und s er mißachtet in besonderer Weise das Recht auf informationelle Selbstbestimmung von ausländischen Bürgerinnen und Bürgern.

Gründe

Otto Schily hat sich sozusagen überqualifiziert: Er erhielt mit Abstand die meisten Nominierungen für die diesjährige Preisverleihung. In der Jury bestand Einigkeit, dass Innenminister Schily in diesem Jahr der Hauptpreis gebührt.

Von allen deutschen Politikern, die seit den terroristischen Anschlägen in den USA den Datenschutz in Frage stellen, hat sich Otto Schily am deutlichsten hervorgetan. Schily plädierte dafür, dass der Datenschutz »neu definiert« werden müsse, dass »Sicherheitsinteressen nicht durch Datenschutzbestimmungen behindert werden dürfen«. Schily stellte die Frage, ob der Datenschutz nicht oft »übertrieben« worden sei. Er liess seinen Sprecher davor warnen, dass der »Datenschutz sich nicht als Terroristenschutz auswirkt«.

Schily ist nicht irgendein Politiker. Er ist der Minister, der für die Bundesregierung die Vorschläge zur öffentlichen Sicherheit ausarbeitet, dessen nachgeordnete Behörden diese Vorschläge umsetzen und der für den Schutz der Verfassung, zu der vorrangig die Bürgerrechte gehören, verantwortlich zeichnet. In dieser Eigenschaft obliegt ihm insbesondere der Schutz des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung.

Statt dessen versucht Innenminister Schily, mit immer neuen Vorschlägen fälschlich den Eindruck zu vermitteln, durch zusätzliche und gegen große Bevölkerungsgruppen gerichtete Überwachungsmaßnahmen könne ein Mehr an Sicherheit für die Bevölkerung gegen den Terrorismus erreicht werden. Schily steht an erster Stelle jener Politiker in Deutschland, die die schrecklichen Terroranschläge in den USA als Anlass und Legitimation zur Durchsetzung freiheitsbeschneidender Gesetze instrumentalisieren.

Otto Schily forderte schon wenige Tage nach den Anschlägen, Fingerabdrücke in Pässe und Personalausweise aufzunehmen. Die Folge wäre zwangsläufig eine bundesweite daktyloskopische Erfassung der deutschen Bevölkerung und damit eine verfassungswidrige Vorratsdatenspeicherung. Inzwischen plant er, weitere biometrische Daten wie Gesichtsgeometrie oder Irismerkmale auf Ausweispapieren zu speichern, mit der Folge, dass sich die ganze Bevölkerung biometrisch vermessen lassen mÜsste. Schily will, dass Telekommunikationsunternehmen und Internet-Provider verpflichtet werden, Nutzungs- und Verbindungsdaten mindestens sechs Monate lang zu speichern. Diese ausschließlich für Zwecke der Strafverfolgung initiierten Maßnahmen unterwerfen die gesamte Bevölkerung pauschal einem Kriminalitätsverdacht. Schily setzt sich außerdem ein für die Schaffung eines

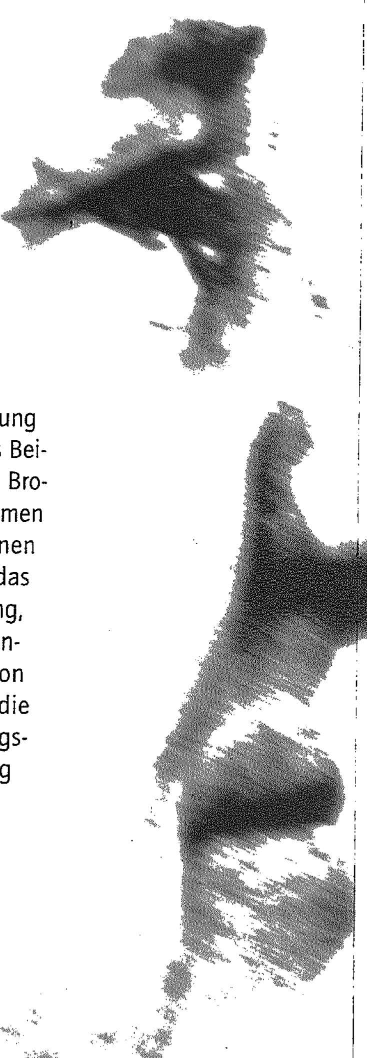
RD 2001

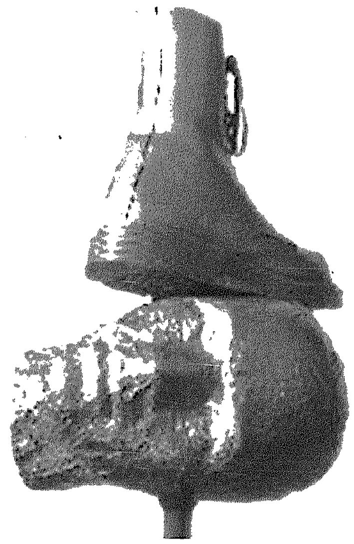
Datenverbundes aller deutschen Geheimdienste und des Bundeskriminalamtes, für verdachtsunabhängige Ermittlungskompetenzen des BKA sowie für eine umfassende Kronzeugenregelung, die selbst dann Strafmilderung verspricht, wenn andere fälschlich beschuldigt werden.

Die Vorverlegung polizeilicher Maßnahmen ins weite Vorfeld von Straftaten oder konkreten Gefahren sowie die Aufhebung der Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten sind Merkmale, welche bereits die nationalsozialistische Geheime Staatspolizei und die Stasi kennzeichneten. Eine solch ausufernde Sicherheitspolitik und eine demokratisch kaum zu kontrollierende Machtkonzentration sollten nach diesen Erfahrungen in Deutschland wirksam unterbunden werden.

Das Hauptgewicht der vorgeschlagenen Überwachungsmaßnahmen richtet sich dabei nicht gegen die deutsche Bevölkerungsmehrheit, sondern gegen Ausländerinnen und Ausländer, die ohnehin schon zu der am meisten überwachten Bevölkerungsgruppe gehören. Damit schürt Schily Angst, Abwehr und Aggressionen gegen Fremde.

Mit der Einführung eines neuen ' 129b ins Strafgesetzbuch, der die Mitgliedschaft auch in internationalen »terroristischen Vereinigungen« unter Strafe stellen soll, wird nicht etwa ein wirksames Instrument zur Zerschlagung derartiger Organisationen geschaffen, sondern vor allem ein Ermittlungsparagraf, der eben auch zur strafrechtlichen Verfolgung legitimen politischen Widerstands gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit in diktatorischen Ländern genutzt werden kann. Anstatt das Ausländerzentralregister (AZR) auf ein verfassungskonformes Maß zurecht zu stutzen, sollen nach dem Wunsch von Schily die Kontroll- und Überwachungsmöglichkeiten des AZR noch ausgebaut werden durch zusätzliche Speicherung personenbezogener Merkmale (z.B. Religionszugehörigkeit), durch erweiterte Online-Zugriffsmöglichkeiten oder durch die Neueinführung einer Nutzungsbefugnis für Sozialbehörden. Schon im vorigen Jahr hat das Ausländerzentralregister wegen seiner jahrzehntelangen Förderung der Diskriminierung von Ausländern, wegen seines Beitrags zur Schwächung der Grundrechte einen Big Brother Award erhalten. Durch zusätzliche Maßnahmen soll der Überwachungsdruck auf Ausländerinnen und Ausländer weiter erhöht werden, z.B. durch das Erfassen von Fingerabdrücken bei der Visa-Beantragung, durch die Einführung der Regelanfrage bei Geheimdiensten im Fall von Einbürgerungen und der Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen, durch die Durchführung von Rasterfahndungsmaßnahmen, durch die Einführung bundesweiter Islamismusdateien oder einer Warndatei zur Bekämpfung von Visa-Erschleichung und Schlepperkriminalität. Mit der Forderung nach einem verstärkten Austausch zwischen Asylbehörden und Geheimdiensten, die ihrerseits einen Datenaustausch mit Geheimdiensten in den Herkunfts- bzw. Verfolgerstaaten pflegen, würde faktisch das im Asylrecht zugestandene Recht auf Schutz vor Verfolgung untergraben. Die umfangreiche Erfassung zusätzlicher personenbezogener Daten und die von Schily geforderte Vernetzung





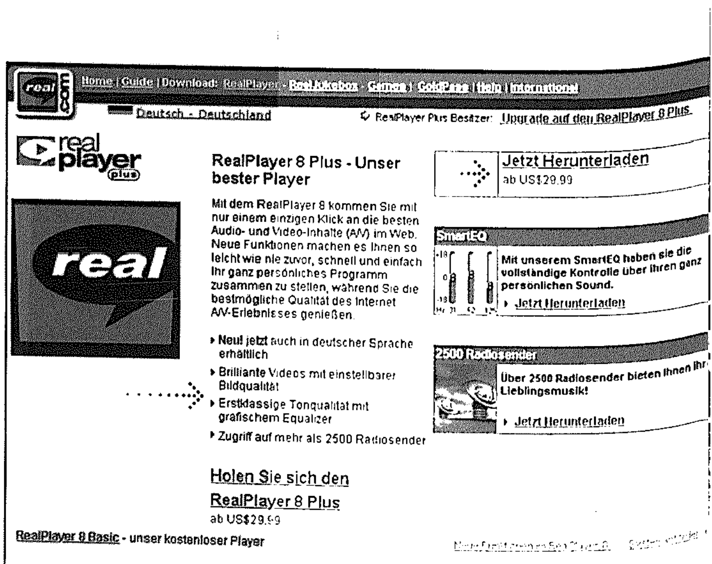
bzw. der Abgleich unterschiedlicher Datenbanken von AZR, Polizei, Einwohnermeldeamt und anderen Behörden vergrößert und erleichtert die Gefahr von Datenmißbrauch oder Fehlinterpretationen.

All diesen Maßnahmen ist gemein, dass sie nicht geeignet sind, terroristische Gefahren abzuwehren oder terroristische Taten aufzuklären, dass sie aber dazu beitragen, ein Klima der Intoleranz zu fördern, in dem Fremdenfeindlichkeit und Hass gedeihen. Dieses Klima könnte den Nährboden für weitere terroristische Aktionen bilden. Teilweise haben die Vorschläge nicht einmal im Ansatz einen Bezug zur Terrorismusbekämpfung. Vieles ist nichts anderes als das Wiederaufkochen von datenschutzfeindlichen Ladenhütern, die bisher selbst unter einer schwarz-gelben Regierung aus guten Gründen nicht realisiert worden sind.

Schilys Vorschläge ignorieren, dass die bestehenden Regelungen bereits ein umfassendes Instrumentarium zur effektiven Bekämpfung terroristischer Straftaten zur Verfügung stellen. Sie lenken von Vollzugsdefiziten bei den Sicherheitsbehörden, von irrigen Lagebeurteilungen und von der Tatsache ab, dass es keinen sicheren Schutz vor Terrorismus geben kann, schon gar nicht vor Selbstmord-Attentaten. Terrorismusrisiken lassen sich nicht mit der technischen Überwachung ganzer Bevölkerungsteile minimieren, sondern durch die minutiöse Aufklärung der Taten und der sich dabei zeigenden terroristischen Strukturen sowie durch Prävention, sowohl durch gesellschaftliche Prävention über einen interkulturellen Austausch als auch durch den technischen Schutz potenzieller Angriffsziele.

Otto Schily treibt im übrigen – trotz Bedenken auch in der Bundesregierung – den weiteren Ausbau von Europol voran, etwa durch die Zulassung neuer operativer, »exekutiver« und informationeller Befugnisse, durch die Festlegung neuer Zuständigkeiten oder den Aufbau neuer Ermittlungseinheiten und Dateien – ohne dabei auch nur eine Maßnahme zu initiieren, mit der die demokratischen

Der BigBrotherAward der Kategorie »Szenepreis« geht an die Firma RealNetworks, in Deutschland vertreten durch die RealNetworks GmbH in Hamburg, für ihr Produkt »RealPlayer«. Fast jedem Netzbewohner sind Streaming-Media-Angebote bekannt, die mit dem RealPlayer als Audio- oder Videodateien abspielbar sind. Der für solche Angebote notwendige Real Player ist im Internet frei verfügbar. Hier bedeutet »frei« zunächst, dass die Firma RealNetworks für den privaten Benutzer keine Kosten berechnet, ein Produkt, dass ein mehr an Freiheit gibt, ist der RealPlayer keineswegs.



Gründe

Beim RealPlayer werden und wurden verschiedene Möglichkeiten ausprobiert, um den Benutzer überwachen und sein Netzkonsumverhalten eindeutig zuzuordnen. Bis zur letzten Version des RealPlayers gehörte dazu eine GUID, eine globale User-ID, die sich bei Rechnern mit Netzwerkkarte unter anderem aus Medien-Adresse der Karte berechnet. Hiermit sollte eine noch genauere Identifikation der Benutzer als über IP-Adressen oder ähnliches ermöglicht werden.

In der neusten Version des RealPlayers ist dieses Feature zum Ausspähen zwar nicht entfernt worden, allerdings bei der Standardinstallation ausgeschaltet. Gleichzeitig änderte RealNetworks seine »Privacy Policy« dementsprechend, dass nun Global User-IDs ausdrücklich zu den Daten gehören, die RealNetworks von seinen Kunden bekommen möchte. Versteckt unter anderen Möglichkeiten, den RealPlayer nach Hause telefonieren zu lassen (unter anderem der Sammlung von IP-Adressen und Cookies) wird hier dem Kunden erklärt, dass globale User-IDs in vielen anderen Software-Produkten vorkommen und nur dem Konsumenten zu Gute kommen, da Anbieter damit ja das Programm personalisieren können. Mit der standardmässig ausgeschalteten GUID in der aktuellen Version von RealPlayer ist es auch so eine Sache: Wenn der Anbieter wünscht, dass diese angeschaltet gehört, geht ein Fehlerfenster auf, nebst einer Beschreibung, wie man die Abschaltung der GUID-Übertragung wieder rückgängig machen kann. Der Sinn dieser

und rechtsstaatlichen Defizite dieser europäischen Polizeibehörde abgebaut werden könnten. Bis heute agiert Europol nämlich ohne jegliche parlamentarische Verantwortlichkeit und Kontrolle, und ohne dass betroffene Bürger gerichtlichen Rechtsschutz erlangen können. Damit ist Schily einer der Hauptverantwortlichen für die Weiterentwicklung von Europol zu einer gesamteuropäischen Überwachungsstruktur mit erheblichem Missbrauchspotential.

Der sicherheitspolitische Aktionismus Schilys nach den Terroranschlägen ist die Zuspitzung einer von ihm seit drei Jahren forcierten bürgerrechtsfeindlichen Sicherheitspolitik. Er zeichnet dafür verantwortlich, dass im Bundeskriminalamt sogenannte Gewalttäterdateien mit verharmlosenden Namen wie »Remo«, »Aumo« oder »Limo« eingerichtet wurden, deren Speicherungen u.a. dazu führten, dass nicht vorbestrafte Bürgerinnen und Bürger, die gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Genua demonstrieren wollten, an der Ausreise aus der Bundesrepublik gehindert oder über lange Zeit ohne Nachweis eines strafbaren Tuns in Italien inhaftiert wurden. Das vom Grundgesetz garantierte Recht auf Handlungs- und Bewegungsfreiheit wurde so außer Kraft gesetzt.

Otto Schily und sein Ministerium sind bis heute den Nachweis schuldig geblieben, dass »der Datenschutz« die Kriminalitäts- oder Terrorismusbekämpfung behindert hätte. Datenschutzrechtliche Regelungen und ihre Beachtung sind Grundvoraussetzungen dafür, dass die Bevölkerung der Arbeit der Sicherheitsbehörden Vertrauen entgegenbringt. Mit seiner Sicherheitskampagne trägt er dazu bei, dass die Grundlagen des demokratischen und freiheitlichen Systems, die es gegen den Terrorismus zu verteidigen gilt, untergraben werden.

Rolf Gössner

Botschaft für den Anwender ist klar: Datenschutz ist ein Defekt, den es auszuschalten gilt.

Die Installation von RealPlayer ist ebenfalls ein Geduldsspiel für Anwender, die nicht einsehen, warum sie Daten über sich der Firma RealNetworks zur Verfügung stellen sollten. Die E-Mail-Adresse wird erbeten, um auch in Zukunft über tolle neue Produkte von RealNetworks informiert werden zu können. Das Wegklicken der Felder, die Informationen zum Benutzer erbeten, macht mit Abstand den längsten Teil der Installation aus.

RealPlayer steht leider stellvertretend für eine ganze Reihe von Software, die unbemerkt Daten über den Benutzer preisgibt. Unter dem Stichwort »Spy-Ware« macht sich ein Trend in der Industrie breit, die offensichtlich davon ausgeht, dass ein Benutzer, der schon ein Geschenk bekommt, im Gegenzug auch gerne bereit ist, seine Seele zu verkaufen. Warum werden diese Daten gesammelt? Wegen der Sicherheit? Zum Schutz der Kinder? Um gegen Neonazis und Terroristen gewappnet zu sein? Keins der beliebten Erklärungsmuster aus der Datenkraken-Szene wird hier vorgeschoben. Die Motivation ist schlicht Gier. Jedes Datum, das gesammelt wird, sollte aber erklärt und begründet werden. Wenn eine Firma Software kostenlos verschenkt und darum um so versessener auf die Daten ihrer Kunden ist, so stellt sich die Frage, wo denn das Kerngeschäft des Unternehmens liegt. Datenschutz und die ehrliche Behandlung von Kunden sind kein Luxus, der erst in der Vollversion zu haben ist, sie sind ein Menschenrecht und bei einer seriösen Firma selbstverständlich zu erwarten.

Jens Ohlig

Der BigBrotherAward der Kategorie »Business und Finanzen« geht an die Informa Unternehmensberatung GmbH in Pforzheim für ihr Scoringverfahren.

Von dieser Firma haben Sie noch nie etwas gehört? Aber diese Firma weiß eine ganze Menge über Sie. Und weil sie so viel weiß, kann sie auch vorhersagen, ob Sie einen Handyvertrag bekommen sollten, ob Sie Ihr Auto in Raten abzahlen dürfen und ob Sie für eine Hausrat- oder eine Kfz-Haftpflichtversicherung ein guter Kunde wären. Scoring ist ein ursprünglich für den Versandhandel entwickeltes Ausleseverfahren, bei der für jede Anschrift in Deutschland ein Score zwischen 350 (sehr unattraktiver Kunde) und 750 (sehr attraktiver Kunde) ermittelt wird.

Der Score errechnet sich u.a. aus den Kreditinformationen der Schufa, der Adresse (Bundesland, Wohnviertel, Nachbarn), dem Alter (tendenziell ist älter besser; 18 ist schlecht, der beste Score ergibt sich bei einem Alter von 50 Jahren), den Gebäudeeinschätzung und vielem anderen, was aber im Einzelnen nicht offengelegt wird – denn sonst könnten sich Kunden ja darauf einstellen und damit den Wert des Scoringverfahrens in Frage stellen.

Auch bei der Schufa wird übrigens für jeden Menschen ein Score errechnet – der sich übrigens verschlechtert, wenn jemand eine Eigenauskunft über die über sie oder ihn gespeicherten Daten anfordert. Denn die Verbraucherin hat offensichtlich etwas vor, also könnte auch etwas passieren Versicherungen, Handyanbieter, Leasinggesellschaften, diverse Webshops und viele andere nutzen bereits die Dienste der Informa, um schnell entscheiden zu können, wen sie als Kunden wollen und wen nicht bzw. unter welchen Bedingungen. So werden bei etlichen Webshops unterschiedliche Bezahlungsmodalitäten angeboten, je nachdem welche Adresse bei der Bestellung angegeben wird: Hamburg St. Georg nur per Nachnahme, ins feine Blankenese selbstverständlich auch auf Rechnung.

Gründe

Die Informa benötigt lediglich Name, Anschrift und Alter, um den Score zu ermitteln. Informa-Geschäftsführer Paul Triggs: Wir können für jeden Bürger einen Score ermitteln. Selbst wenn es über die Ein-



zelperson einmal keine Daten gibt, hiflt uns hier die Beurteilung des Nachbarn rechts oder links.«

Die Informa schöpft für ihre Berechnungen aus einen umfangreichen Datenpool: soziodemographische Daten, Regional- und Statistikdaten, Markt- und Konsumdaten, Gebäudedaten der Schober Einzelhausbewertung, Daten der adressvermietenden Unternehmen (bekanntes Beispiel: Versandhäuser) über ihre Kunden und deren Kaufverhalten, Daten von externen Informationsanbietern, die als Auskunftei- oder als Marketingdaten angeboten werden sowie sogenannte Lifestyle-Daten.

Wo all diese Daten herkommen wird klar, wenn wir sehen, dass neben der Fair Isaac Int. Corporation und der Strüber Beteiligungsgesellschaft auch die Klaus Schober Holding zu den Gesellschaftern der Informa Unternehmensberatung GmbH gehört. Der Schober Komplex gehört zu den führenden Unternehmen im Bereich des Direktmarketings.

Eigenwerbung von Schober Direct Media: »Die MarketBase-Datenbank vereint das Schober Consumer Masterfile, die Lifestyle-Datenbank, die Schober Einzelhausbewertung, und die Versandhandels-Strukturdaten der Schober Direct Media. Der neue Zielgruppen- und Datenkatalog zeigt systematisch Möglichkeiten auf, um bestehende Kunden noch genauer segmentieren sowie profitable neue Kunden gewinnen zu können. Das Schober Consumer Masterfile bietet Zugriff auf 50 Millionen Privatadressen mit 2,2 Milliarden Zusatzdaten mit vielfältigen Selektionsmöglichkeiten. 3,2 Millionen Lifestyle-Adressen von Konsumenten mit konkreten Kaufabsichten sowie Angaben zu Besitz und Bedarfssituation ermöglichen den Zugriff auf rund 5.000 passgenaue Zielgruppen mit ganz spezifischen Profilen.«

Es existieren Kooperationen mit Quelle, Neckermann und der InfoScore Consumer Data GmbH.

Die sogenannten Lifestyle-Daten kommen von der Lifestyle Consumer GmbH. Diese versendet im großen Stil seitenlange Fragebögen mit Konsumentenbefragungen (im Internet unter www.freegoods.de). Nach eigenen Angaben sind sie auf die Erhebung von personenbezogenen Verbraucherdaten spezialisiert. Diese stellen sie nach Bedarf Herstellern, dem Handel und Marktforschungsunternehmen »ausschließlich Marketing- und Werbezwecke« zur Verfügung. Es steht zu befürchten, dass auch diese Eigenauskünfte für die Berechnung des Scorewertes herangezogen werden.

Was wir an alledem bedenklich finden: Der Scorewert wird von den Firmen, die ihn erstellen, als rein mathematisch/statistischer Wert bezeichnet, der zwar eine Vorhersage von Wahrscheinlichkeiten sei, nicht aber die Bewertung einer Person. In der Praxis aber ist der Scorewert genau das, er bewertet die Bonität eines Menschen.

Ein Score bringt eine Vielzahl an Informationen in ein einfach zu handhabendes Format: eine einzelne Zahl.

Anhand dieser Zahl kann in Sekundenbruchteilen entschieden werden, ob ich eine wünschenswerte Kundin bin oder nicht. De jure darf nicht ausschließlich auf Grund des Scorewertes entschieden werden. (Das Bundesdatenschutzgesetz nennt so etwas eine »automatisierte Einzelentscheidung«). De facto ist es schlicht nicht nachzuweisen, wenn es passiert. Die Verbraucher wissen in der Regel nichts von diesem Treiben. Ein im Kleingedruckten der AGBs der entsprechenden Firmen versteckter Hinweis, dass sie Daten mit der Informa Unternehmensberatung GmbH austauschen, reicht dafür nicht aus. Die Verbindung von Direktmarketing, Consumer- und Lifestyledaten mit dem Risikomanagement. Wem einmal aufgrund eines schlechten Scorwertes eine Versicherung gekündigt wurde, hat nach Erfahrungen von Verbraucherverbänden Probleme, wieder einen Vertrag von einer Versicherung zu bekommen. Wie sollen Verbraucherinnen gegen einen Score protestieren bzw. ihn richtigstellen, wenn sie gar nicht wissen, welche Daten in dieser Zahl zusammengefaßt werden?

So bleibt uns zu hoffen, dass die Informa Unternehmensberatung durch ihre Nominierung ein wenig prominenter auch in Verbraucherkreisen wird.

Herzlichen Glückwunsch, liebe Informa Unternehmensberatung GmbH - Ihr Score reichte für den Big Brother Award.

Rena Tangens



Zu Genua...

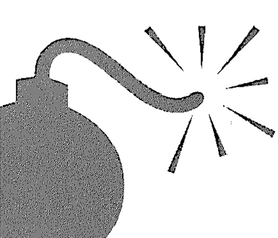
Jeder war wohl erschüttert, wenn auch nicht unbedingt überrascht von der Heftigkeit der Auseinandersetzungen beim Gipfel der G8 in Genua. Die folgenden Artikel und Zitate werfen ein Schlaglicht auf die bisher nicht dagewesene Brutalität des Polizeieinsatzes, aber beleuchten auch die Strategie der italienischen Polizei, die von desinformation und Einschüchterung im Vorfeld bis zu exzessiven gewalttaten führten, und zwar nicht nur, wie üblich, in Uniform, sondern auch incognito, auf der Seite der Protestierenden, wie Wu- Ming berichtet. Die Repressionen im Vorfeld und die Berichte über über Folterungen und Misshandlungen in der Folge, ergänzen das Bild. Was ist unter diesen bedingungen die konsequenz für politisches handeln, was kann und sollte als konsequenz der Vorfälle in die zukünftige politische Praxis einfliessen? Dieser Frage geht in einer ersten Reflexion die Gruppe Fels aus Berlin nach. Sicher erst der Anfang der Aufarbeitung.Von den brutalitaten in den Hintergrund gedrängt und ziemlich unterbelichtet: Die Ursprungliche Intension der Protestierenden. Was wurde erreeicht, was ist 'rübergekommen? Wie geht es weiter? Diese Frage bleibt zu klären

Polizeibrutalität in Genua: Sturm auf das Medienzentrum

Vom Überfall der Genuanischen Polizei auf das IMC und der Schule gegenüber am Sa., 21.07.01 um ca 0.00 Uhr.: Harald Neuber schrieb dazu in der jungen Welt vom 25.07.2001:

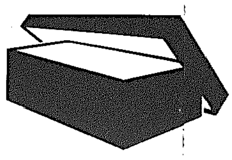
»Erst Tage nach dem Sturm auf das Medienzentrum und ein naheliegende Unterkunft von Demonstranten im italienischen Genua wird die ganze Brutalität des Polizeieinsatzes deutlich. Nach den Schilderungen sei die Polizei völlig enthemmt in die Unterkunft, ein Grundschulgebäude, gestürmt und habe wahllos auf die etwa 80 darin Schlafenden eingeschlagen.«

Dort wird auch Ingo Keil, Mitarbeiter des Nachrichtendienstes Indymedia wie folgt zitiert:



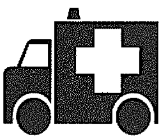
»Ich flüchtete mit einem Kollegen auf das Dach des Medienzentrums. Wir lagen da oben starr vor Angst und beobachteten, wie die Einheiten im gegenüberliegenden Gebäude Etage für Etage durchkämmten«.

»Deutlich wurde nach den Schilderungen auch, daß die Aktion offensichtlich nicht nur gegen Demonstranten, sondern auch gegen die unabhängige Presse gerichtet war. Neben der Zerstörung von Computern berichteten mehrere Zeugen davon, daß aus Kameras Filme entfernt werden mußten. In anderen Fällen wurden die Filme gestohlen, während die Mitarbeiter des Medienzentrums sich auf den Boden legen mußten. Erst nachdem ein »älterer Mann mit einem Anzug« den Ort des Geschehens betreten und dreimal in die Hände geklatscht habe, hätten die Beamten von den Festgenommenen abgelassen. Der Mann, dessen Identität nach wie vor ungeklärt ist, habe einige Beamte per Handschlag begrüßt. Während die Menschen im Medienzentrum weitgehend nur Sachschaden zu beklagen haben, bot das gegenüberliegende Schulgebäude ein Bild der Verwüstung. »Überall sahen wir Blutspuren, an den Wänden, teilweise meterlang«. Unter einer Heizung habe sich eine Blutlache mit einem Durchmesser von anderthalb Metern gebildet, »als ob jemand mit dem Kopf im-



mer und immer wieder gegen den Heizkörper geschlagen worden sei«, so weiter Harald Neuber in seinem Artikel.

Ein anderer Augenzeugenbericht , publiziert in indymedia: [...]Die Schule, gegenüber des IMC wurde zuerst gestürmt. Mit ca. 100-130 sehr aggressiven Robocops wurde die Tür mit lautem Gebell eingetreten. Scheiben gingen zu Bruch. Was dann folgte waren Bilder der Brutalität, wie ich sie nie zu Gesicht bekam. Da die Tage zuvor für einige Leute sehr lang waren, wurden viele in ihren Schlafsäcken überrascht, und blutig geschlagen. Vom Haus gegenüber (IMC) wo ich mich befand, konnte ich nur einzelneSzenen durch das erleuchtete Fenster ausmachen und auch filmen. viele Hilfe- und Schmerzensschreie waren zu hören. Sie leisteten keinerlei Wiederstand, und es wurde mit Tränengas geschossen. Im IMC herrschte unterdessen ein drunter+ drüber.Die Leute wussten im ersten Moment auch nicht, wie sie den Bullen entgegen treten sollten. Also wurden Tisch und Stühle in Richtung Eingang getragen um sie dort zu stapeln. Dieser Plan wurde jedoch schnell wieder fallengelassen, da ein Barrikade im Hausflur nur für nur wenige Augenblicke Schutz geboten hätte. Als nun letztendlich die Bullen auch das IMC stürmten, warfen sich alle Leute blitzartig auf den Boden, um jegliche Provokation zu verhindern, auch hier wild, ungemmt und wahllos reizuprügeln. Was nun folgte war reine Formensache. Schlagstoecke schnalzten auf Lederhandschuhen, böse und höhnische Blicke wurden einem zugeworfen, und die Räume mehr oder weniger durchsucht. Beim Genua Social Forum, welches zwei Stockwerke unter dem IMC sitzt, wurden Hardware und Dokumente konfisziert. Bei uns handelte es sich dabei »nur« um Videokassetten und zwei Helme. Anscheinend wurde auch eine Videokamera gestohlen. Genauso schnell wie sie zu uns kamen waren sie wieder weg. Dem Haus gegenüber wünschte ich dasselbe. Dem war leider nicht so. Was dann folgte waren Nervenzusammenbrüche und Schock auf beiden Strassenseiten. Etwa 20-30 Bullen - und Krankenwagen rückten an. Kurz darauf wurde ein Schwerverletzter nach dem andern herausgetragen. Manche blutüberströmt mit der erhobenen linken Faust. Andere noch in ihren Schlafsäcken regungslos und bis zur Unkenntlichkeit geprügelt. Informationen eines Freundes zufolge verweigerte ein Sanitäter die Arbeit, da er solch ein Grauennicht mit ansehen konnte. Das überaus brutale Auftreten der Bullen wurde von einer Menge aufgebrachter Leute auf der Strasse mit »Assassini« und »Bastardos« beanwortet. Der Gefangenen- und Krankenabtransport zog sich über ein bis eineinhalb Stunden hin. Kurz darauf verzogen sich alle Ambulanz - und Bullenwagen fluchtartig. Was sich dann bot war ein Bild des Grauens. In so ziemlich jedem Raum und Flur waren grosse Blurtspuren und Blutlachen zu erkennen. Türen waren eingetreten und die Leute waren die Treppen heruntergeschliffen worden, was an den Blutspuren zu erkennen war.[...]



Meldeauflagen Bzgl. des G8-Gipfels in Genua

Folgende Pressemitteilung erreichte uns...Berlin, 16.07.01, ca. 11 Uhr. Es klingelt. Vor der Tür stehen drei Polizisten und überreichen uns Briefe des LKA und des LEA. Vom 17. bis zum 22.07. erhaltenwir Ausreiseverbote für Italien und die umliegenden Länder und eineMeldeauflage, nach der wir uns täglich bei der zuständigen Polizeiwache einzufinden haben. Ziel dieser Maßnahmen soll sein uns an einer Fahrt nach Genua zu hindern, denn aufgrund eines angeblich seit dem EU- Gipfel in Göteborg gegen uns laufenden Ermittlungsverfahrens in Schweden besteht »die Annahme, dass Sie bei einem Besuch in Genua/Italien anlässlich des vom 20.07. bis 22.07.2001 dort stattfindenden G8- Gipfeltreffen (...) erneut derartige Straftaten begehen werden.« In der Tat waren wir in Göteborg gewesen. Wir hatten die Absicht, dort gegen die vorherrschenden Machtverhältnisse und ein geeintes Europa im Sinne der politisch und wirtschaftlich Mächtigen zu protestieren. Wir wollten unsere Vorstellungen einer humanen Welt, in der alle Menschen in ihrer Verschiedenartigkeit Platz haben, artikulieren. Dazu kam es jedoch nicht. Bereits vor der Ankunft in Göteborg wurden einige aus unserem Bus aus undurchsichtigen Gründen nach einer Passkontrolle festgenommen und nach Deutschland abgeschoben. Wir selbst wurden am ersten Tag in der Stadt, nachdem die Polizei das Convergence Center eingekesselt hatte, bei dem wir uns seit unserer Ankunft befunden hatten, festgenommen und verbrachten die folgenden 30 Stunden im Gefängnis, ohne irgend etwas getan zu haben. Einige von uns wurden Schließlich abgeschoben. Von dem angeblich laufenden Ermittlungsverfahren wegen des besonders schweren Falles des Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung und Widerstands gegen die Vollstreckungsbeamten erfuhren wir erst durch die Meldeauflage. Merkwürdig erscheint auch, dass Mitbetroffene, die in der gleichen Situation festgenommen worden waren, über ein Ermittlungsverfahren weniger schweren Inhaltes informiert wurden. Statt dessen liegen ihren Meldeauflagen unter anderem längst fallengelassene Ermittlungsverfahren zugrunde. Solche existierten bei uns nicht. Eilig eingelegte Widersprüche wurden abgewiesen, auch wenn nur, wie in einem Fall, eine Urlaubsreise nach Frankreich geplant war. Und dies, obwohl der Betroffene einen schriftlichen Eid auf seine Absichten geleistet hatte. Wir wollten nicht nach Genua fahren, aber wie kann es sein, dass wir aufgrund von Ermittlungsverfahren als Ge-

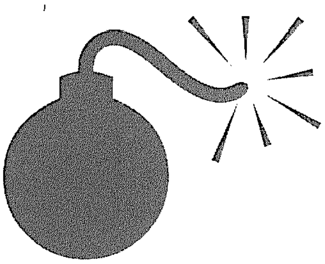
walttäterInnen verurteilt werden, dass uns daraufhin sowohl Reisefreiheit als auch Demonstrationsfreiheit genommen werden und dass Körting behaupten kann, es gäbe kein Recht auf Ausreise?!?[...]

Schwarzer Block

Ich war in Genua und kam nicht nur völlig fertig, sondern sauer, enttäuscht und fiebrig zurück. Die Bänder in meinen Knien waren kaputt, ich hatte keine Stimme mehr und jetzt sage ich: geht nicht auf die Jagd nach Anarchisten, kriminalisiert den internationalen Schwarzen Block nicht. Es ist im Gegenteil unsere Pflicht zwischen dem was in Genua passiert ist und dem Schwarzen Block zu unterscheiden. Ebenfalls ist es unsere Pflicht nicht jeden, der in Genua direkt agiert hat, als einen carabinieri in Tarnung zu verurteilen.

Pogrome und paranoide Verschwörungstheorien gehören nicht zu unserer Kultur. Letzten Freitag waren ein paar deutsche Anarchisten des Schwarzen Blocks in Genua, sie schlugen lediglich präzise Ziele wie Banken und große Büros/ Firmen und hatten keinerlei Intention andere Demonstranten anzugreifen. Am Samstag traf ein holländischer Journalist des Magazins Vrij Nederland mit ihnen zusammen als sie ihre Sachen packten um wahrscheinlich nach Deutschland zurückzureisen. Die Anarchisten berichteten ihm, dass sie es beschissen fänden, was andere »Männer in Schwarz« getrieben hätten und sie deshalb »bedient« seien. Tatsächlich hatte das, was am Samstag passiert ist sehr wenig mit dem modus operandi des Schwarzen Blocks zu tun: der Schwarze Block hat Methode. Man mag zwar nicht unbedingt mit ihrer Methode einverstanden sein, dennoch gehen sie ihren eigenen Weg ohne sich anderer Aktions Formen zu bedienen, die wiederum mit anderen Gruppierungen in Konflikt kämen. Im Gegenteil, in Genua wurden die Schlägertrupps den ganzen Tag von carabinieri eskortiert ohne diese jemals festzuhalten oder sie daran zu hindern und das lag nicht daran, dass, wie teilweise berichtet wurde, diese zu schnell und informell handelten. Sondern sie hatten sogar in aller Ruhe Zeit in die Banken einzudringen, sie genauestens auseinanderzunehmen und in Brand zu setzen, eine solche Operation erfordert mehr als eine Viertelstunde an Zeit. Während dessen blieben die carabinieri auf der Straße und warteten auf sie. Als die Schläger dann wieder herauskamen, ging die magical mystery Tour weiter. Die carabinieri begleiteten ruhig den Schlägertrupp weiter zu Orten, an denen viele andere Leute (die dem GSF angehörten) in anderer Weise demonstrierten, nämlich so ruhig, als ob sie mit ihren Hunden spazieren gingen. Dafür gibt es hunderte Augenzeugenberichte. Auf ihrem ganzen Weg überfielen die schwarzen Männer kleine Läden, setzten Autos in Brand, die mit Sicherheit nicht Millionären gehörten, außerdem zerstörten sie kleine Tankstellen und so weiter.

Daraufhin steuerten sie entfesselt auf einen Platz zu, wo hunderte Mitglieder des Lilliput Netzwerks ein Sit-In veranstalteten. Die carabinieri folgten dem Trupp und begannen auf Frauen, Kinder, Pfadfinder und friedliche Demonstranten einzuprügeln. Dann verließen carabinieri und Schläger dieses Geschehen um weiterzuziehen zum Sammelzentrum auf der Piazza Kennedy. Nachdem die carabinieri auch hier eingegriffen hatten, zog die fröhliche Mannschaft weiter zur Brignole, wo sie auf Demonstranten des Blocks »ziviler Ungehorsam« stießen, der sich immer noch weit entfernt der »Roten Zone« befand. Die carabinieri nahmen die Demonstranten fest und in der Zwischenzeit brachen die falschen Schwarzblöckler in Reihen der »Weißen Overalls« ein und griffen einige dieser Kameraden an. Ein sehr großer Kamerad der in Venedig stationierten Gruppierung »Rivolta« wurde von einem Kerl niedergeschlagen, der sicherlich ein sehr gut trainierter Kampfkünstler war. Danach fuhren die carabinieri fort, die Demo für weitere sieben Stunden zu attackieren, während die Leute versuchten, in das Carlini Stadion zurückzukehren. Der letzte Angriff fand weniger als 800 m von dem Campingplatz statt und die Männer in Schwarz waren komplett verschwunden. All das entspricht in keinster Weise der Praxis des Schwarzen Blocks. Tatsächlich sahen einige Leute falsche Schwarzblöckler aus Bussen der carabinieri springen, die schwarzen Kapuzen/ Mützen aufsetzen und die Hölle entfachen, Schläger Pläne mit Kommandanten besprechen und carabinieri Brecheisen an die falschen Schwarzblöckler verteilen.



Die Presse, die über diese Ereignisse berichtete, ebenso wie das Fernsehen stellt erschreckende Gegebenheiten in der Geamtlänge dar. Am 19.Juni, nach Göteborg, erstellten und vertrieben die »Weißen Overalls« von Bologna und das »Wu Ming Kollektiv« ein Dokument mit dem Titel: Stoppt die Einkreisung des Schwarzen Blocks, es wird im Folgenden wiedergegeben:

Aus der jüngsten Geschichte des Schwarzen Blocks lässt sich ablesen, dass es sich nicht um eine statische Bewegung handelt, sondern diese in der Lage ist, verschiedene Taktiken anzunehmen und Kontakt zu weiteren friedlichen Gruppierungen zu suchen und mit diesen zusammen zu agieren sowie Ideen und Strategien auszutauschen wie es in Quebec während der Anti-FTAA Mobilisierung geschehen ist. Während dieser Tage agierten sie unter Rücksichtnahme auf die Stadt und ihre Bewohner. Sie konzentrierten damals ihre ganze Mühe darauf, die »Mauer der Schande« einzureißen. Sie wählten sogar Symbole und Praktiken, die von den Weißen Overalls vorgegeben wurden (Blöcke, Schilde, das Halten der

Positionen etc.) und kooperierten mit anderen Gesinnungsgruppen auf der Straße. [...]
Wir beobachten den gefährlichen Versuch diesen Teil der Bewegung zu kriminalisieren und widersetzen uns dahingehend, unseren Arsch zum Nachteil des Schwarzen Blocks, den wir als einen voll legitimen Teil der Bewegung erachten, retten zu wollen. Ebenso verwehren wir uns gegen die Unterteilung von »guten« und »bösen« Demonstranten.
Gez. Weiße Overalls von Bologna/ Wu Ming

Meine Meinung ist nicht einfach eine Meinung sondern wird voll bewiesen durch Augenzeugenberichte und Videodokumentationen: letzten Freitag kanalisierten und steuerten sechs oder sieben eingeschleuste Polizisten gezielt den (puren obwohl blinden) Zorn von etlichen jugendlichen Anarchisten, die es hätten besser wissen müssen. Möglicherweise wäre am Samstag das Gleiche passiert. Weshalb wir uns widerwillig dazu entschlossen, Leute durch Knüppel und Steine von unserer Demo abzuhalten. Sicherlich stießen wir einige wirkliche Provokateure zurück, die uns »Bullen« nannten und wahrscheinlich selbst Bullen waren. Möglicherweise haben wir dabei auch wirklich ab und an die falschen getroffen, wer weiß? Wenn das passiert sein sollte, tut uns das wirklich sehr leid, aber wir mussten unsere Gesinnungsgruppe verteidigen und uns vor Einschleusung und Aggressionen schützen. Ein Schwarzblöckler sagte zu meinem Kameraden Wu Ming 5: »Du gibst gerne Befehle, häh? Du Kommunist!« Tja, das tut weh. Ich kann Euch aber versichern, dass wir NICHT GERN Befehle geben. Anstatt eine Hexenverfolgung zu veranstalten, sollten wir lieber im Kopf behalten, dass nicht alle Anarchisten Schwarzblöckler sind und nicht alle vom Schwarzen Block Polizisten in Tarnung sind. Auf der anderen Seite ist es dringend notwendig, eine Taktik, die so leicht zu infiltrieren und zur Abweichung zu bringen ist, zu überdenken. Das ist einerseits an die Leute gerichtet, die diese Taktik angenommen haben, zum anderen betrifft es diejenigen, die unter den Folgen einer solchen Durchdringbarkeit zu leiden haben.

Wu-ming Yi

Genua: Versuch einer politischen Einschätzung

Bisher ist die Berichterstattung bei indymedia, vor allem von Augenzeugenberichten, Bilddokumentationen und z.T. wichtigen Informationen geprägt. Eine politische Einschätzung, der Versuch einer strategisch orientierten Reflektion fand bisher nicht statt. Hier eine erster Beitrag für diese notwendige Debatte. Bei denjenigen von uns, die in Genua vor Ort waren, herrscht bisher noch vornehmlich Sprachlosigkeit vor. Sprachlosigkeit angesichts eines Eskalationsniveaus militärischer Auseinandersetzungen, die keineR von uns in Westeuropa so einfach vermutet hätte. Dieser Text soll den Versuch darstellen, diese Sprachlosigkeit zu überwinden und, jenseits von Augenzeugenberichten, zu einer ersten politischen Einschätzung der Ereignisse zu gelangen. In Genua hat der Straßenkampf, der seit Seattle die Anti-Globalisierungs- Proteste kennzeichnet, regelrecht militärische Dimensionen angenommen. Das begann schon im Vorfeld in Form eines Informationskrieges, in dessen Verlauf die italienische Regierung die Bereitstellung zusätzlicher Kühlhäuser und Särge für die zu erwartenden Toten und aufgestellte Kleinraketen auf einem nahegelegenen Stützpunkt ankündigte. Doch auch vor Ort wurden DemonstrantInnen, obwohl sie sich bereits auf dem Rückzug vom Hauptgeschehen befanden, von Panzern durch die Straßen getrieben. Eine Polizeiwache brannte komplett aus, ein Gefängnis wurde gestürmt (La Repubblica 22.7.2001). Die militanten Straßenkämpfer haben mehrere Tankstellen in der Innenstadt geplündert, um serienmäßigen Nachschub an Molotov-Cocktails zu produzieren. Die italienischen Medien berichten, militärische Einrichtungen seien in Gefahr gewesen, was die Intervention der Marine notwendig gemacht habe. Auch wurden Menschen, die vor der Polizei ins Wasser flüchteten, von Polizeibooten aus angegriffen. Und es wurde an mehreren Stellen, zu mehreren Gelegenheiten scharf geschossen, nicht nur an dem Ort, wo Carlo Giulani aus nächster Nähe exekutiert worden ist, sondern mindestens noch beim Angriff auf eine weitere Polizeistation und bei den Krawallen am Samstag durch die sogenannte Finanzpolizei. Man kann also sagen, daß auf beiden Seiten Mittel der Auseinandersetzung gewählt wurden, die für West-europa zumindest im Kontext sozialer Bewegungen unüblich sind. Zunächst steht die Frage im Raum, wie dieses Eskalationsniveau erreicht werden konnte. Zunächst muß an dieser Stelle davon ausgegeangen werden, dass jeder Ansatz von Bewegung, der es wirklich ernst meint, mit staatlicher Repression zu rechnen hat. Die historisch relativ junge internationale Bewegung gegen die Globalisierung vermittelt zumindest in Teilen einen solch entschlossenen Eindruck. Geheimdienste gehen inzwischen sogar von der Gefahr eine »neuen Qualität des internationalen Gewaltpotentials« aus, da sich bei den Protestereignissen verschiedene Erfahrungen des Widerstandes verbinden und von eineander gelernt werden kann. Die staatliche Reaktionen auf diese neue Stärke einer Protest- oder Widerstandsbewegung waren eindeutig, neben dem Informationskrieg im Vorfeld (siehe oben) wurde die Militarisierung des polizeilichen Handelns vorangetrieben. Das Schießtraining von Göteburg mag dafür ebenso stehen wie die Hochrüstung des Schutzkonzeptes in Ge-

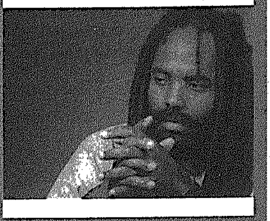
nua selbst. Vor dem Hintergrund dieser strategischen Konstellation sollten die Ereignisse der letzten Woche betrachtet werden: Als taktischer Ausdruck einer politischen Konfrontation. Auch die bisher umstrittene Bewertung des »Schwarzen Blocks« sollte aus dieser Perspektive unternommen werden. Augenzeugen berichten, daß die militanten Gruppen, die später von den italienischen Medien als »Anarchisten« und »Schwarzer Block« homogenisiert worden sind, am Freitag morgen (also dem Tag des Gipfelsturms) sich über mehrere Stunden lang quasi unbehelligt in der Innenstadt ausagieren konnten. Ohne nennenswerte Eindämmungsversuche seitens der Polizei zerstörten sie in ganzen Straßenzügen die Geschäfte und Banken. Als die großen Demonstrationszüge in der Innenstadt ankamen, stiegen dort bereits dicke Rauchsäulen auf. Erst als die Massendemos ankamen, startete die Polizei ihre Gegenangriffe durch sehr massiven CS-Gas-Beschuß, Knüppel und Wasserwerfer, wobei diese sich vornehmlich gegen die Demozüge richteten und nicht gegen die militanten Gruppen. Hierbei wurde nicht differenziert zwischen Gruppen mit einem erklärtermaßen gewaltfreien Konzept, den Anhängern der von den Tute Bianche propagierten defensiv/offensiv-Strategie (siehe unten) und eventuellen »Schwarzen Blocks«. Die Repression richtete sich also ausdrücklich gegen die nicht-militante breite Masse, während im Stadtzentrum der Rock'n Roll immer noch fortgesetzt wurde. Carlo Giuliani wurde am Rand der Tute-Bianche- Demonstration erschossen, deren Spitze an das Innenstadtgebiet angrenzte, als sie von der Polizei aufgehalten und zurückgeschlagen wurde. Diese Demonstration war straff organisiert, zielte in ihrer Militanz ausschließlich auf die Durchbrechung von Polizeikordons und Zaun auf dem Weg in die Rote Zone und wollte, um einer breiten Öffentlichkeit ein politisch gezieltes offensives Vorgehen zu vermitteln, explizit keinen Sachschaden in der Stadt anrichten.[...] Am Rande der Tute-Bianche- Demonstration kam es demnach auch zu Handgemengen zwischen Demo-ordnern und Militanten, die sich in die Masse flüchten wollten, um von dort aus erneut auszuschwärmen. Das Konzept von zivilem Widerstand der Tute Bianche zielt auf eine Verbreiterung der Aktionsformen der Anti-Globalisierungs-Bewegung nach dem Vorbild der Zapatisten. Dabei sind sie sehr stark auf Transparenz und Vermittelbarkeit bedacht. Ihre Ausrüstung (Helme, Panzerungen aus Schaumstoff und Plastik, große Plexiglasschilde, Feuerlöscher und Flexgeräte, um den Zaun aufzuschneiden) ist in Italien explizit legal, d.h. sie reizen die Legalität auf sehr phantasievolle Art bis an ihre Grenzen aus. Zudem waren Anti-CS-Gas- Brigaden im Einsatz, die die Patronen in mit Wassern gefüllten Mülleimern löschen sollten, und diverse andere Gruppen mit besonderen Aufgaben im zu erwartenden Handgemenge. Im Carlini-Stadion, der Homebase der Tute Bianche, wurden Konzepte und Entscheidungen auf Massenplena vorgestellt und so zumindest für alle nachvollziehbar gemacht. Entscheidungen fällte ein Delegiertentreffen der verschiedenen italienischen Städte und internationalen UnterstützerInnengruppen. Dabei gelang es, Transparenz und demokratische Entscheidungsstrukturen nicht in Handlungsunfähigkeit umschlagen zu lassen, v.a. weil die einzelnen Gruppen den Erfolg des gemeinsamen Vorgehens im Auge hatten und nicht die genaue Durchsetzung einer eigenen Linie oder das politische Reinheitsgebot. Wichtig für eine Einschätzung hierzulande ist auch, daß die Tute Bianche in der italienischen Öffentlichkeit sehr präsent sind. Bereits vor dem Gipfel haben sie über die Medien eine sehr breite Debatte über die Legitimität ihres defensiv-offensiven Vorgehens geführt, flankiert von einer Umfrage nach dem Vorbild der Zapatisten, ob die Bevölkerung es für gerechtfertigt halte, in die von Polizei und Militär belagerte Rote Zone, wo der Gipfel stattfinden sollte, unter Einsatz legaler Mittel und des eigenen Körpers ein-zudringen. Gescheitert sind die Tute Bianche diesmal in der Auseinandersetzung mit der Polizei, aber nicht in der Öffentlichkeit, wo sie die Auseinandersetzung nach wie vor mitbestimmen, wie keine linksradikale Gruppe in Deutschland dies in den letzten 20 Jahren vermocht hat. [...] Noch am selben Tag tauchten die ersten Meldungen auf, unter den militanten Gruppen im Zentrum seien zahlreiche Provokateure der Polizei am Werk gewesen. Einen Tag später belegten Filmaufnahmen, wie größere Gruppen von Schwarzvermummten aus den Polizeiwachen stürmten und sich aktiv unter die Randale mischten. Nach Einschätzung des Genoa Social Forum, des breiten Bündnisses vor Ort, das die Proteste getragen hat, diente die Polizeirazzia im Independent Media Center und der gegenüber liegenden Schule am Samstag nacht vor allem der Vernichtung von weiterem Beweismaterial, welches die aktive Beteiligung von Zivilpolizisten bei den Krawallen belegte. Immerhin wird der Sachschaden auf über 3 Milliarden Lire geschätzt (zerstört wurden 83 PkWs, 41 Geschäfte, 34 Banken, 16 Tankstellen, 3 öffentliche Gebäude - darunter das Gefängnis, neun Postämter, vier Wohnhäuser etc. Alle Angaben aus La Repubblica com 22. Juli 2001). Nach Angaben des Genoa Social Forum wurden unter den militanten Gruppen auch europäische und italienische Neonazis gesichtet, konkret wird eine Gruppe von Forza Nuova genannt (il manifesto 24.7.). Auch ein britischer Nazi-Sympathisant berichtet von Einladungen durch italienische Faschisten[1]. Andererseits markiert diese Razzia aber auch den Beginn des entfesselten Staatsterrors, der seitdem den GlobalisierungsgegnerInnen in Genua und Umgebung entgegenschlägt und in die Außerkraftsetzung sämtlicher Grundrechte mündete. Vermutlich ist es für die Bewegung politisch gewinnbringender, sich auf diesen Aspekt zu konzentrieren und dagegen zu agieren, als sich von den Meldungen über Provokateure und Nazis verunsichern zu lassen. Erst als die Lage in der Innenstadt sich weitgehend beruhigt hatte, also am Abend nach der großen Demonstration vom Samstag, begann die Polizei mit massiven Festnah-

men. Ein beträchtlicher Teil davon fand unter extrem brutalen Bedingungen bei der nächtlichen Razzia statt, die sich wiederum nicht gegen einen Rückzugsort von Militanten richtete, sondern gegen die »Köpfe« der Bewegung, nämlich ihr Medienzentrum und das Headquarter des Genoa Social Forum. Alles deutet darauf hin, daß die Politik der Sicherheitskräfte auf die extreme Eskalation, so wie sie stattgefunden hat, ausgerichtet war. Eine durchschnittliche Einsatzleitung hätte mit polizeitaktischen Mitteln den wenigen tausend Militanten leicht und frühzeitig Einhalt gebieten können, wenn das gewollt gewesen wäre. Immerhin waren in Genua 18 000 Beamte verfügbar, die Sperren hätten errichten können, Straßenzüge räumen etc. Das alles ist jedoch nicht einmal ansatzweise passiert. Eine solche Strategie kann eigentlich nur die Spaltung der Anti-Globalisierungs-Bewegung beabsichtigen. Indem man eine Situation bewußt anheizt und so eskalieren läßt, daß es Tote gibt, der Sachschaden immens ist und die nicht- militanten Teile der Bewegung angesichts der unverhältnismäßigen Repression, die sie erlebt haben, unter Schock stehen, führt man deren dauerhafte Distanzierung vom sogenannten »Schwarzen Block« herbei. Ob die Unterwanderung des »Schwarzen Blocks« Umsetzung einer solchen Spaltungsstrategie war oder vielmehr die Berichte der vielen »Augenzeugen« selbst Teil der Desinformationskampagne sind, muss in den nächsten Tagen und Wochen geklärt werden. Besonders in der Bundesrepublik hat die Strategie der Spaltung medial offenbar hundertprozentig angeschlagen. Die Sprecher von großen NGOs sehen sich hierzulande offenbar genötigt, sich von den Militanten zu distanzieren. Die deutsche Medienberichterstattung bildet dabei weniger die realen Ereignisse von Genua ab, als daß sie ein altbewährtes Debattenschema reproduziert, das schon mehrmals eingesetzt wurde, um soziale Bewegungen zu diskreditieren: böse Gewalttäter hier, gute Friedfertige dort, die nun von Journalisten möglichst schnell zu ersteren auf Distanz gedrängt werden. Bestes Beispiel ist der Artikel »Gewalt in Weiss« in der Süddeutschen Zeitung vom Wochenende: Hier wurde das Tute Bianche-Konzept, das sich in obiges schwarz-weiss-Schema eben gerade nicht einfügt und u.a. daraus seine politische Brisanz bezieht, mal eben unter völliger Mißachtung der realen Begebenheiten dem Randale-Flügel zugeordnet, nur um das Bewertungsmuster des Autors nicht durcheinanderzubringen. Ganz anders in großen Teilen der italienischen Öffentlichkeit: Dort wurde diesen Spaltungsversuchen offensiv entgegengetreten und die Provokation der Polizei denunziert. Genoa Social Forum- Sprecher Vittorio Agnoletto beispielsweise schätzt die Proteste von Genua trotz des extrem hohen Preises, der mit dem Tod von Carlo Giuliani bezahlt werden mußte, als Erfolg ein. Für ihn steht nicht nur die Oligarchie des G8 auf dem Spiel, sondern es geht bei diesen Auseinandersetzungen auch um konträre Konzepte von Demokratie. Eine Demokratie, die angesichts von Ausreiseverboten, hemmungslosen Prügelorgien der Carabinieri, scharfen Schüssen auf Demonstranten, Folterungen in italienischen Gefängnissen, dem tagelangen Verschwinden von Verhafteten etc. im Rahmen des entfesselten Neoliberalismus offenbar auf südamerikanisches Maß reduziert werden soll. Das Genoa Social Forum setzt auf eine breite Massenbewegung, in der keine Gruppe und keine Aktionsform ausgegrenzt wird, um die illegitime neue Weltordnung und ihre Vorstellungen einer Demokratie der Mächtigen zu bekämpfen und das Recht auf Protest und Widerstand durchzusetzen. Auch wenn die Randale aufgrund der Beteiligung von Provokateuren und Nazis im Nachhinein wenig ruhmreich erscheint, geht es nun darum, sich vom politischen Gegner keine Debatte über die Legitimität von Mitteln des Protests aufzwingen zu lassen. Militanz war schon immer Teil einer jeden größeren sozialen Bewegung und hat auch wesentlichen Anteil an ihrer medialen Wahrnehmbarkeit und ihrem politischen Erfolg oder Mißerfolg gehabt. Auch wenn einige Aktionen mit Sicherheit zu hinterfragen sind, bleibt doch festzuhalten, dass der Sachschaden von Genua in keinem Verhältnis zu dem Elend steht, in dem die Milliarden von Ausgegrenzten weltweit leben. Jetzt ist der Augenblick, in dem sich die politische Integrität der Nichtregierungsorganisationen wie ATTAC u.a., die die Breite der Bewegung ausmachen, erweisen muß und zwar auch im Verhältnis zu und in der Abhängigkeit von eventuellen Finanziers. Aber auch von Seiten der radikalen Linken sollte der Wille zur Einheit der Bewegung die Abgrenzungsgelüste von »reformistischen Flügeln« im Keim ersticken, denn mittlerweile sollte klar sein, daß auch radikale Strömungen auf eine breite Massenbewegung angewiesen sind, wenn sie wirklich die Verhältnisse angreifen wollen. Die Stärke dieser jungen internationalen Bewegung liegt genau im Aufeinandertreffen verschiedenster Erfahrun-gen aus verschiedenen nationalen Kontexten, die bei allen Beteiligten althergebrachte Bewertungsmuster in Frage stellen. So geraten z.B. eigene Positionen zur Gewaltfrage ins Wanken, wo friedfertige deutsche Ökoaktivisten bei solchen Treffen neben militanten Waldschützern aus Kanada stehen... Dies bezieht sich sowohl auf taktische Fragen der Auseinandersetzung mit der Repression, als auch auf analytische Fragen. Offene, auf massive Beteiligung ausgerichtete Modelle der Meinungsbildung wie das von den Zapatisten geprägte erlangen darin neue Bedeutung. [...]Für eine breite und v.a. politische Diskussion!

FelS [2](Für eine linke Strömung), Arranca!, gruppe gemeinsam sind wir stark und weitere Menschen aus Berlin, Rostock und Dresden

1) http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/9153/1.html
2) FelS - Für eine linke Strömung Mail: c/o Schwarze Risse, Gneisenaustrasse 2a, 10971 Berlin Website: http://www.nadir.org/fels Email: fels@mail.nadir.org

Kurzes



19 Jahre in der Todeszelle - Mumia Abu-Jamal: Neues Geständnis des wahren Täters - verjährt?

Am 9. Dezember 1981 um 3 Uhr 52 nachts wurde der Polizeibeamte Daniel Faulkner in Philadelphia, USA, auf offener Straße erschossen. Schwer verletzt am Tatort festgenommen und der Tat beschuldigt wurde der damals 27jährige radikale afroamerikanische Journalist Mumia Abu-Jamal nach einem buchstäblich kurzen Prozeß am 3. Juli 1982 wegen Mordes zum Tode verurteilt.

Sowohl der Prozeß selbst als auch das Todesurteil gegen Abu-Jamal werden heute von Juristen auf der ganzen Welt als Justizskandal gewertet. In einem 32seitigen Bericht über seinen Fall kam Amnesty International zu einem vernichtenden Urteil über das Verhalten und Vorgehen von Polizei, Staatsanwaltschaft, Pflichtverteidiger und Richter und forderte eine Wiederaufnahme des Verfahrens (amnesty international: Mumia Abu-Jamal – ein Leben in der Schwebe, Oktober 2000, deutsche Fassung).

Mumia Abu-Jamal hat immer auf seiner Unschuld bestanden. Mit dem Auftauchen eines hochbrisanten Entlastungszeugen, nämlich des heute 51jährigen Auftragskillers Arnold Beverly, sieht Abu-Jamal endlich die Möglichkeit, dafür auch Beweise vorlegen zu können. Arnold Beverly hat sich Anfang 1999 mit Abu-Jamals Anwaltsteam in Verbindung gesetzt und am 8. Juni 1999 eidesstattlich erklärt, den Mord an dem Polizisten Daniel Faulkner selbst begangen zu haben, und zwar im Auftrag der organisierten Unterwelt von Philadelphia in Tateinheit mit korrupten Kreisen des Polizeibezirks von Center City Philadelphia, dem der Ermordete angehört hatte. Er sagt aus, er sei für die Beseitigung Falkners bezahlt worden, weil der den Schutzgeld-, Glücksspiel- und Prostitutionsgeschäften dieser Clique im Weg gestanden habe. Wegen dieser kriminellen Geschäfte lief genau zur Zeit der Ermordung Faulkners eine großangelegte Ermittlung der amerikanischen Bundespolizei FBI gegen die Polizei Philadelphias. In einer weiteren von Abu-Jamals Verteidigung vorgelegten eidesstattlichen Erklärung macht der ehemalige verdeckte Ermittler Donald Hersing dazu ausführliche Angaben.

Beide Erklärungen wurden erst am 4. Mai 2001 von Abu-Jamals neuem Anwaltsteam vorgelegt. Vorausgegangen waren Auseinandersetzungen zwischen Abu-Jamal und seinen bisherigen Verteidigern, die nach der eigenmächtigen Publikation eines Buches über den Fall durch einen der Anwälte mit der Entlassung des alten Verteidigerteams endeten.

Man sollte meinen, daß jedes Gericht die durch das Geständnis Arnold Beverlys gebotene Chance zur endgültigen Aufklärung eines prominenten Mordfalls freudig nutzen würde. Aber weit gefehlt. Der für Abu-Jamals Haftprüfungsantrag verantwortliche Bundesrichter hat die Vernehmung des Zeugen Beverly abgelehnt, und zwar unter Berufung auf das 1996 von Präsident Clinton erlassene Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Beschleunigung der Todesstrafe. Das Gesetz bestimmt, daß die letzte Möglichkeit eines zum Tode verurteilten Angeklagten zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit seiner Haft – die Habeas Corpus Petition – innerhalb eines Jahres nach der Urteilsverkündung eingereicht werden muß. Das gilt auch für alle auftauchenden neuen Beweise zur Entlastung des Verurteilten.

Darüber hinaus und »fürsorglich« hat Yohn das Urteil des US-Supreme-Court im Fall Herrera gegen Collins, US 360 von 1994 angeführt, das da lautet: »Die erwiesene Unschuld eines Verurteilten ist kein hinreichender Grund ihn nicht hinzurichten, wenn er ein rechtmäßiges Verfahren gehabt hat.« Die US-amerikanische Prozeßordnung sieht nun vor, daß die gestellten Anträge erst noch einmal vor dem zuständigen Stadtgericht verhandelt werden müssen. Das ist in diesem Fall der Common Court of Pleas in Philadelphia – und dieses Gericht ist als einziges jetzt noch in der Lage, die neuen Beweise in das existierende Prozeßprotokoll aufzunehmen, indem es ihrer Anhörung stattgibt!

Am 17. August fand die erste Verhandlung statt. Mumia Abu-Jamal war geladen und 2 Tage vorher wieder ausgeschlossen worden, weil in Philadelphia kein Platz sei, ihn unterzubringen. Die Verhandlung dauerte 30 Minuten. Die Vorsitzende Richterin Pamela Dembe befand, es stehe »ernsthaft in Frage, ob der Antrag fristgerecht eingereicht wurde«. Sie räumte der Verteidigung jedoch drei weitere Wochen dafür ein, neue Argumente für die Fristgerechtigkeit vorzutragen. Danach sollte die Staatsanwalt bis zum 14. September Zeit für ihre Gegenargumentation haben.

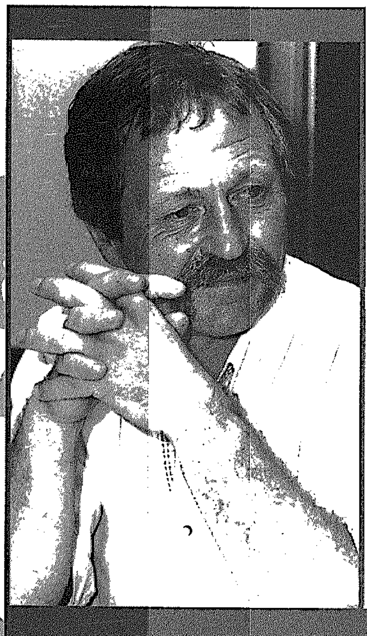
Nach dem Terroranschlag auf das Worldtrade-Center in New York am 11. September hat Staatsanwalt Burn eine Verlängerung von weiteren 4 Wochen beantragt mit der interessanten Begründung, er sei zu erschüttert, um seinen Termin einhalten zu können – dem wurde stattgegeben. Die Sprecherin der Unterstützungsorganisation »Familie und besorgte Freunde von Mumia Abu-Jamal«, die zusammen mit weiteren 1500 Menschen vor dem Gerichtsgebäude demonstrierten, brachte die Verhältnisse sichtlich zornig und um Fassung ringend auf den Punkt: »Kann mir das mal jemand erklären -ein Mord verjährt niemals, bei einem Mordgeständnis soll das aber möglich sein ?!«Wir nutzen den ganzen November und Dezember weiterhin dazu, Unterschriften zu sammeln, um Mumia Abu-Jamals Forderungen Nachdruck zu verleihen – die Vernehmung und Vereidigung des Zeugen Arnold Beverly und die Zulassung des weiteren Entlastungsmaterials. Wir faxen der Richterin Dembe seit August fast täglich Unterschriftenlisten – zeigen wir unser Interesse am Fortgang der Verhandlung!

Gruppe »Freiheit für Mumia Abu-Jamal« Heidelberg

A. & M. Schiffmann – e-mail: mikschiff@poweronline.net

Via campesina!

Über die Globalisierung, die WTO, McDonald's und anderen Käse



Die Fakten sind rasch erzählt. Vor gut zwei Jahren demontierte José Bové mit einigen Kollegen im südfranzösischen Städtchen Millau eine McDonald's-Filiale und lieferte die Einzelteile vor der örtlichen Präfektur ab. Der Schafbauer wollte gegen die Strafzölle protestierten, die die USA neben anderen europäischen Spezialitäten auch dem örtlichen Roquefort auferlegt hatten. Der berühmte Edelkäse aus würziger Schafsmilch, die ihren besonderen Geschmack den Kräutern und Gräsern der Region verdankt, ist ein ähnlich geschütztes Qualitätsprodukt wie Champagner und Cognac. Da nicht wenige lokale Arbeitsplätze an der Produktion des Roquefort hängen und die Bauern in erster Linie die Schafsmilch für den Blauschimmelkäse liefern, drohte der Strafzoll die Lebensgrundlage der Bevölkerung zu untergraben. Mit den Strafzöllen reagierten die USA freilich ihrerseits nur auf ein Importverbot, das die EU gegenüber hormonbehandeltem Rindfleisch verhängt hatte. Tatsächlich richtete sich das europäische Importverbot vor allem gegen die US-amerikanischen Fleischindustrie, deren Rinderhälften dank des Hormondopings kostengünstig auf den Weltmarkt drängten. Zwar erlauben die Statuten der Welthandelsorganisation (WTO) Importverbote, sofern die Gesundheit von Mensch oder Tier bedroht ist. Beim Hormonfleisch ließen die Experten der WTO die Gesundheitsbedenken der Europäer aber nicht gelten, erklärten statt dessen das Importverbot zum illegalen Vergehen gegen das Freihandelsabkommen und billigten den USA als Vergeltungsmaßnahme ausdrücklich die 100%igen Strafzölle auf ausgewählte europäische Spezialitäten zu, sofern die Europäer nicht binnen fünfzehn Monaten einlenkten.

Zwei Tage nach der Demontage der McDonald's-Filiale begann die Polizei nach José Bové und seinen Mitstreitern wegen Sachbeschädigung zu fahnden. Nun aber geschah das Unglaubliche. Binnen weniger Tage eroberten die Bauern mit ihrem ungleichen Kampf gegen Big Mäc und Co. die Sympathie der gesamten französischen Öffentlichkeit. Aus allen Teilen Frankreichs, später aus der ganzen Welt trafen Solidaritätsadressen für den tapferen Bauern ein, der den Kampf gegen das »malbouffe« (das »Schlechtessen«) aufgenommen hatte. Im eilends gegründeten Unterstützungskomitee trafen sich die Gewerkschaften CGT, CFDT und SUD mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Greenpeace, ATTAC und der Arbeitslosenbewegung AC! und US-amerikanische Farmer wollten partout die Kaution für die Freilassung des Bauern überweisen. In Seattle schließlich, als Ende 1999 die jüngste Liberalisierungsrunde des Welthandels so kläglich im Tränengasnebel versank, stieg der französische Bauer dann endgültig zum gefeierten Helden der Globalisierungskritiker auf.

So erzählt liest sich die Geschichte vom Bauern Bové wie ein modernes Politmärchen. Während die WTO und McDonald's die übermächtigen, aber plumpen Bösewichte spielen müssen, changiert der brave Bové irgendwo zwischen Klein-David mit der Steinschleuder und dem schnauzbärtigem Asterix. Es wundert daher kaum, dass die Geschichte von José Bové hierzulande vornehmlich in den Feuilletons zu lesen war, und nicht in den Politikteilen der Tageszeitungen. Dort tauchte Bové erst auf, als es ums vermeintlich Wesentliche ging: um die neue Welthandelsrunde, die

WTO und die Globalisierung. Für manche gehörte der Bauer auch weiterhin zu den Guten, weil er ja ehrenwerte Ziele verfolge: schmackhafte und gesunde Lebensmittel. Schade sei nur - so war fast immer zu lesen -, dass Bové wie auch die meisten anderen Globalisierungskritiker, die ökologische, soziale oder humanistische Anliegen verfolgten, leider-leider keine gangbare Alternative bieten könnten. Zu heterogen seien ihre Anliegen, zu utopisch, zu widersprüchlich.

Andere interessierte Reporter steckten Bové lieber gleich in die Schublade mit den Protektionisten und Nationalisten, was doch jeder sei, der gegen den Freihandel in Feld ziehe. Gerade die französischen Bauern seien ja für ihr Subventionsrittertum hinlänglich bekannt! Und sind nicht die ollen Franzmänner seit jeher national borniert und latent antiamerikanisch? So ähnliche Vorstellungen vom Globalisierungswiderstand hatte wohl auch die Firmenleitung von McDonald's im Kopf, wo man nach der Demontage erhebliche Imageschäden und Umsatzeinbußen fürchtete. Immerhin unterhält der Weltkonzern allein in Frankreich knapp 750 Filialen. Weltweit eröffnet der Hamburgerbrater pro Tag etwa vier neue Restaurants. Und im Gegensatz zur örtlichen Staatsanwaltschaft ahnte die Konzernleitung rasch, dass jedes Gerichtsverfahren gegen den störrischen Bauern dessen Popularität nur noch weiter steigere. Von einer Nebenklage oder gar einem Zivilprozeß, um sich den Schaden erstatten zu lassen, sah der McDonald's ab. Statt dessen startete die Schnellimbißkette im Herbst 1999 eine groß angelegte Werbekampagne, in der sie ihre französischen Kunden darüber aufklärte, dass die Rinder für das Fleischelement und der Weizen für die Brotmasse aus Frankreich stammten. Jawohl, französische Rinder und französisches Korn, umhegt und gepflegt von französischen Bauern, geschlachtet von französischen Metzgern, gemahlen von französischen Müllern... Lauter schöne französische Arbeitsplätze also, mit der McDonald's ganz Frankreich beglückt!

Vermutlich grübelt die Marketing-Abteilung von McDonald's noch immer, warum ihr Kniefall vor der französischen Nation und der erklecklich Beitrag zur Steigerung des französischen Bruttoinlandsprodukts den Ruhm des Bauern nicht brechen konnte. Genauso wie die wohlmeinenden Märchenerzähler nach Seattle, Prag und Genua noch immer darüber rätseln, was die Globalisierungskritiker denn eigentlich wollten oder ob sie tatsächlich nur wissen, was sie nicht wollen -, was die Märchenerzähler ihrerseits schon immer wußten. Dem gesammelten Unverständnis kann nun Abhilfe verschaffen werden. Die Welt ist keine Ware heißt die Publikation, in der José Bové und sein Kollege François Dufour von der Bauerngewerkschaft Confédération Paysanne ausführlich ihr Sicht der Dinge schildern. In Frankreich erschien das Buch zur Aktion schon ein Jahr früher und ging bereits in 80.000 Exemplaren über den Ladentisch. Hätte sich die McDonald's-Marketingabteilung die Mühe gemacht, das Buch zu lesen, dann hätten sie die Millionen für die Imagekampagne nicht in den Sand setzen müssen. Dann hätten sie gelesen, dass Bové eben nichts mit den Adepten der Grande Nation zu tun hat und trotzdem die Globalisierung kritisieren kann. - Naja. Vielleicht haben sie es sogar gelesen und sind nur zu blöd, es zu verstehen.

»Mit der Parole ›Esst mehr französischen Schafskäse statt McDonald's-Burger‹ kann man die Auseinandersetzung um die Globalisierung nur verlieren.«
(Jürgen Trittin, laut Frankfurter Rundschau v. 23.8.2001, S. 5)

Lip-Larzac, même combat!

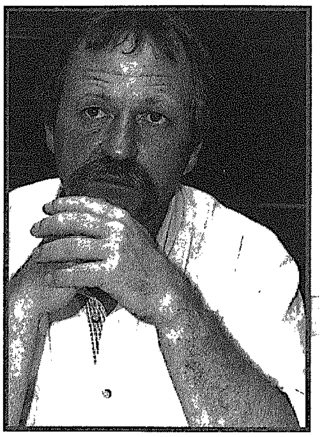
Eigentlich ist die Botschaft der beiden Bauern ganz einfach und gar nicht kompliziert. Es sei denn, man sieht den Irrsinn vor lauter Paragraphen nicht: Wenn amerikanische Käseliebhaber von heute auf morgen doppelt soviel für ihren Roquefort zahlen müssen, nur damit die Europäer sich endlich an hormonbehandeltes Rindfleisch gewöhnen! Oder wenn die WTO sich ausschließlich für Handelsfragen zuständig erklärt, sie die Experten aber, die über die Inexistenz von Gesundheitsrisiken entscheiden, sicherheitshalber selbst bestimmt. Oder wenn über achtzig Prozent der EU-Agrarsubventionen an jene zwanzig Prozent durchrationalisierten und weltmarkorientierten Großbetriebe geht, die mit eben jenen Subventionen international überhaupt erst mithalten können. Oder wenn die Freihändler lauthals über Dirigismus lamentieren, aber das Marrakesch-Abkommen alle Staaten ganz freiheitlich dazu verdonnert, mindestens fünf Prozent des Inlandsverbrauchs jedes Produkts durch Exporte zu decken. An weiteren Beispielen mangelt es nicht.

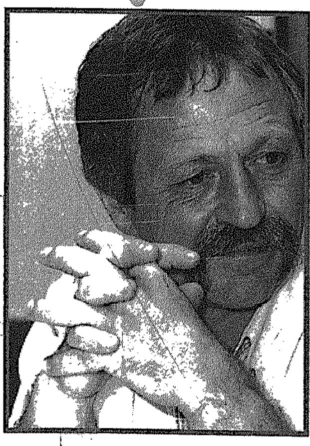
Fast im Plauderton, aber randvoll mit solchen Informationen aus der inneren Zone der Globalisierung gespickt, engagiert, passagenweise propagandistisch, aber nicht doktrinär schildern José und sein Kollege François ihre Erlebnisse während der McDonald's-Demontage, die Geschichte der oppositionellen Bauerngewerkschaft Confédération Paysanne, die Kritik an der herrschenden Globalisierung im allgemeinen und der produktivistischen Landwirtschaftspolitik im besonderen und die Konturen ihrer Alternative, der bäuerlichen Landwirtschaft. Die Welt ist keine Ware ist im besten Sinne des Wortes ein populares Buch, die Niederschrift eines Interviews, das Bové und Dufour einem befreundeten Journalisten gaben, damit dieser es ordne und wo nötig ergänze. Gewiß, das Buch zur Aktion mußte schnell auf den Markt, solange die Aufmerksamkeit anhält. Aber die unprätentiöse Weise, in der das gesammelte Wissen der beiden den Leserinnen und Lesern entgegentritt, ist politisches Programm, und das hat viel mit der politischen Biographie insbesondere José Bovés zu tun.

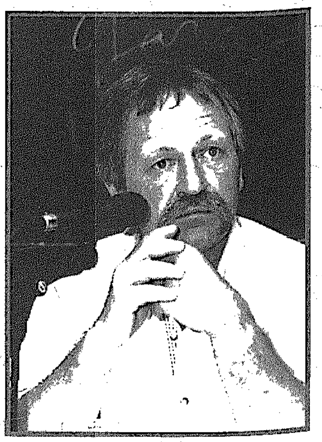
Seine Selbstbezeichnung als Bauer ist ein wenig kokett. Genossenschaftsbauer ist José zwar schon und immer noch, politischer Aktivist aber schon länger, und mit dem Gefängnis machte er 1999 auch nicht zum erste Mal Bekanntschaft. Ohne Zweifel war der überwältigende Erfolg der McDonald's-Aktion letzten Endes Zufall. dass der Zufall aber den größtmöglichen politischen Ertrag abwerfen konnte, ist der jahrelangen politischen Praxis Bovés geschuldet und vor allem auch der sozialen Dichte des politischen Netzes, in dem die Confédération Paysanne agiert. Von der Konzeption her unterschied sich die Aktion nicht von früheren der Confédération, etwa die Zerstörung eines Genmaisfeldes, eines Versuchstreibhauses mit Genreis oder die Veröffentlichung der Frachtpapiere britischen Tiermehls, die mit der Legende des BSE-freien Frankreichs brachen. Diese Art der Politik, die gezielte symbolische Aktion, meist illegal, aber stets gewaltfrei, sowie das Wissen um die Macht der Bilder, praktiziert Bové seit vielen Jahren, noch vor dem landwirtschaftlichen Engagement auch im Widerstand gegen die Atomkraft und im antimilitaristischen Kampf. Vor allem hat Bové gelernt, dass symbolische Aktionen nur dann taugen, wenn sie gesellschaftlich zu vermitteln sind, wenn weite Teile der Bevölkerung sie als gerecht einschätzen. Hier allein liegt der politische Zweck jeder Aktion, denn nur auf diese Weise entsteht nicht-repressiver Druck. Als die Staatsanwaltschaft frankreichweit nach Bové fahnden ließ, lud der Gesuchte kurz vor der Verhaftung noch zur Pressekonferenz. Während das Gericht über seine bedingte Haftentlassung beriet, riß Bové triumphierend-lächelnd seine Arme in die Luft, damit jeder die Handschellen vor Augen hat und sieht, dass der Protest sich nicht unterkriegen läßt. In Seattle bot Bové den Passanten vor der McDonald's-Filiale mitgebrachten Roquefort zum Probieren an. Und zur Verhandlung gegen die zehn verhafteten Bauern im Sommer 2000 veranstaltete die Confédération in Millau vor den Toren des Gerichtsgebäudes ein riesiges Spektakel. Die Verteidigung lud Zeugen aus vier Kontinenten, die von den katastrophalen Auswirkungen der Freihandelsabkommen auf die Landwirtschaft und die Ernährungssituation in aller Welt zu berichten wußten.

Die vielfältigen Kontakte, auch die internationalen und trimondialen, kommen aber nicht von ungefähr. Vielmehr beruhen sie auf einer langen gemeinsamen politischen Tradition, in der Vernetzung des Differenten und nicht Vereinheitlichung unter dem Dach des Zentralkomitees der Maßstab ist. Tauchen wir noch weiter in die politische Biographie Bovés und die Entstehung der Confédération Paysanne hinein. Bové ist nämlich im Larzac zu Hause, einer kargen Hochebene im Süden Frankreichs, an deren Fuße jenes 22.000-Einwohner-Städtchen Millau liegt, in dem der McDonald's demontiert wurde. Der Larzac spielt für die Geschichte der politischen Linken Frankreichs eine ähnliche Rolle wie in Deutschland das Wendland. An beiden Orten verband sich der subkulturell-urbane Protest im Gefolge von 1968 mit werteverpflichtet-ländlicher Hartnäckigkeit. An beiden Orten begann sich die Linke von jenen Linken zu emanzipieren, die noch immer in der Eroberung des Staates und der Entfaltung der Produktivkräfte die Voraussetzung menschlicher Emanzipation sahen. An beiden Orten gelang es, durch gemeinsam ausgestandenen Konflikte eine soziale Dichte zu erreichen, die die Grundlage jedes nachhaltigen politischen Widerstands ist.

»Ein w
nach ei
schiedl
Jahrhu
geudet,
che Ver
in einer
ten und
ten, au
(José Bov



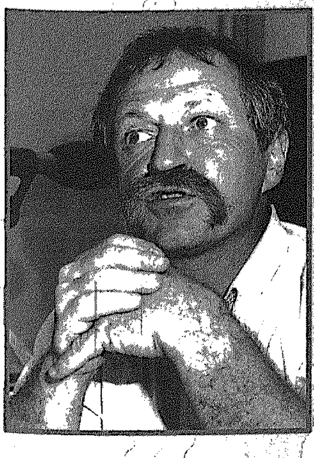




Fotos: Jan Jacob Hofmann

Anfang der siebziger Jahre plante die französische Armee ihr 3000 ha großes Militärgebiet im Larzac zu versechsfachen. Vielleicht sollte der Larzac sogar Atomwaffenstandort werden. Wider Erwarten regte sich unter den örtlichen Bauern aber Protest. Einhundertdrei von ihnen schworen feierlich, ihre Weiden unter keinen Umständen an die Armee zu verkaufen. Die Maoisten, die anfangs den Konflikt in den Hauptwiderspruch überführen wollten, zogen

esentliches Merkmal unserer Welt ist Komplexität. Die Suche
ner einheitlichen Antwort auf komplexe, von Ort zu Ort unter-
iche Phänomene wäre deshalb ein Irrweg. Seit dem neunzehnten
ndert bis zum Fall der Berliner Mauer haben wir Jahre damit ver-
, auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, was sich gegen sol-
reinfachungen sperrt. All unsere klugen Überlegungen mündeten
r Sackgasse. Vielversprechender scheint, für neue Werte zu strei-
l von da ausgehend Lösungen für konkrete Probleme zu erarbei-
f internationaler, aber auch auf nationaler und lokaler Ebene.«
é, in: Bové & Dufour 2001, 241)



sich mangels Erfolg rasch wieder zurück. Die »kleinbürgerlichen« Bauern und deren »reformistische« Ideologie waren ihnen suspekt. Unterstützung erhielten die Bauern dagegen von gewaltfreien Katholiken, antimilitaristischen und anarchistischen Gruppen, und allmählich gedieh der Widerstand der Larzac-Bauern zum Focus der Neuen Linken Frankreichs. Zu zwei Protestfestivals in den Sommern 1973 und 1974 pilgerten zwischen bis zu 100.000 Leute aus dem gesamten Protestspektrum der Siebziger auf die Hochebene: Ökologisten und Feministinnen, Regionalisten und Gewerkschafter, Schwule und Lesben, Gefangenenhilfsgruppen, Anarchisten und Antimilitaristen. Überall in Frankreich entstanden Larzac-Komitees, insgesamt 120, und viele Kontakte zu Befreiungsbewegungen in aller Welt wurden geknüpft. Von einem lokalpatriotisch bornierten Kampf konnte keine Rede sein. Im Gegenteil, das Interesse für die Lebensrealitäten anderer stieg mit der praktischen Solidarisierung. Larzac ist überall hieß es damals schon auf Aufklebern, um der Allgemeingültigkeit der Partikularität Ausdruck zu verleihen. Für Erstaunen bei den traditionellen Linksparteien (Sozialisten und KPF) sorgte vor allem die Verbrüderung mit den Kollegen und Kolleginnen von LIP, einer Uhrenfabrik im französischen Jura, die aus Rentabilitätsgründen geschlossen werden sollte. Die ArbeiterInnen haben daraufhin den Betrieb besetzt und die Produktion unter eigener Regie wieder aufgenommen. Lip-Larzac, même combat! Lip-Larzac, der selbe Kampf!, stand auf den Transparenten. Denn die Verbrüderung brachte die traditionelle Frontlinie zwischen den Linken und den Rechten durcheinander, die doch bislang so gut zur Disziplinierung des eigenen Lagers taugte.

Zur überregionalen Bedeutung des Konflikts trug aber damals schon die symbolische Aktion bei. Das eine Mal bauten Antimilitaristen auf dem künftigen Armeegelände gemeinschaftlich einen Stall, das andere Mal graste für vierundzwanzig Stunden eine Schafherde unterm Eiffelturm. Dann wieder tuckerte man auf den Traktoren nach Paris, um unterwegs in jeder Etappenstadt für das eigene Anliegen zu werben, oder schickten die Bauern, die teils noch gegen die Faschisten gekämpft hatten, ihre Wehrpässe mit dem Hinweis zurück, für künftige Einsätze nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Der Philosophiestudent Bové und seine Freundin, die Politologiestudentin Alice Monier, beide für Achtundsechzig gerade noch zu jung, dann aber im Milieu gewaltfreier Katholiken und Anarchisten in Bordeaux politisiert, unterstützten den Widerstand von Anfang an. 1976 besetzten sie einen verlassenen Hof auf dem Erweiterungsgelände, um fortan Bauern zu werden und aller Welt zu zeigen, dass der Larzac keineswegs nur ödes unproduktives Brachland ist, für dessen Verwendung als Monövergebiet man dem Militär eigentlich noch dankbar sein müßte. Insgesamt zweiundzwanzig Gehöfte fanden während der Larzac-Kämpfe wieder Betreiber, sieben wurden besetzt.

dass die symbolische Aktion vermittelbar sein muß, dass es keine politische Aktion um ihrer selbst willen geben soll, sondern konkrete Veränderungen das Ziel sind, und seien sie erst mal noch so mikroskopisch, darin ließ der Larzac-Widerstand nie einen Zweifel. Mit dem Wahlsieg der Linkskoalition 1981 erfüllte der sozialistische Präsident Mitterand sein Wahlversprechen. Nach zehn hartnäckigen Jahren Kampf kam für die Erweiterung des Truppenübungsplatzes endgültig das Aus, und der Larzac geriet langsam aus den Schlagzeilen. Das bereits enteignete Land wurde den verbliebenen Bauern und den einstigen Besetzern verpachtet, die nun begannen, mit ökologischen Anbaumethoden und landwirtschaftlichen Kooperativen zu experimentieren. Nicht verloren ging auf diese Weise die soziale Dichte der Region, die regionale und internationale Vernetzung und das Interesse für den anderen. Nicht verloren ging auch die spezifische Kampftradition des Netzes, aus

dem später die Confédération Paysanne (CP) hervorging.

Entstanden ist die CP durch die Vereinigung einer ökologistischen Abspaltung des alten korporatistischen Bauernverbands FNSEA und den linksradikalen 'Arbeiterbauern', die nach Achtundsechzig die landwirtschaftlichen Proleten gegen die Besitzbauern organisieren wollten. Obwohl sie schon im Larzac auf der selben Seite gekämpft hatten, dauerte es noch bis 1987 und den ein oder anderen Lebensmittelskandal, bis die beiden Gruppen sich vereinigten. Denn dem gemeinsamen Gegner, der seit 1945 propagierte Produktivismus, die Verwandlung der Landwirtschaft ins Agrobusiness, hingen genossenschaftliche Betriebe genauso an wie Einzelbauern mit Grundeigentum. Mit über zwanzig Prozent bei den letzten Gewerkschaftswahlen bringt die CP den korporatistischen Landwirtschaftsverband FNSEA inzwischen zunehmend in Bedrängnis.

der Menschen, über die Art und Weise ihrer Ernährung selbst zu entscheiden. Die Confédération nennt dieses Recht Ernährungssouveränität. Es beginnt mit der Selbstverständlichkeit gesunder und schmackhafter Lebensmittel, dem Recht der Verbraucher, keine transgene, mit Hormonen oder Pestiziden gedopte Nahrung essen zu müssen, dem Recht der Bauern, bei der Arbeit keine Atemschutzmaske tragen zu müssen. Die Kritik heutiger Landwirtschaft reduziert sich für die CP aber nicht auf Fragen nach Grenzwerten, Produktionsstandards oder Kennzeichnungspflicht. Vielmehr ergeben sich die gescholtenen Agrotechnologien fast zwangsläufig aus dem produktivistischen Entwicklungspfad, der die Landwirtschaft gemäß dem industriellen Prozeß rationalisiert: Intensivierung der Arbeitsteilung, Spezialisierung auf ein Teilprodukt, beschleunigte Konzentration, Monokulturen, Standardisierung des Angebots, vertikale Integration der Betriebe. Damit stieg die vernichtung dann zu mindern versprachen. Damit stieg die Abhängigkeit vom Kreditgeber, der die notwendigen Investitionen nur finanzierte, solange sie dem neuesten Leitbild der Rationalisierung dienten. Und das Quantum Arbeit für den einzelnen Bauern nahm eher noch zu. Diese Industrialisierung der Landwirtschaft - die, um einen verbreiteten Vorurteil vorzubeugen, nicht notwendig etwas mit schierer Größe oder unökologischen Anbaumethoden zu tun hat - ist freilich die unbedingte Voraussetzung für jede Weltmarktstrategien des Agrobusiness.

Landwirtschaftsfragen sind aber keineswegs nur ein Teil- oder gar Nebenaspekt der Globalisierung. Im Gegenteil, sie stehen in ihrem Zentrum. Nicht nur lebt bei weitem die Mehrheit der Weltbevölkerung als Bauern. Die Art der Landwirtschaft und die Art der Ernährung beeinflussen auch Kultur und Lebensweise: Fünf-Minuten-Terrine, Fertigpizza und die Gentomate, die sieben

»Hunderttausend Personen, das sind hunderttausend Individuen, die für ihr Leben selbstverantwortlich sind und in ihrem Kreis Dinge verändern können. Man kann heute politisch aktiv werden, ohne unbedingt internationale Politik machen zu wollen. Vielleicht repräsentieren diese hunderttausend Menschen eine andere, vernetzte Art, Politik zu machen. Die Zukunft liegt im Engagement für konkrete Veränderungen im Alltag, ohne die internationale Dimension außer Acht zu lassen. Diese Form politisch eingreifenden Handelns erwächst aus dem Bewusstsein, dass sich die Wirtschaft gegenüber der Politik verselbständigt hat. Die multinationalen Unternehmen entscheiden über die Köpfe der Regierungen hinweg und haben für politisches Handelns imeigentlichen Wortsinn nur mehr Verachtung übrig. Genau deshalb brauchen wirandere Handlungsformen, andere Möglichkeiten, politisch aktiv zu werden. InSeattle, in Millau, in Prag und anderswo wurde dieser Ansatz praktisch. Dieletzten einhundertfünfzig Jahre hingen wir einer bestimmten Vorstellung von Gesellschaftsveränderung an. Doch seit dem Beginn der Globalisierung entstehen neue kollektive Handlungsweisen und Organisationsformen.« (José Bové, in: Bové Dufour 2001, 269f.)

Souveränität oder Souveränismus

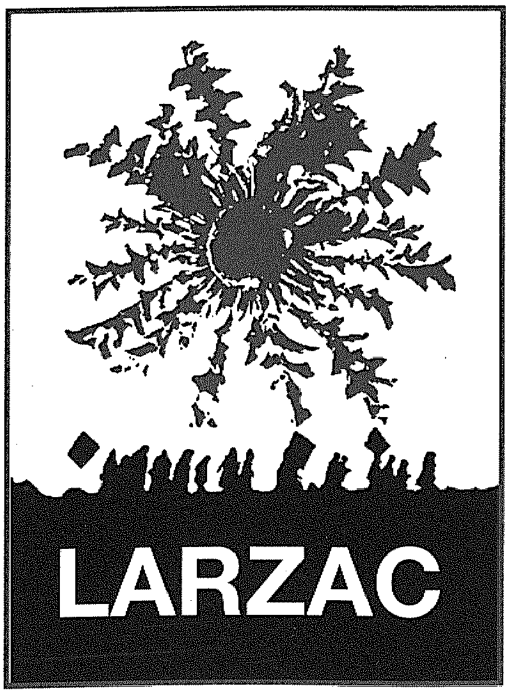
Wofür die Confédération auf nationaler, europäischer und als Mitglied in der Bauernvereinigung Via Campesina auf internationaler Ebene kämpft, ist Recht

Wetter-, Krankheits-, Schädlings- und Preisanfälligkeit des einzelnen Betriebs, die die Bewässerungsanlagen, Antibiotikaprophylaxen, Spezialkraftfutter, die immer neuen Hochleistungssaatgut und die immer umfassenderen Schädlings-

Wochen im Kühlschrank ohne Schimmelattacke übersteht, entsprechen den Singles, die in Talkshows mit ihrer Siebzig-Stunden-Woche prahlen. Nur noch eine halbe Stunde pro Tag gesteht der durchschnittliche französische Haushalt

der Nahrungszubereitung zu -, die täglich Hetze nahm durch die Intensivierung der Lohnarbeit trotzdem nicht ab. Die immer billigeren Lebensmittel ermöglichten erst den Kommodifizierungsschub der Nachkriegszeit, der den Benzinpreis zum Brotpreis werden ließ. Und die Rationalisierung der Landwirtschaft treibt die Menschen weltweit in die Industrie und die Dienstleistungsbranchen und dann eben auch die Abhängigkeit von diesen. Weil die Landwirtschaft von der Kultur nicht zu trennen ist, sprechen Bové und Dufour vom Agrikulturellen. Und das Agrikulturelle selbst zu bestimmen, ist ihnen Menschenrecht.

Mit Nationalisten und Protektionisten hat die Confédération Paysanne daher gar nichts am Hut. Im Gegenteil, das eigentliche politische Problem bestehe darin, dass Freihandel und Protektionismus, Globalisierung und Nationalstaatlichkeit zwei Seiten der selben produktivistischen Medaille sind. Bové will diejenigen politischen Kräfte, denen es um die Verteidigung der französischen Nation geht, lieber Souveränisten nennen. Souveränisten fordern protektionistische Maßnahmen nur für sich selbst, während sie im gleichen Atemzug den Rest der Welt mit möglichst vielen exportierten Waren beglücken möchten. So etwa der korporatistische Bauernverband FNSEA, der jede Subventionskürzung zum Untergang des Abendlandes stilisiert und zugleich die Magrebstaaten zur Marktöffnung zwingt, um sie mit europäischen Rindfleisch zu überfluten. Vor allem aber glauben die Souveränisten, der Ursprung aller Probleme sei immer außerhalb zu suchen. Im Inneren dagegen könne immer alles bleiben wie es ist. Souveränisten können immer klare Grenzen ziehen, zwischen sich und dem Feind. Souveränisten begreifen Souveränität als Nullsummenspiel, die der eine nur hat, wenn sie der andere nicht hat. Woher die beiden Bauern den Begriff Souveränismus haben und ob sie Foucault gelesen haben, weiß ich leider nicht - zuzutrauen wäre es ihnen auf jeden Fall. Mit dem Souveränismus scheint mir nämlich ein spezifischer Politiktypus erfaßt zu sein, der Freihändler und Protektionisten eint: der Glaube an den Staat als Staat, der nicht Teil der komplexen gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern souverän gesetzt ist und von hier aus den Rest der Welt entweder durch freiwilligen Protektionismus oder durch protegierten Freihandel beglückt. Fragt sich nur, warum sich gerade hierzulande so viele so schwer tun, die Alternative zur nationalstaatlichen Globalisierung und zum protektionistischen Freihandel überhaupt wahrzunehmen. Und nicht die Globalisierungskritik als gut gemeint, aber leider widersprüchlich



abzuwiegeln. Das ist ja nicht nur ein Problem der oben genannten Feuilletonisten. Als José Bové letztens in Frankfurt seine Politik warb, gab es fast keine Nachfragen. Nur ein junger Student wollte wissen, ob Bové nun für Zollbarrieren votiere oder eben nicht. Und ein alter NGO-Hase bohrte langatmig nach, ob Bové denn ernsthaft glaube, mit regionaler Subsistenz eine politische Mehrheit finden zu können. Muß ich noch erwähnen, dass Bové von regionaler Subsistenz als verbindlichem Globalprogramm natürlich mitnichten gesprochen hatte? Wäre ja auch ziemlich doof, tagein, tagaus nur noch Roquefort in sich hinein zu stopfen.

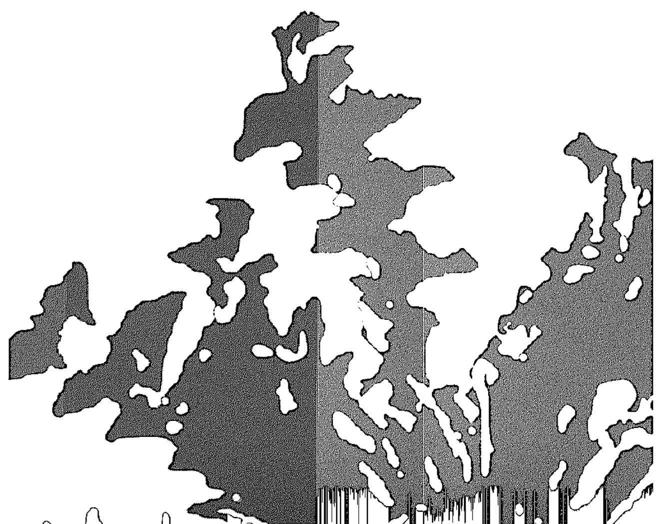
Vielleicht ist die Botschaft der beiden Bauern - sobald sie übers bloße Lamento hinausgeht, das sich, nach Feierabend, allgemeiner Zustimmung sicher sein kann - deshalb so schwer zu verstehen, weil ihr politisches Projekt mit den Kategorien traditioneller, etatistischer Politik nicht zu fassen ist. Wer bei Bové nach Konzepten sucht, die in die Gesellschaft nur noch zu implementieren seien, wer also das (Welt-)Regierungsprogramm der Neuen Ordnung sucht, der wird nicht fündig werden. Nicht dass die Confédération Paysanne (CP) keine konkreten Vorschläge hätte, was in der Landwirtschaft zu ändern ist. Aber die Vorschläge der CP präsentieren sich allesamt nicht als Lösung des Problems, sondern als Modus, unter denen die Probleme überhaupt erst dauerhaft angegangen werden können. Beispielsweise propagiert die CP eben mitnichten einen neuen verbindlichen öko-sozialen Produktionsstandard für Nahrungsmittel, weil sie weiß, wie verwässert dieser nur durchzusetzen wäre, wie schwierig und langwierig die Konversion landwirtschaftlicher Betriebe ist, wie eng die Eßgewohnheiten mit unserer alltäglichen Lebensweise zusammenhängen, wie umstritten vermeintlich objektive Forschungsergebnisse sind, wie unterschiedlich ein und dieselbe Maßnahme je nach lokalem Kontext wirken kann und wie gefährlich der neuerliche Glaube an den globalen one best way wäre. Bäuerliche Landwirtschaft ist weder ein technisches, noch ein ordnungspolitisches Projekt, sondern ein gesellschaftlich-kulturelles. Und die Gesellschaft zu verändern, sprich: die Alltagspraxis aller, ist ein langfristiges Unterfangen, weil es eben keinen archimedischen Punkt, von dem aus die Welt aus den Angeln zu heben ist. Bovés Projekt heißt Politisierung, und zwar Politisierung in dem Sinne, dass die Menschen ihre eigenen Angelegenheiten gemeinsam und eigenverantwortlich in die Hand nehmen, ohne dabei die globalen Interdependenzen ihres Handelns, die nur zu minimieren, nie zu tilgen sind, zu leugnen. Vom Politikverständnis her knüpft die CP also ganz an der zapatistischen Linie der Globalisierungskritik an.

Wer jetzt freilich schon wieder einen Widerspruch zu erkennen glaubt, weil Bové ja ein programmatisches Buch schreibt und, schlimmer noch, mit der CP ausdrücklich die verschiedenen politischen Instanzen bis hin zur EU und der WTO beackert statt sie zu ignorieren, gar die WTO reformieren statt schlicht zerschlagen will, wer hier einen Widerspruch sieht, der hat sich schon wieder in den Fallstricken proto-etatistischer Politik verfangen. Auf gesellschaftswissen-

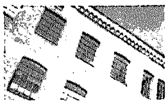
schaftlicher Ebene ist die Position Bovés äußerst anspruchsvoll. Es geht Bové nicht um das eine, beste politische Programm, nicht um die Partei, auch nicht um die Blaupausen einer hier und jetzt schon freien Gegengesellschaft in angeblich staats- und kapitalfreien Räumen, ganz so, als handle es sich bei Staat und Kapital nicht um Verhältnisse, sondern um Gegenstände. Seine Vorstellung vom gesellschaftlichen Wandel ähnelt eher der 'molekulare Revolution' (Félix Guattari), der massenhaften, wilden und fortwährenden Abweichungen in der alltäglichen Praxis, die durch institutionelle Vorgaben gefördert und erleichtert oder eben behindert werden können.

Gewiß kann jede und jeder von heute auf morgen ihre Ernährungsgewohnheiten umstellen, etwa auf Rindfleisch, Yoghurt und Rispentomaten verzichten. Die Puten- und Lachsmast ist dennoch kaum weniger problematisch. Und der Vegetarismus darf die 10.000-Liter-Turbokühe und überhaupt den wachsenden Verzehr von Milchprodukten aller Art nicht vergessen, der den ununterbrochenen Kälberausstoß nun mal zur Voraussetzung hat. Sonst gibt's nämlich weder Yoghurt noch Käse. Mehr als das Geld fehlt wohl im Zweifelsfall die Zeit, zum Biobauern statt zum Supermarkt ums Eck zu laufen und weniger Fertigprodukte zu kaufen. Oder es fehlt der kühle Kellerraum, Kartoffeln einzulagern. Trotzdem, ein Ökosiegel oder der Pflichthinweis auf gentechnisch veränderte Organismen oder die 30-Stunden-Woche würden den Spielraum für die Verbraucher ein Stück vergrößern. Genauso wie die Umstellung der Agrarsubventionen von der Produktionsmenge auf die eingesetzte Arbeitskraft die Konversion zur ökologischen Landwirtschaft erleichtern würde. Beides nützt vielleicht mehr als der konsequente Laktovegetarismus, der nach drei Jahren zur Anekdote aus der lustigen Studentenzeit gerinnt, oder der radikale Biobauer, der schnurstracks in die Pleite steuert. Um das Agrikulturelle nachhaltig zu ändern, dauerhaft und nicht nur kosmetisch, muß sich parallel die halbe Gesellschaft verändern. Und das braucht Zeit und Hartnäckigkeit. Bové hat sie.

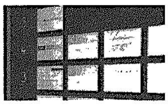
Frieder Dittmar

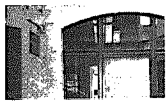


Zum Beispiel: Rote Flora



Öffentlicher Raum zwischen Privatisierung und Repression



Im Dezember 2000 wurde innerhalb der Roten Flora beschlossen, keine Verhandlungen mit der Stadt Hamburg über etwaige Nutzungsverträge zu führen. Im April stimmt die Hamburger Bürgerschaft dem Verkauf des Gebäudes an einen Immobilienkaufmann zu. Allgemein wird dieses Vorgehen als wahltaktisches Kalkül der SPD verstanden. Am 23. September finden in Hamburg die Wahlen zum Landesparlament, der Bürgerschaft, statt. Doch unabhängig von parteipolitischen Interessenlagen ist die Privatisierung »umkämpfter Räume« weder einmalig noch besonders gewitzt. Am Beispiel der Entwicklung des »Standort Schanze« wird eine Stadtplanung deutlich, die partikularen Interessen dient. Die von der Handelskammer begrüsste Aufwertung des Stadtteils folgt keinen allgemeinen Wünschen nach verbesserter Lebensqualität, sondern dient einer wirtschaftlichen Umstrukturierung. Öffentliche Räume werden dabei zunehmend nach ökonomischen Nutzen umgestaltet, um dann lukrativen NutzerInnen überlassen zu werden, während andere Stadtgebiete sich selbst überlassen werden. So entstehen Stadtbilder, in denen Widersprüche unschwer zu erkennen sind.

Der illegale Drogenhandel wird nach rassistischen Merkmalen verfolgt, während die »Leitgesellschaft« den kulinarischen Multikulturalismus lobt. Weiche Standortfaktoren sollen die Ansiedlung bestimmter Branchen fördern deren Beschäftigte Lohnarbeit als organisierte Selbstverwirklichung verstehen. (Sub)-kulturelle Angebote bilden dabei die Klammer zwischen Erwerbsarbeit und Freizeit.

Steigende Mieten als Ergebnis der Aufwertung eines Stadtteils werden für die Bevölkerung mit geringeren Einkommen langfristig unbezahlbar. Gleichzeitig zu diesen Verdrängungsprozess werden Partizipationsangebote gemacht, die zur aktiven Mitgestaltung des Stadtteils durch die BewohnerInnen einladen. Paradoxerweise organisieren die BewohnerInnen in den entsprechenden Gremien gerade ihre eigene Verdrängung mit.

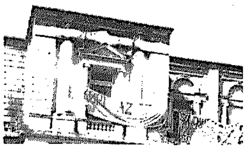
Zur Auseinandersetzungen um die Rote Flora in Hamburg

Nachdem Hamburg Anfang der achtziger Jahre im Bundesvergleich von der ökonomischen Spitze ins Mittelfeld abgerutscht war, hielt der damalige SPD Bürgermeister Klaus von Dohnanyi 1983 vor dem Überseeclub eine einschneidende Rede. Bei dem Überseeclub handelt es sich um den Szenetreff der ökonomischen Elite Hamburgs. Dohnanyi setzte sich in seiner Ansprache von dem sozialdemokratischen Modell der gesellschaftsübergreifenden Daseinsfürsorge ab, indem er das Leitbild einer »Unternehmensstadt« propagierte. Die Stadt wurde fortan als regionaler Wettbewerbsstaat gesehen, der wie ein Unternehmen um Marktanteile und Profite

Fotos: Gaston Kirsche

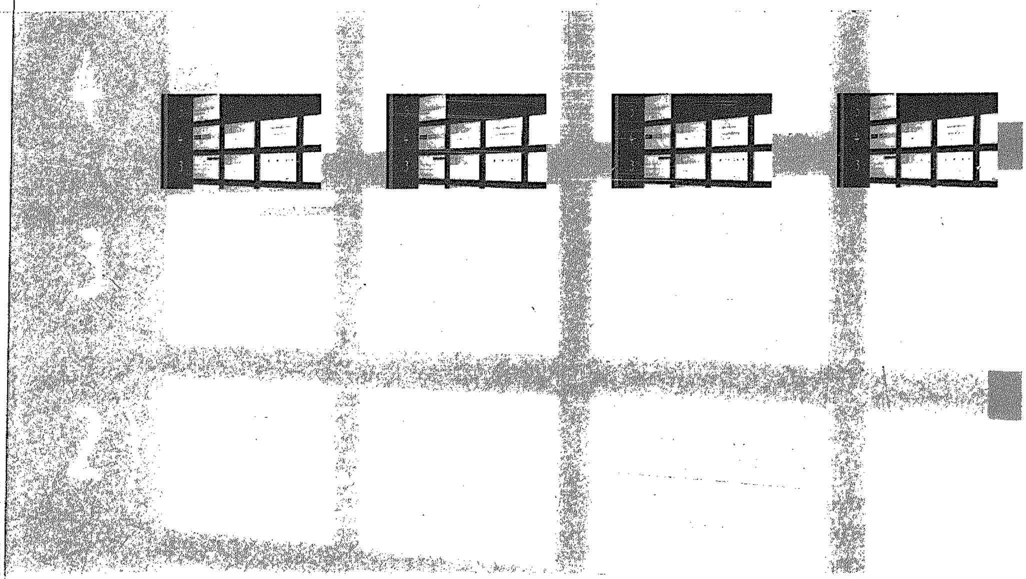
kämpft. Nicht mehr die unmittelbare ökonomische Aktivität durch städtische Unternehmen und die Vergabe von direkten Subventionen stand auf der politischen Tagesordnung, sondern die Schaffung eines wirtschaftsfreundlichen Investitionsklimas. Die Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung wurde durch privatwirtschaftlich organisierte Wirtschaftsförderungsgesellschaften gestärkt. Dabei bestimmt die Handelskammer, wie die privaten Förderungsgesellschaften arbeiten, während der Senat die notwendigen Mittel bereit stellt. Gleichzeitig wurden in Folge des relativen Niedergangs des wirtschaftlichen Konglomarats von Hafen, Handel, Werft- und Schwerindustrie gezielt zukunftsträchtige Branchen wie Kommunikationstechnologien, Medizintechnik, Flugzeugbau oder die Medienindustrie aufgebaut und gefördert. Außerdem versucht der Senat, die sogenannten weichen Standortfaktoren wie Wohnqualität, Freizeit und Kultur zu stärken, damit sich die neuen Mittelschichten in Hamburg wohlfühlen. Diese Strategie war bisher ökonomisch recht erfolgreich, so dass sie bundesweit zum Allgemeingut neo-liberaler Standortpolitiker geworden ist.

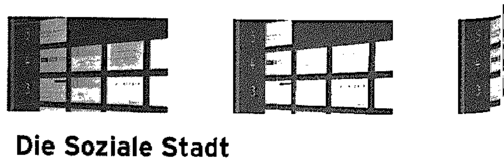
Die Ziele seiner gegenwärtigen Umstrukturierungspolitik hat der rot-grüne Hamburger Senat in Person seines Bürgermeisters Ortwin Runde wiederum in einer Rede vor dem Überseeclub offen gelegt. Rundes Ansichten aus dem Jahr 2000 knüpfen an die von Dohnanyi eingeleitete Politik an. Unter dem Titel »Aufbruch in die Wissensgesellschaft: Hamburg gestaltet Zukunft« wird konstatiert, dass Hamburg unter den deutschen Städten die Nummer eins in der Informationstechnologie und der Multimedia-Wirtschaft ist. Die jetzt 60.000



Beschäftigten in diesem Bereich sollen in Zukunft noch einmal verdoppelt werden. Dafür mahnt Runde auch eine Ausbildungsoffensive an, damit der Neuen Ökonomie die Arbeitskräfte nicht ausgehen. In diesem Zusammenhang wirbt er vor der Kapitalelite für eine solidarische Stadt, in der »jeder seine Chance bekommt«. Dieses Konzept einer sozialen Stadt verweist auf die zwischenzeitlich aufgetretenen Probleme der neoliberalen Umstrukturierung. Die gesellschaftliche Polarisierung soll abgefedert oder zumindest kaschiert werden, um den sozialen Frieden zu sichern und eine ausreichende Zahl von qualifizierten Arbeitskräften bereit zu halten.

Runde appelliert dabei nicht nur an die vermeintlich klugen, weil ausgleichenden Fraktionen des Kapitals, sondern seine Rede offenbart auch bei der Analyse der Mikroebene eine differenzierte Einschätzung der sozioökonomischen Entwicklung. In einem Rundumschlag lobt Runde das multikulturelle und alternative Flair des Schanzenviertels. »Und«, so Runde, »es ist doch hoch spannend, wohin es die jungen und kreativen Leute aus den neuen Branchen zieht. Es zieht sie ins Schanzenviertel, ... wo sich Urbanität entfalten kann, wo durch das Miteinander des Ungleichen und Ungleichzeitigen eine kreative Spannung entsteht.« Ein Vertreter der Handelskammer stellte sich in der Debatte nach den Krawallen in der Nacht zum 1. Mai 2000 sogar ausdrücklich hinter das autonome Stadtteilzentrum Rote Flora: »Wer die Schanze kennt, weiß, dass die Flora dort nicht als Fremdkörper empfunden wird – auch nicht von den Gewerbetreibenden vor Ort. ... Die Flora ist mit ihrem morbiden Charme sogar zu einem Image-Faktor für das Viertel geworden. ... Für die Gewerbetreibenden ist die negative Berichterstattung einiger Medien weitaus schädlicher als die Ausschreitungen.«





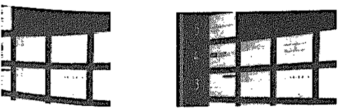
Fotos: Gaston Kirsche

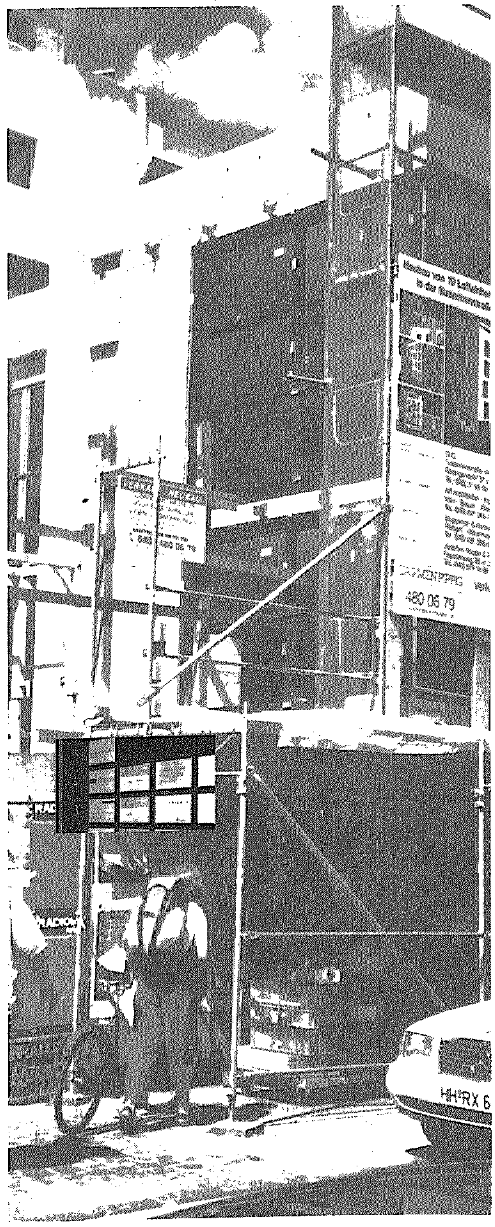
Die Soziale Stadt

Der SPD-Senat sah sich nach den schlechten Wahlergebnissen von 1991, 1993 und 1997 gezwungen, das sozialpolitische Ruder herumzureißen. Nicht nur ging der Stimmenanteil der SPD deutlich zurück, die im traditionell roten Hamburg früher einmal Stimmenanteile von über 50 Prozent eingefahren hatte. Die Wahlenthaltung in den proletarischen SPD-Hochburgen und der Stimmenanteil rechtsextremistischer Parteien nahmen sprunghaft zu. Deshalb legte die SPD ab 1992 das Armutsbekämpfungsprogramm der »sozialen Stadt« auf, um die sogenannten »sozialen Brennpunkte« (gemeint sind damit u.a. eine hohe Konzentration von SozialhilfeempfängerInnen und MigrantInnen in einem Stadtviertel) zu beseitigen.

In diesem Zusammenhang leistete es sich der Hamburger Senat, kritische SozialwissenschaftlerInnen mit der Konzeptionierung und wissenschaftlichen Begleitung der Armutsbekämpfungsprogramme zu betrauen. Diese durften dem Senat nach Abschluß ihrer Studien vorhalten, die Stadt betreibe nicht mehr als innerstädtische Entwicklungshilfe. Die Sozialpolitik bleibe nur kompensatorisch, um die wettbewerbsorientierte Modernisierungspolitik abzusichern (vgl. Monika Alisch, Jens Dangschat, Armut und

soziale Integration, 1998). Während die finanzielle Kluft zwischen der neuen Mittelklasse und den städtischen Armen weiter wächst, wird der Umbau des Sozialstaates vom sogenannten Wellfare- zum Workfare-Modell vorangetrieben: Soziale Transferleistungen in Form von Arbeits- oder Sozialhilfe erhalten nur noch diejenigen, die jede, und sei es auch die am schlechtesten bezahlte, Arbeit annehmen.



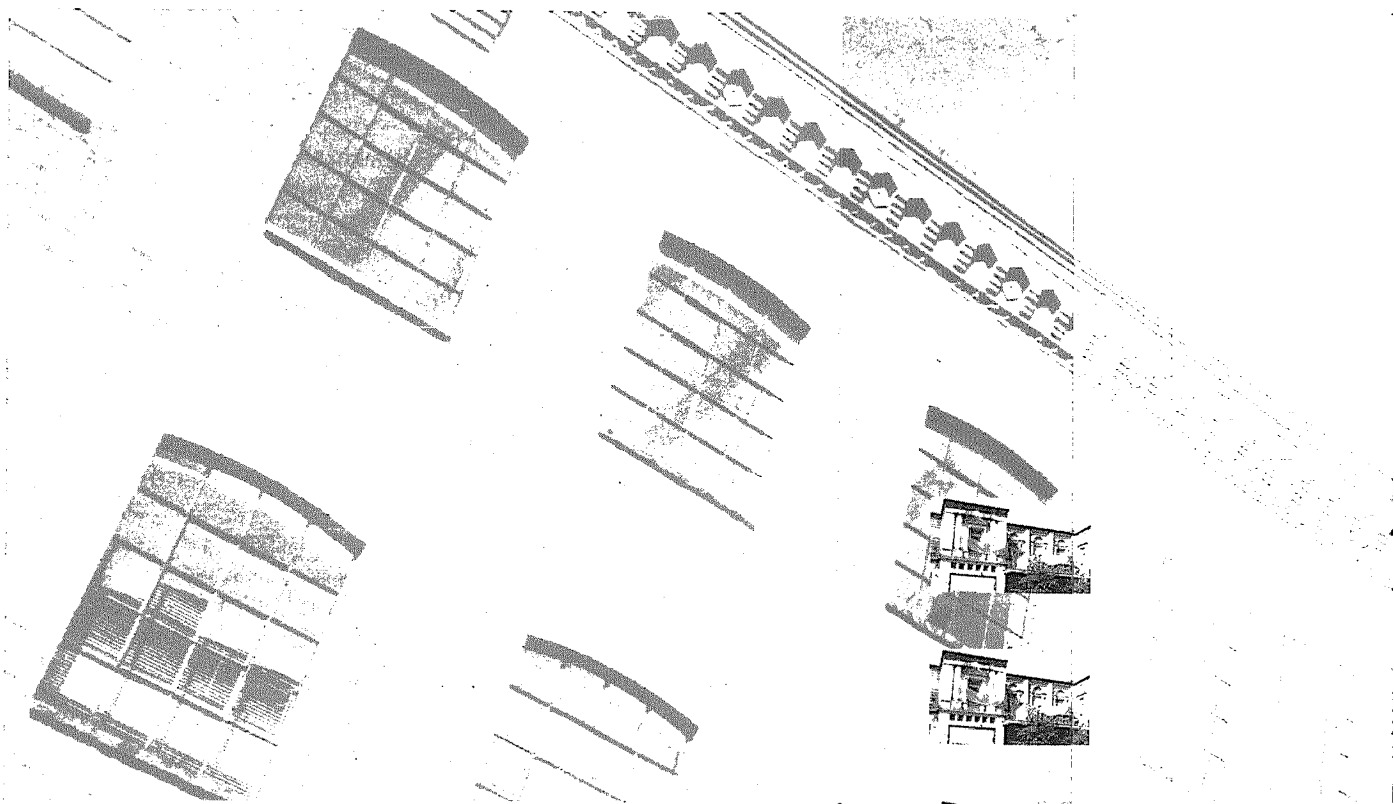


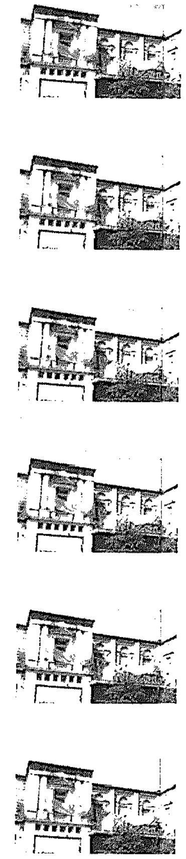
Während in der unmittelbaren Krise des Fordismus in den siebziger und achtziger Jahren die Sockelarbeitslosigkeit kontinuierlich zunahm, knüpft das Workfare-Modell gegenwärtig an den in absoluten Zahlen gemessenen Anstieg der Beschäftigung an. Nun kann auch in Westeuropa ein Phänomen beobachtet werden, das in den USA als arbeitende Arme bezeichnet wird. Deren Lohnarbeit ist einschließlich gegebenenfalls gewährter staatlicher Zuschüsse so schlecht bezahlt, dass sie nach dem Armutskriterium der OECD nicht einmal die Hälfte des gesellschaftlichen Durchschnittseinkommens erreichen. In der Bundesrepublik sind demnach mehr als ein Drittel verarmt, mit steigender Tendenz. So schließt sich der Kreis: Die ökonomische Umstrukturierung führt zu einer Polarisierung des Arbeitsplatzangebotes in hochwertige Beschäftigungsverhältnisse und einfache Dienstleistungen. Um die aus dem Fordismus stammende Tarifstruktur und deren Transferleistungen, wie das ehedem erträgliche Arbeitslosenversicherungssystem, aufzuknacken, wird der Zwang in die Arbeit zum bestimmenden Strukturmoment des Sozialstaates. Was sich dem als Protest beziehungsweise als allgemeine Verweigerung in den Weg stellen könnte oder in seiner räumlichen Konzentration (den »sozialen Brennpunkten«) unübersehbar wird, bekommt außerdem ein Armutsbekämpfungsprogramm verpaßt. So kann sich die Hamburger SPD weiter als Partei des sozialen Ausgleichs gerieren und ist auch mit diesem Ansatz bundesweit ein Vorreiter.

Privatisierungspolitik

Die neoliberale Umstrukturierungspolitik des Senats zielt jedoch nicht nur auf die Ökonomie und die Sozialpolitik. Sie betrifft auch den Staat als solchen im Hinblick darauf, wie er seine Funktion als allgemeiner Ausschuß der Bourgeoisie wahrnimmt. Insbesondere die Wirtschafts-, Finanz- und Stadtentwicklungsbehörde treiben eine städtische Privatisierungspolitik voran, die auf vier Ebenen schon weit fortgeschritten ist:

1. Diverse städtische Unternehmen werden ausgegründet und privatisiert, von der Hochbahn bis zur Müllabfuhr. Durch diese Verkäufe sollen Schuldenlöcher gestopft, staatliche Ausgaben gesenkt, aber auch die allgemeine Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft gestärkt werden, indem kein wirtschaftlicher Bereich von einem unmittelbaren Wettbewerb auf dem Markt befreit ist. Bei vielen der verkauften Unternehmen hat die Stadtverwaltung im Sinne der marktradikalen Grundentscheidung darauf verzichtet, noch unmittelbaren politischen Einfluss auf die ehemals städtischen Einrichtungen nehmen zu können.
2. Auch Teile der im engeren Sinne hoheitlichen Verwaltung, die nicht traditionell zu den durch die Stadt gewährleisteten ökonomischen Bereichen der Daseinsfürsorge gehören, werden privatisiert. Städtebauliche Entwicklungsträger, Wirtschaftsgesellschaften, die Vermarktung der Messe oder kulturelle Einrichtungen wurden entstaatlicht, um die städtische Verwaltung in den Bereichen der Standortpolitik an kommerziellen Rentabilitätskriterien auszurichten und zu flexibilisieren. Die Tatsache, dass die Handelskammer auf die organisatorische Ausgestaltung dieser privatisierten Verwaltungsteile einen erheblichen Einfluß hat, ist dabei zweitrangig. Was zählt, ist, dass sich die öffentliche Verwaltung nicht nur grundsätzlich an den Vorstellungen des Kapitals orientiert, sondern der Warenlogik in diesen Bereichen bis in die Organisationsform entspricht. Eine privatrechtlich organisierte Entwicklungsgesellschaft muß sich nämlich zu allererst an ihrem ökonomischen Erfolg messen lassen. Ihre Geschäftspolitik ist unmittelbar auf den Markt bezogen und läßt keinen substantiellen Freiraum für (sozial)politische Entscheidungen ihrer MitarbeiterInnen zu.
3. Diejenigen Teile der Verwaltung, die in einem öffentlichen Organisationsverhältnis verbleiben, werden ebenfalls an Marktkriterien ausgerichtet.





Fotos: Gaston Kirsche

Seit sechs Jahren wurden die Verwaltungsbudgets jedes Jahr um bis zu zwanzig Prozent gekürzt, was nicht nur zu einer Reduktion der Aufgabenerfüllung führte, sondern auch mit einem massiven Personalabbau einherging. Dadurch werden, wie in flexibilisierten Industriebetrieben, die Arbeitsabläufe weitestgehend verdichtet. Diese sogenannte Konsolidierungspolitik wird mit leeren Kassen begründet. Sie ist jedoch darauf zurückzuführen, dass im internationalen Standortwettbewerb jeder nicht erhobene Steueranteil in Anschlag gebracht werden kann. Obwohl Hamburg als reichste Metropolenregion Europas gilt, sinkt das Steueraufkommen kontinuierlich, weil gerade die GroßverdienerInnen, so sie ihr Einkommen beispielsweise aus Unternehmensbeteiligungen beziehen, steuerlich kaum noch herangezogen werden.

4. Gleichzeitig wird auch das Verhältnis von Staat und BürgerInnen einem Privatisierungsschub ausgesetzt. Anstatt beispielsweise durch das Kommunalparlament einen Bebauungsplan aufzustellen, werden im Rahmen sogenannter public-private-partnerships »Runde Tische« eingerichtet, die im vermeintlichen Konsens der wortgewandten und ökonomisch Einflußreichen Entscheidungen treffen. Die direkte Partizipation der BürgerInnen wird unter der Voraussetzung gewünscht, dass der ökonomische Standortwettbewerb und die damit einhergehende Privatisierungspolitik akzeptiert wird. Vor dem Hintergrund der links-alternativen Geschichte des Schanzen- und anderer Viertel greifen die Partizipationsansätze besonders gut, da sie einen Ausdruck der Verstaatlichung der Alternativbewegung darstellen. in der ideologischen Sphäre suggerieren sie basisbezogene Mitwirkungsmöglichkeiten, die jedoch den herrschenden Konsens nur etwas vielfältiger reproduzieren.

Auf einer weiteren Ebene fördert die Verwaltung im Rahmen des Standortwettbewerbes direkt die Selbstorganisierung der BürgerInnen. Sei es, um durch lokale Gewerbetreibende Sauberkeit und Ordnung durchsetzen zu lassen oder um in Sicherheitspartnerschaften Flüchtlingen die lokale Bewegungsfreiheit zu entziehen. Beliebt ist auch der Versuch, der grassierenden Armut durch Selbsthilfeprojekte zu begegnen die nicht viel kosten, jedoch bei den Betroffenen ein wohliges Gemeinschaftsgefühl erzeugen sollen.

Als Resultat dieser Privatisierungspolitik setzte eine »Entfesselung« des Kapitalverhältnisses ein: Die allseitige Flexibilisierung, Dezentralisierung, Atomisierung, Entdemokratisierung und Entrechtlichung nimmt zu. Marktmechanismen wirken unbegrenzt in Bereichen, die seit Aufkommen des fordistischen Regulationsmodells in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts durch staatliches Eingreifen kontrolliert worden waren.

New Economy und Rote Flora

Im Hinblick auf das Schanzenviertel erklärt sich die alltägliche Politik des Hamburgischen Senats, insbesondere die gegenwärtig angewandten Regulationsformen, wenn die sozioökonomische Entwicklung des Schanzenviertels deutlicher wird. Das innenstadtnahe Schanzenviertel war im Fordismus proletarisch

und kleinbürgerlich geprägt. Vorherrschend waren und sind mittelständische Unternehmen wie ehemals das Mont Blanc Werk, die Laue Gewürzfabrik oder auch heute noch der Schlachthof. Das Kleingewerbe in den Hinterhöfen diente häufig dem Schlachthof, während der ansässige Einzelhandel einen Einzugsbereich über das Viertel hinaus besitzt. Anzumerken wäre auch, dass die heutige Flora vor hundert Jahren als Varietétheater entstand und somit aus der ersten Phase der städtischen Kulturindustrie stammt.

Seit Beginn der achtziger Jahre setzte im Schanzenviertel ein alternativ-studentischer Gentrifizierungsprozeß ein. Auf die Wohngemeinschaften in den Altbauwohnungen folgte das alternative Kleingewerbe vom linken Buch- bis zum Ökoladen. Mit Beginn der neunziger Jahren siedelten sich in den Hinterhöfen teilweise ausgesourcete Dienstleistungsunternehmen an: Druckereien, Graphikbetriebe und Werbeagenturen fanden im Rahmen der postfordistischen Umstrukturierung attraktive und relativ preiswerte Gewerbeflächen, um ihre Großkunden in der Innenstadt zu bedienen. Seit Ende der neunziger Jahre breitet sich die Internetökonomie aus. Heute gibt es in dem relativ kleinen Areal des Schanzenviertels circa 80 Werbe- und Multimediafirmen sowie 30 Software-Unternehmen. Gleichzeitig wandelt sich das Schanzenquartier mit 60 Gastronomiebetrieben zu einem Ausgehviertel für jungsche Schickimickies. Teilweise wurden dadurch die herkömmlichen Dienstleistungsunternehmen verdrängt.



Die politischen Auseinandersetzungen um die Rote Flora stehen in einem Spannungsverhältnis zur ökonomischen Entwicklung des Schanzenviertels. Nach der Durchsetzung der Roten Flora wurde diese in der Zeit von 1992 bis 1998 von der Stadtverwaltung kaum beachtet. Vielmehr konnten im gleichen Zeitraum im Schanzenviertel noch weitere Wohnprojekte durchgesetzt werden. Im Bürgerschaftswahlkampf von 1997 versuchte der damalige Bürgermeister Voscherau der Erosion der SPD-Stimmen, wenn auch vergeblich, eine rassistische Kampagne entgegen zu setzen. So wurden auch zum ersten Mal junge schwarze Migranten, die sich im Schanzenviertel aufhalten, als Drogendealer und Kriminelle stigmatisiert. Der gleichzeitig einsetzenden Repression durch die Polizei und der Etablierung rassistischer Bürgerinitiativen versuchte die linke Szene um die Rote Flora etwas entgegen zu setzen. Diese Mobilisierung begann mit Büchertischen im Herbst 1997, und hat seit dem mehrere Aktionstage und öffentlich wie auch innerlinks ausgetragene kontroverse Debatten nach sich gezogen.

Diese Repolitisierung und neue Außenorientierung der Roten Flora wurde von der Stadt mit einem erhöhten Integrationsdruck beantwortet. Seit 1998/99 versucht die städtische Regierung die Rote Flora zum zweiten Mal nach 1992 in ein Vertragskorsett zu zwingen. Gleichzeitig ist die Senatspolitik jedoch auch ambivalent, da sie bisher nicht auf eine unmittelbare Zerstörung des Projektes abzielte. Anscheinend wird gerne in Kauf genommen, dass die Rote Flora mit ihrem morbiden Charme und wegen ihres subkulturellen Angebotes als weicher Standortfaktor zur ökonomischen Aufwertungsspirale des Schanzenviertels beiträgt. Mit der Absage der NutzerInnen der Roten Flora an eine vertragliche Lösung im März diesen Jahres, genauso wie zuvor in bezug auf die Mitwirkung an »Runden Tischen« oder einer Unterwerfung unter die staatliche Drogenpolitik, soll diese städtische Integrations- und Ausgrenzungspolitik unterlaufen werden.

Die vorerst letzte Runde der Auseinandersetzung wurde durch den Senat mit einem Verkauf der Roten Flora an einen privaten Immobilienmakler eingeläutet. Nach der Darstellung der Stadtregierung ist der Kaufvertrag so gehalten, dass in diesem die bisherige Nutzung als Stadtteil- und Kulturzentrum festgeschrieben ist und die Rote Flora frühestens in 10 Jahren mit Zustimmung des Senates weiter verkauft werden darf. Nach Aussagen des Käufers soll die Flora weiter genutzt werden können wie bisher. Das heißt aber nicht, dass demnächst keine Miete eingefordert werden könnte, damit sich der Kaufpreis für den Investor rentiert. Insofern ist die Stadtverwaltung auch in diesem Zusammenhang mit ihrer neoliberalen Privatisierungsinitiative nicht aus der politischen Verantwortung entlassen. Es wird weiterhin ein Politikum bleiben, ob und wie die Rote Flora oder in ihr verankerte Gruppen mit linksradikalen Initiativen in Erscheinung treten.

Modernistische Regulation

Innerhalb des Hamburgischen Wettbewerbsstaates kann diese politische Entwicklung mit vier gegenwärtig ersichtli-

chen Regulationstypen erfaßt werden. Es handelt sich dabei um zwei konservative und zwei neuere Varianten:

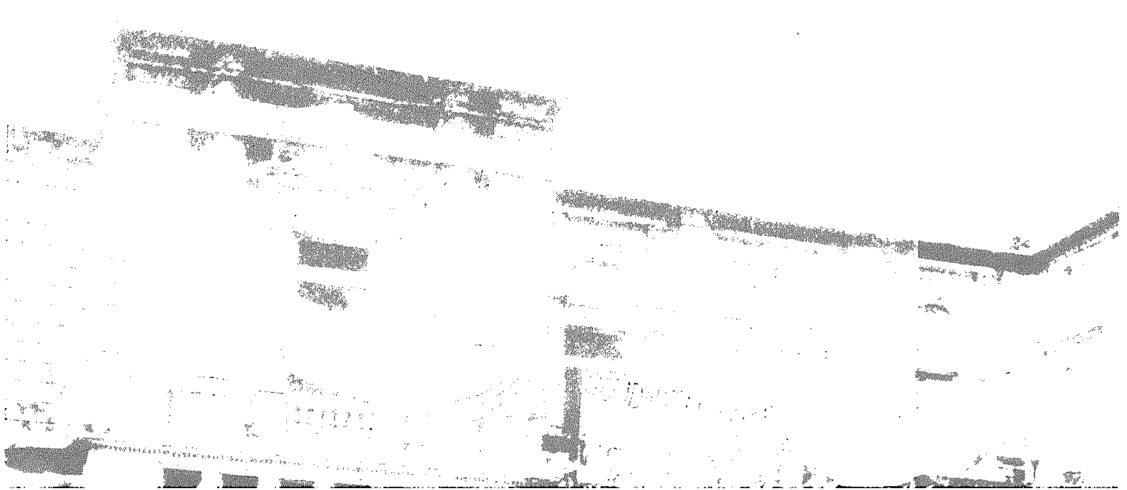
1. Die kleinbürgerliche revanchistische Tendenz baut auf einem rückwärtsgewandten Wunsch nach Ordnung, Sauberkeit, innerer und äußerer nationaler Abgrenzung sowie einer ethnisierten Identitätsbildung auf. Ein starker Staat und eine völkische Vergemeinschaftung sollen die durch die Internationalisierung der Produktion bedingten postmodernen Reproduktionsformen abwehren. Auf der Strecke bleiben dabei diejenigen Menschen, die nicht in das Bild einer homogenisierten Mehrheitsgesellschaft passen.
2. In der anderen konservativen Regulationsform wird versucht, den fordistischen Klassenkompromiß am Leben zu halten. Über eine Re-Regulierungspolitik soll der klassische Wohlfahrtsstaat gerettet werden. In einer ökonomischen Abwehrbewegung werden die Krisenbranchen mit Subventionen unterfüttert, Beschäftigungsprogramme aufgelegt und die Volkswirtschaft durch Protektionismus geschützt. Im internationalen Wettbewerb ist dieses Modell nur bedingt erfolgreich, weil seine Akkumulationsrate hinter den neoliberal regulierten Ökonomien zurückbleibt und deshalb auch dessen herkömmlicher Klassenkorporatismus nicht mehr finanziert werden kann.
3. Als erfolgreichste postfordistische Regulationsvariante hat sich bisher das modernistische Regime erwiesen, welches die globalen ökonomischen Imperative aktiv aufgreift. Indem die Deregulierung und Flexibilisierung selbst vorangetrieben und die Marktlogik zum unhinterfragbaren Paradigma stilisiert wird, stellen sich ökonomische Standortvorteile ein. Dies setzt eine allgemeine Verringerung der Lohnquote im Vergleich zu der Profitentwicklung voraus. Nur bei den Einkommenseliten sieht es anders aus, weil um diese und um Konzernansiedlungen geworben wird. Insgesamt vertieft sich so die Spaltung der Gesellschaft in GewinnerInnen und VerliererInnen. Diejenigen, die sich damit nicht abfinden wollen, werden entweder symbolisch befriedigt, beispielsweise durch öffentliche Konsumspektakel oder an den Rand gedrängt und politisch marginalisiert.
4. Um eine destabilisierende Entwicklung dieser Konflikte zu vermeiden, ist im Rahmen der kapitalistischen Verwertungslogik auch noch Raum für eine sich progressiv verstehende alternative Regulationstendenz. Vor dem Hintergrund der grundsätzlichen Anerkennung der postfordistischen Umstrukturierung wird bei diesem Ansatz der gesellschaftliche Ausgleich zwischen jenen Gruppen gesucht, die unmittelbar von der Umstrukturierung profitieren und denjenigen, die in die Armut getrieben werden. Im deutschen Kontext wird diese Regulationsansatz um die Komponente eines angeblich »ökologischen Umbaus der Gesellschaft« ergänzt.

In Hamburg lassen sich alle vier Tendenzen, wenn auch mit unterschiedlichem Gewicht, wiederfinden. Rassismus und Lokalpatriotismus sind bedeutende Faktoren in der Hamburger Politik. Die Sehnsucht nach dem fordistischen Klassenkompromiß wird von nicht unwesentlichen Teilen des traditionellen SPD- und Gewerkschaftsklientels getragen. Im gesamtgesellschaftlichen Vergleich progressive Ansätze vom linken Flügel der SPD und aus den Reihen der Grünen spielen bei den Konzepten der Bürgerbeteiligung genauso eine Rolle wie bei dem integrationistischen Kurs gegenüber der Roten Flora oder im Konzept der sozialen Stadt.

Dominant und damit den Rahmen für die anderen Regulationsformen vorgebend ist jedoch das modernistische Politikprojekt. Darüber sind sich in Hamburg parteiübergreifend auch die Mehrheit der Mitglieder und WählerInnen der Grünen, der SPD, der FDP und der CDU einig. In dem parteiübergreifenden Konsens zur Durchsetzung der Erweiterung des Airbusgeländes, der von der CDU bis zur Grünen Partei reichte, wurde noch einmal deutlich, dass für eine weltmarktbezogene Großinvestition ökologische Belange, zwingende gesetzliche Vorschriften und die Interessen von ObstbäuerInnen und AnwohnerInnen einfach beiseite geschoben werden. Erst nachdem die Schlacht gewonnen war, wurde von dem rot-grünen Senat das Angebot gemacht, sich mit den KritikerInnen zusammen zu setzen, um über nachfolgende »Ausgleichsmaßnahmen« zu reden. Progressive Regulationsansätze kommen auch hier nur zum Zug, wenn sie notwendig erscheinen, um die Weltmarktstrategie zu flankieren, oder sie diese zumindestens nicht stören.

Regulation im Schanzenviertel

Werden die dargestellten Regulationsansätze auf die Situation im Schanzenviertel bezogen, ergibt sich ein vielgestaltiges Bild: Die Grünen haben im Schanzenviertel gemessen am Stimmenanteil teilweise absolute Wahlsiege eingefahren, während die SPD nur auf 25 % und die CDU auf 10 % kommen (dabei ist zu beachten, dass bis zu fünfzig Prozent der lokalen Bevölkerung als MigrantInnen nicht wahlberechtigt sind). Dementsprechend handelt es sich bei dem Schanzenviertel sowohl von der politischen Basis als auch von der Regierungsseite



gesehen um ein einschlägiges Experimentierfeld für das sich als progressiv verstehende Regulationsmodell. Um auf die teilweise alternativ geprägte Bevölkerung einzugehen, werden nicht nur die besagten Partizipations- und Aktivierungsprojekte aufgelegt, sondern das Viertel ist im Vergleich zu anderen Stadtgebieten auch mit einem dichten Netz an sozialen und Selbsthilfeeinrichtungen ausgestattet.

Jedoch hat sich die Stadterneuerungsgesellschaft (STEG), was die Planung und Umsetzung der Umstrukturierung im Schanzenviertel betrifft, in allen wesentlichen Belangen mit ihrer modernistischen Strategie durchsetzen können. Bei der STEG handelt es sich um den privatisierten Verwaltungsbereich der Stadtsanierung. In städtebaulichen Verträgen wird privaten Investoren freie Hand gegeben, ohne dass die Stadtplanung noch wesentlich durch die Aufstellung von Bebauungsplänen beeinflußt wird, die eine BürgerInnenbeteiligung notwendig machen würde. Auf den Arealen der ehemaligen Mont Blanc und Laue Fabriken entstehen so gegenwärtig überwiegend Büroflächen für die New Economy. Alternative Einsprengsel stellen in diesem Konzept unter anderem ein Wohnprojekt und ein paar Sozialwohnungseinheiten dar. Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Wohnprojektes ließ der grüne Stadtentwicklungssenator vernehmen, dass dieses seine Berechtigung habe, um »gestrauchelte Stadtrebellen« in die Gesellschaft zurück zu führen. Der jetzigen ökonomischen Verwertung der ehemaligen Fabrikflächen ging eine jahrelange Auseinandersetzung voraus, wie diese genutzt werden können. Da der städtischen Strategie von links jedoch nichts wesentliches entgegengesetzt werden konnte, ist abzusehen, wer sich in einigen Jahren die schon jetzt überdurchschnittlich teuren Wohnraummieten im Schanzenviertel noch leisten können wird.

Exemplarisch zeigt sich der Sozialchauvinismus an der Positionierung des kleinbürgerlichen Spektrums gegenüber der Roten Flora. Die weitere Existenz der Roten Flora, insbesondere mit ihren kulturellen Aktivitäten, wird vielfach für gut befunden. Kritisiert wird jedoch, dass die Rote Flora, weil die Räumlichkeiten der nahegelegenen städtisch subventionierten Fixerstube nicht ausreichen, an ihrer Rückseite einen Unterstand eingerichtet hat, damit auch dort illigealisierte Drogen konsumiert werden können. Während die Rote Flora so eine Aufgabe übernommen hat, die eigentlich die Stadtverwaltung tragen müßte, nämlich einen etwas humaneren Drogenkonsum zu ermöglichen, wird sie für das nun sichtbare Elend verantwortlich gemacht.

Linke Modernisierer

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die Linke auf diese Entwicklung reagieren kann? Die Flora hat die Forderung der Stadt, einen Vertrag abzuschließen, nach monatelanger kontroverser interner Diskussion abgelehnt und nimmt damit in letzter Konsequenz auch eine Zerstörung des Projektes durch die Polizei in Kauf. Sie will sich nicht, wie sie es in ihrer Stellungnahme unter dem Titel »Die Flora bleibt unverträglich« heißt, in »das Zusammenspiel von Integration/Partizipation auf der einen und Verdrängung/Repression auf der anderen Seite« einbinden lassen. Und weiter wird ausgeführt, »die anstehenden Konflikte um die Zukunft der Roten Flora werden deshalb für uns der Ort sein, an dem die jahrelange Auseinandersetzung um Repression, Vertreibung und Umstrukturierung im Stadtteil aktuell zugespitzt werden«. Auch nach dem Verkauf im April diesen Jahres wird diese Position gegenüber dem privaten Käufer aufrecht erhalten.

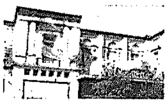
Mit einem Blick auf die eigene linke Geschichte wird die Dialektik dieser Position deutlich. Gerade auf die links-alternative Szene geht der Gentrifizierungsprozeß des Schanzenviertels ab den achtziger Jahren zurück. Wohngemeinschaften können sich Mieten leisten, die für eine ArbeiterInnenfamilie unerschwinglich ist. Auch diverse Kneipen, Cafés und Geschäfte, welche die Basis für den Aufschwung der Ausgehkultur im Schanzenviertel darstellen, gehen vielfach auf die Bedürfnisse und die Infrastruktur der linken Szene zurück. Dieser Zusammenhang wird von der Roten Flora ansatzweise gesehen, die in ihrer Erklärung gegen eine vertragliche Lösung unter anderem feststellt, dass die Rote Flora ein »weicher Standortfaktor ist, der die Aufwertung des Stadtteils mit begünstigt«.

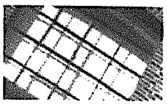
Der Bogen über den Zusammenhang der politisch-sozialen Praxis der Neuen Linken seit 1968 und der postfordistischen Modernisierung des Kapitalverhältnisses läßt sich noch weiter spannen. Während der Fordismus gerade in der Wirtschaftspolitik von zentral geplanten Großprojekten geprägt war, wandte sich die antiautoritäre Linke vielfach dezentralen Basisprojekten zu. Die von der Linken entwickelten relativ antihierarchischen sozialen und politischen Praktiken wurden in der Krise des Fordismus in den siebziger Jahren zwar nicht eins zu eins von Kapital und Staat aufgenommen, trugen in transformierter Form jedoch Stück für Stück zur Modernisierung der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse bei. Wenn heute flexible Arbeitsformen zur Anwendung kommen oder die Beteiligung der MitarbeiterInnen an einer kontinuierlichen Verbesserung des Produktionsprozesses eine allgemein akzeptierte Praxis ist, dann gehen die Anstöße für diese Veränderung der ehedem unmittelbar autoritären Arbeitswelten im Fordismus nicht nur auf die kapitalistische Verwertungskrise, sondern auch auf den inner- und außerbetrieblichen Widerstand dagegen zurück.

In ihrem Selbstbild konnte sich die alternative und radikale Linke lange Zeit unabhängig von der Mitwirkung an den gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen fühlen, weil sie sich überwiegend in Gegenwelten organisierte, die nicht unmittelbar in die herrschenden Produktions- und Reproduktionsprozesse integriert waren. Im Bereich städtischer Reproduktionspolitik, wie um die Rote Flora, können jedoch nicht die Augen davor verschlossen werden, dass die eigenen radikalen Politikansätze, wenn auch ungewollt, der kapitalistischen Vergesellschaftung zumindestens teilweise in die Hände gespielt haben. Dieses Politikfeld ist jedoch auch einer der wenigen verbliebenen Bereiche in dem radikale Linke noch einen, wenn auch kleinen, Machtfaktor darstellen, so dass sie nicht gänzlich darauf beschränkt sind, nur bei inhaltlicher Kritik stehen zu bleiben. Im Rahmen der politischen, wenn auch nicht personellen, Kontinuität des langen Kampfes gegen die Umstrukturierung wird jedoch deutlich, dass seit den siebziger Jahren dem Grunde nach nichts gewonnen wurde.

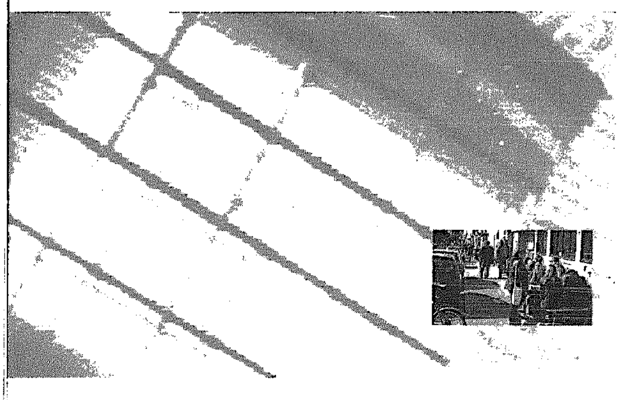
Dass eine radikale Linke in der städtischen Politik überhaupt noch existiert, hängt vielleicht damit zusammen, dass es der Linken sowohl möglich war, Gegenwelten zu etablieren als sie auch

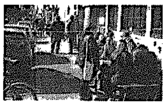
ständig gezwungen war, sich mit den Projekten der herrschenden Politik und den Bestrebungen der Mehrheitsbevölkerung auseinanderzusetzen. Ob sich darüber hinaus im Bereich der wohnungsbezogenen Reproduktionssphäre eine Konfliktdynamik ergibt, die gegenwärtig mehr als die Auseinandersetzungen im Produktionsprozeß systemkritische Perspektiven eröffnet, läßt sich zur Zeit nicht wirklich beantworten.















Praxis der Restlinken

Bezogen auf die Situation im Schanzenviertel bedeutet dies zunächst, nach den Erfahrungen der vergangenen drei Jahrzehnte sehr vorsichtig mit konkreten Veränderungsforderungen umzugehen. Dem repressiven Sicherheitsstaat kann, wie dies schon jetzt geschieht, mit Störung und - wo möglich - mit dem Schutz der Marginalisierten geantwortet werden. Der städtischen Privatisierungspolitik kann auf einer relativ abstrakten Ebene mit einer allgemeinen Vergesellschaftungsforderung, wohlgemerkt nicht mit der nach Verstaatlichung, begegnet werden. Vergesellschaftung würde bedeuten, dass die ProduzentInnen und KonsumentInnen unmittelbar die demokratische Kontrolle in den jeweiligen Bereichen ausüben. Ob es auf dem Weg zu einer solchen fundamentalen Umwälzung sinnvolle Zwischenschritte geben kann und wenn ja, wie diese aussehen würden, ist dagegen zur Zeit völlig unklar und unter Linken wenig diskutiert. Im Bezug auf den repressiven Sozialstaat und dessen Workfareprogramme, fällt eine Antwort genauso schwer.

Auch im Hinblick auf die städtische Partizipationsangebote fällt eine Antwort schwer. Sie sind scheinbar das, was das Bündnis im Kampf gegen die Errichtung eines Musicalpalastes in der Flora noch 1989/90 eingefordert hatte. Zwar hat sich die Rote Flora schon vor dem jetzigen Konflikt gegen eine Teilnahme an Runden Tischen ausgesprochen. Aber reicht die simple Nichtteilnahme? Bei den Partizipationsangeboten, wie gegenwärtig zur Erweiterung des Messegeländes, das an das Schanzenviertel grenzt, ist abzusehen, dass hochproblematische städtische Projekte auch wegen der Beteiligung der BürgerInnen kaum noch Widerspruch hervorrufen. Deshalb müßten die Partizipationsforen von links nicht nur boykottiert, sondern auch demaskiert und als systemstabilisierende politische Institution behindert werden. Aber liegt darin eine praktische Perspektive, die über defensives Handeln hinaus käme?

Diese Suche zieht im Falle der Rote Flora das Risiko nach sich, Niederlagen zu kassieren, indem sie eines Tages doch geräumt wird. Aber eine solche Niederlage ist weniger schwerwiegend, als ein weiteres linkes Projekt dem demoralisierenden Zerfall in einem Integrationsprozeß zu unterwerfen. Vielmehr entsteht durch die Weigerung der Roten Flora, sich unmittelbar integrieren zu lassen, eine Position begrenzter Gegenmacht, auch wenn diese gesamtgesellschaftlich marginal bleibt. Wie 1986/87 bei der Auseinandersetzungen um die Hafenstraße oder in abgeschwächter Form gegenwärtig im Wendland ist die herrschende Seite gezwungen, der Gegenseite eine gewisse Legitimität zuzuerkennen. Eine Strategie, die unmittelbar auf gegenwärtige Erfolge abzielt, kann nur dann eine sie tragende Dynamik behalten, wenn ihr inhaltlicher Ausgangspunkt, ihre konkrete Praxis und ihre Perspektive systemkritisch sind. Nur so läßt sich die Praxis im »falschen Gesamtzusammenhang« mit den in der Zukunft liegenden theoretisch vermittelten emanzipativen Zielen in Beziehung setzen. Ob bei diesen konkreten Antizipationen einer grundlegenden Umwälzung an ein traditionelles Revolutionsverständnis angeknüpft werden sollte, das auch auf eine Eroberung der Macht zielen würde oder auf eine allgegenwärtige Zersetzung der Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen, wie dies in dem von Joachim Hirsch vertretenen Konzept des »radikalen Reformismus« vorausgesetzt wird, läßt sich zur Zeit nicht absehen. Insbesondere ist nicht deutlich, inwieweit es postfordistischen Regulationsformen auch in Zukunft gelingen wird, linke Bestrebungen relativ bruchlos zu integrieren.

Wichtig ist jedoch, dass im Kampf um die Rote Flora bei vielen einzelnen und als kollektiver politischer Prozeß weiterhin Erfahrungen gemacht werden, die sich als politisch selbstbestimmt und im Ansatz als systemkritisch herausstellen. Denn im Gegensatz zu den deterministischen Revolutionserwartungen vor achtzig Jahren oder den Reformabsichten vor dreißig Jahren, ist nach 1989 noch deutlicher geworden, dass emanzipative Veränderungen keinen Selbstlauf besitzen. Sie entstehen nur als Selbstkonstituierung und -organisierung in der bewußt geführten politischen Auseinandersetzung mit der versucht wird, gesellschaftlich einzugreifen.

gruppe demontage, hamburg mai 2001

Verteidigung des Wohlfahrtsstaates?



Foto: R. Maro, version

Die gegenwärtigen anarchistischen Diskussionen über den »Umgang« mit dem »absterbenden Wohlfahrtsstaat« kristallisieren sich zumeist um zwei Extrempunkte, nämlich um dessen Verteidigung einerseits und deren vollständige Ablehnung andererseits. Der nachfolgende Text versucht einen Entwurf für eine weitere, Position in diese Diskussion einzuführen. Die zentrale These dieses Beitrags lautet: Jede Verteidigung von Staatlichkeit ist für anarchistische Politik indiskutabel, basta! D.h. es kann für anarchistische Politik nicht um die Verteidigung des Wohlfahrtsstaates als Typ des kapitalistischen Staates gehen, es sollte (und muss) ihr aber um den »Erhalt« und um die Ausdehnung, der aus Diesem Staatstypus resultierenden und der in ihm entstandenen sozialen- und politischen Handlungsräume, (was unter heutigen Gesichtspunkten viel revolutionärer ist, als es auf den ersten Blick erscheint), gehen. Unerläßlich in diesem Kontext ist eine kurze Darlegung der gegenwärtigen Transformationsprozesse und deren Ursachen, welche die Hauptursache des »Niederganges»des Wolfahrtsstaates darstellen.

Fordismus

In der Mitte der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts geriet die kapitalistische Gesellschaftsformation des Fordismus, für welches der Wohlfahrts- bzw. Sozialstaat kennzeichnend war, in eine säkulare Krise, deren Hauptursache in einem strukturellen Rückgang der Kapitalrentabilität in den kapitalistischen Metropolen, verursacht durch die sich abzeichnende Erschöpfung der im fordistischen Wirtschaftssystemm liegenden Produktivitätsreserven, lag. Als Folge hiervon geriet die sich gewissermaßen aus dem nationalen Akkumulationsprozeß finanzierende- (wohlfahrtsstaatliche) Regulationsweise, in Konflikt mit den Profitinteressen des Kapitals, das nun verstärkt danach strebte, neue Produktivitätsreserven, außerhalb der nationalen Ökonomie zu erschließen. Dies führte wiederum dazu, dass die ökonomische Basis des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus und damit die scheinbare ewig andauernde »Vereinbarkeit« von Kapitalprofit und Massenwohlfahrt ins Wanken geriet, was wiederum zur Folge hatte, dass die Krise des Fordismus auch als Krise des Wohlfahrtsstaates in Erscheinung trat. Die Krise des Fordismus beschränkte sich jedoch nicht nur auf den ökonomischen Bereich. Auch im ideologischen Bereich geriet diese Gesellschaftsformation in eine Krise. Durch die immer offensichtlicher werdenden »Auflösungstendenzen« des Sozialstaates und die daraus resultierende Nichteinlösbarkeit fordistischer Lebens- und Zukunftsentwürfe, bot das fordistische Gesellschaftsmodell für große Teile der Bevölkerung keine Perspektive mehr. Gekennzeichnet durch das Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen trat diese Krise somit auch als eine Krise der Hegemonie (bezogen auf die vorherrschenden Werte- und Ordnungsvorstellungen) in Erscheinung.

Diese Krise hat jedoch nicht nur eine nationale sondern auch eine internationale Dimension. Durch die, von Seiten des US-Kapitals forcierte Liberalisierung des Welthandels und »Erschließung« neuer Investitionsgebiete, welche zu einer Internationalisierung des Kapitals führte, wurde die Binnenmarktorientierung der nationalen Ökonomien zugunsten einer stärkeren Exportorientierung allmählich aufgegeben. Die immer größer werdenden internationalen Kapitalströme gerieten im Laufe dieser Entwicklung (vor allem durch eine extreme Zunahme kreditfinanzieter Staatsverschuldung) in Turbulenzen, die schließlich, »unterstützt« durch den Niedergang der internationalen ökonomischen Vorherrschaft der USA, durch das erfolgreiche wirtschaftliche Aufholen Japans und einiger europäischer Staaten, zum Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems führte.

Um diese Krise bewältigen zu können, bedurfte es einer strukturellen Wiederherstellung profitabler und weitge-

hend stabiler Kapitalverwertungsbedingungen, was entweder durch eine Reorganisation des Fordismus oder dessen Ablösung durch eine neue kapitalistische Gesellschaftsformation erreicht werden konnte. Vor allem ein nicht vorhandenes systemkritisches Bewusstsein bei einen Großteil der politischen Akteure (vor allem auch innerhalb der Organisationen der Arbeiterbewegung wie Gewerkschaften etc.) sowie eine analytische Fehleinschätzung von deren Seite in Bezug auf die »Partnerschaft« zwischen Kapital und Arbeit im Fordismus, war mit dafür verantwortlich, dass sich die zweite Möglichkeit, nämlich die Ablösung des Fordismus durchsetzte. (Huffschmid 1999, 116ff)

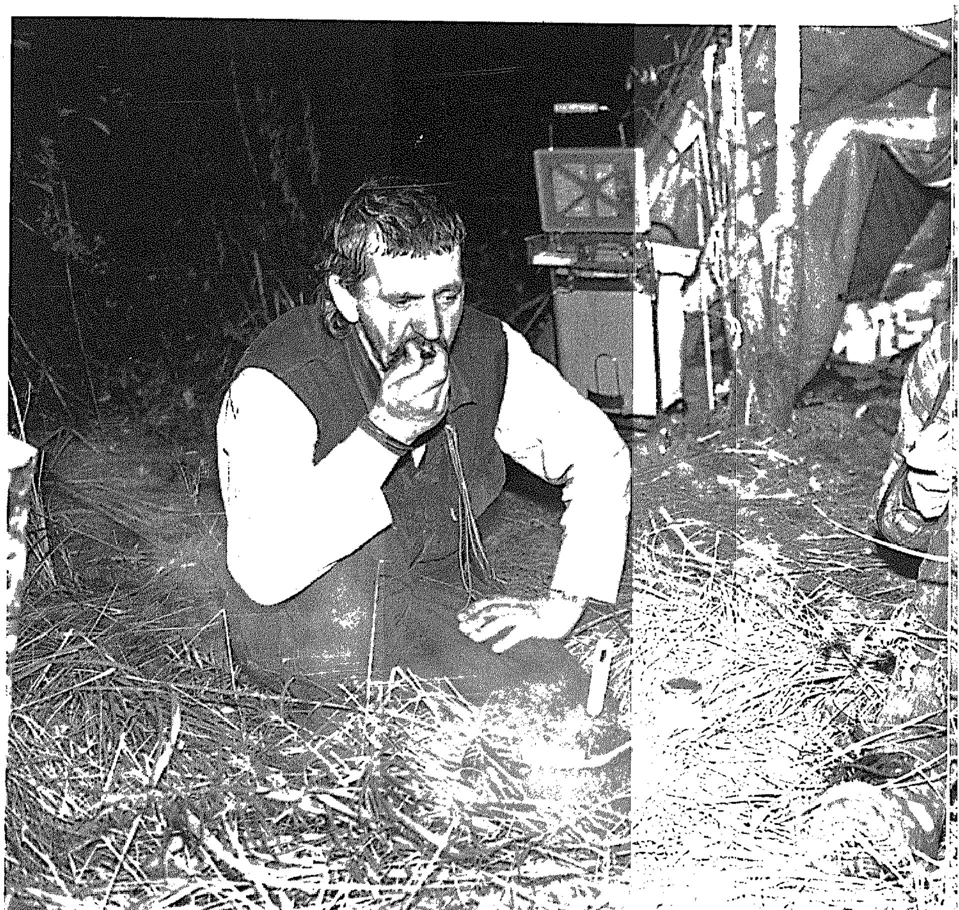
Der damit eingeschrittene Weg zur Lösung der Krise des Fordismus bestand (und besteht) in seinem Kern in dem Bestreben des Kapitals (in Partnerschaft mit den Ende der 70er Jahre an die Macht gekommenen neoliberalen Regierungen und fortgesetzt von den sog. »sozialdemokratischen« Regierungen in den 90er Jahren) nach der Durchsetzung eines neuen Akkumulationsmodells, das sich neben der Einführung neuer Produkte, neuer Kommunikations- und Informationstechnologien vor allem durch ein Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse mit dem Ziel, die Profistabilität des Kapitals wieder herzustellen, auszeichnet. (Hirsch 1995, 89) Kennzeichnend für diesen Prozeß ist eine gesellschaftliche und ökonomische Deregulierungspolitik (die auf die Beseitigung wesentlicher Momente der fordistischen Regulationsweise, vor allem im Bereich des Sozialstaates, aber nicht nur dort abzielt) einerseits, sowie eine Liberalisierung des Waren-, Finanz und Dienstleistungsverkehrs andererseits.

Der Postfordismus

Durch das Bestreben, eine neues kapitalistisches Akkumulationsmodell durchzusetzen kam es zu einer Transformation des fordistischen Staates und des internationalen Staatensystems, welche, im wesentlichen durch die nachfolgenden Prozesse gekennzeichnet ist.(vgl. Jessop 1997, 61ff, vgl. auch Demirovic 1997, 234ff)

- Entnationalisierung des Nationalstaates:
  Die Ursache hierfür ist ein, aus der Schwächung der Fähigkeit des Nationalstaats zur Entfaltung seiner Macht im inneren und Äußeren mit dem Ziel der Förderung der Akkumulation resultierender Autonomieverlust. Dieser »zwingt« die Nationalstaaten auf der einen Seite zum Erhalt ihrer strukturellen Wettbewerbsfähigkeit zu »überstaatlicher« Koordination. Auf der anderen Seite resultiert aus diesem Autonomieverlust in Zusammenhang mit der ökonomischen Internationalisierung eine Bedeutungszunahme lokaler und regionaler Einheiten, die auch über nationalstaatliche Grenzen hinweg partnerschaftliche Beziehungen unterhalten.
- Entstaatlichung des Nationalstaates:
  Hierunter ist zuerst eine Verschiebung von formellen (und eher zentralen) Regierungsinstitutionen (»Government«) hin zu der eher dezentralen Form von »Governance«, als politischem Steuerungsmodus zu verstehen. Als Folge hiervon entstehen Politiknetzwerke, in denen von staatlicher Seite die Funktion eines Koordinators gegenüber den beteiligten Akteuren wahrgenommen wird, wobei der Staat aber immer noch als Inhaber des physischen Gewaltmonopols und durch seine formallegalisierende Kompetenz quasi als Garant gewisser nicht zu verletzender Spielregeln fungiert. Die Ursache dieser Entwicklung liegen in den, durch die Transformationsprozesse, eingeschränkten Politikspielräumen der Nationalstaaten.
- Internationalisierung des Staates:
  Kennzeichnend hierfür ist vor allem eine neoliberale Reorganisation des wohlfahrtsstaatlichen Bereiches, (aber nicht nur von diesem) mit dem Ziel staatliche Politik an den Bedürfnissen internationaler Standortkonkurrenz auszurichten. Dieser Entwicklung liegt eine gewachsene Bedeutung des internationalen Kontextes für staatliches Handeln zugrunde.

Konkret bedeuten diese Prozesse, dass der Staat im Postfordismus in seinen politischen Entscheidungen primär von der Notwendigkeit zur erfolgreichen »Partizi-



Verteidigung des



Foto: R. Maro, version



Foto: R. Maro, version

pation« an einer sich verschärfenden internationalen Standortkonkurrenz gelenkt ist. Den Staaten kommt in dieser Situation die Rolle zu, optimale Verwertungsbedingungen für das internationale Kapital zu schaffen. »Dies heißt praktisch vor allem die Senkung der Masseneinkommen, der Abbau sozialer Maßnahmen im Rahmen neoliberaler Austeritätspolitik, das Niedrighalten ökologischer Standards sowie die Sicherung politischer ›Stabilität‹.« (Hirsch 1998, 32)

Um dies Erreichen zu können, mussten fordistische »Errungenschaften« weitgehend zerschlagen werden. Exemplarisch kann dies an der Ablösung des keynesianischen Wohlfahrtsmodells durch das »Schumpetersche Workfare-Regime»dargestellt werden. (Jessop 1997, 73) Gekennzeichnet ist dieser Wandel mit dem Zurücktreten des politischen Interesses an Vollbeschäftigung hinter dem Ziel einer möglichst guten internationalen Wettbewerbsfähigkeit, sowie dem immer größer werdenden Einfluß wirtschaftlicher Faktoren auf die Sozialpolitik. Unter dem Slogan einer »Sparpolitik« werden finanzielle Mittel aus vielen Bereichen abgezogen und selektiv zur Förderung erfolgsversprechender (in Bezug auf die internationale Standortkonkurrenz) »Projekte« wie etwa Forschungsunternehmungen oder strategische Allianzen mit transnationalen Unternehmen eingesetzt, (Demirovic 1997, 253) was zur spezifischen Förderung regionaler Standorte führt, von denen man sich von staatlicher Seite einen erfolgreichen Beitrag zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit erhofft. Als zwangsläufige Konsequenz hiervon werden andere, »unlukrative« Regionen vernachlässigt. Dies führte zwangsläufig zu einer Aufkündigung des institutionalisierten Klassenkompromisses des Fordismus. In engem Zusammenhang hiermit steht auch ein Wandel des Staatsbürgerschaftsregimes. Im Zentrum dieses Wandels befindet sich ein, im Einklang mit neoliberaler Deregulierungs- und Privatisierungspraktiken stehender Wechsel von dem (heute angeblich »antiquierten«) Prinzip der Gleichheit hin zu dem (heute sehr »modernen«) Prinzip der Freiheit.(Jenson 1997, 241) In der gesellschaftlichen und politischen Realität bedeutet dies, dass Normen und Gesetze unter dem Stichwort der »Eigenverantwortung»dazu tendieren jeder und je-

dem die alleinige Verantwortlichkeit für die Gestaltung ihres bzw. seines eigenen Lebens zuzusprechen. Die politisch gewollte Durchsetzung des Postfordismus und die damit verbundene Transformation des Staatsbürgerschaftsregimes hat neben weitreichende Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse auch Auswirkungen auf den Umgang mit Migrantinnen und Migranten und führt zu einer höchst selektiven und kategorisierenden Form des staatlichen Rassismus. Ein weiteres Merkmal des Staates im Postfordismus ist eine Aushöhlung lliberal-»demokratischer« Institutionen, denn »wenn die Politik der nationalen Regierungen direkt und entscheidend von den Zwängen der internationalen Kapitalakkumulation Kapitalzirkulation bestimmt wird, dann wird es immer unwichtiger, wer die Mehrheit im Parlament besitzt oder welcher Regierungschef gewählt wird.«(Hirsch 1998, 35) Aus den oben beschriebenen Prozessen wird ersichtlich, dass es sich bei den gegenwärtigen Entwicklungstendenzen keinesfalls um eine wirkliche Schwächung oder gar um ein »Ende des Nationalstaates« handelt, sondern eher darum, dass Staaten als aktive Gestalter von Märkten und »Bereitsteller« von günstigen Infrastrukturen zur Kapitalverwertung selbst für die gegenwärtigen Transformationsprozesse mitverantwortlich sind.

Was bedeuten diese Entwicklungen für anarchistische Politik?

Festzustellen bleibt dass sich durch die Transformation der Nationalstaaten (die Ablösung des fordistischen Wohlfahrtstaates durch den postfordistischen »nationalen Wettbewerbsstaat« (Hirsch 1996) auch die Bedingungen für (im weitesten Sinne) emanzipatorische – und damit auch anarchistische Politik – dramatisch verändert haben. Die Privatisierung staatlicher und sozialer Aufgaben hat für viele Menschen die Lebens- und Arbeitsbedingungen in erheblichen Maße verschlechtert und damit auch Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse verstärkt bzw. erst neu geschaffen. Auf diese Veränderungen bedarf es anarchistische Analysen und Konzepte, die von einer simplifizierenden Staatskritik bzw. Staatsablehnung absehen, denn leider leben wir heute noch unter und mit dem Zwang, unser Leben und auch unsere Politik auf dem Terrain von Nationalstaaten bewältigen zu müssen. Eine simple Staatsablehnung die eine »Verteidigung« des Sozialstaates ablehnt, weil dieser eben auch nur eine spezifische Ausprägung des Staates darstellt, übersieht was eine »Verteidigung« sein kann und was nicht. Eine Verteidigung des Wohlfahrtsstaates als Erhaltung einer spezifischen Form des kapitalistischen Staates, ist nicht möglich, schon deshalb nicht, weil der Fordismus und der ihn begleitende Wohlfahrtsstaat nicht wiederherzustellen ist. Diese Periode und der hierfür spezifische Klassenkompromiss gehört der Vergangenheit an. Nichtsdestotrotz sind die in dieser Phase erkämpften »Fortschritte« für die Lebensbedingungen diskriminierter Gruppen (z.B. Frauen, Homosexuelle, »Behinderte«) auch Resultate des dieser Gesellschaftsformation immanenten Staasbürgerschaftsregimes, welches (zumindest in der Theorie) auf Gleichheit und sozialen Einschluß basierte. (vgl. Jenson 1997) (dass die Gleichheit und der soziale Einschluß meist nur unvollständig waren und die »Errungenschaften»diskriminierter Gruppen noch immer keiner 100%igen Gleichstellung mit dem weißen, männlichen und heterosexuellen »Normalbürger« gleichkamen dürfte offensichtlich sein.) In einem neoliberal ausgerichteten Postfordismus, in dem Gleichheit (so unvollständig diese auch immer war) nichts mehr gilt, sondern sog. Freiheit und Eigenverantwortung zu neuen staatsbürgerschaftlichen Tugenden werden, wären diese »Errungenschaften« nahezu unmöglich. Es geht bei einem Kampf um den Erhalt wohlfahrtsstaatlicher Elemente keinesfalls um den Erhalt eine spezifischen Staatsform, sondern es sollte für Anarchistinnen und Anarchisten darum gehen, politische Konzepte zu entwerfen, welche darauf abzielen, die spezifischen Handlungsräume (politischer und sozialer Natur) die der Fordismus eröffnet hat, zu erhalten und konsequent zu erweitern (wobei die größtmögliche Entfaltung nur durch die Überwindung jeglicher Form von Staatlichkeit erreicht werden kann.) Es geht somit nicht um den Erhalt einer Ausprägung des kapitalistischen Staates, sondern um den Kampf gegen dessen aktuellste Variante. Eine vereinfachende Staatsablehnung wäre in diesem Kontext unbrauchbar, denn sie würde nicht nur die konkreten Momente der gegenwärtigen Transformationsprozesse und deren aktuelle politische und soziale Relevanz (und die hieraus resultierenden möglichen politischen Handlungsperspektiven und -Notwendigkeiten) unberücksichtigt lassen, sondern auch Gefahr laufen sich unbewußt rechten, neoliberalen und auch rechts-libertären Positionen anzunähern. Die Entwicklung von Konzepten den Kampf gegen Kapitalismus und dem ihm entsprechenden Staat auf dem Terrain des Staates durch strikte Ausweitung und Übertretung der auf seinem Terrain möglichen Handlungsräume zu führen, sollte für Anarchistinnen und Anarchisten unter gegenwärtigen Bedingungen auch durch den Rückgriff auf bestimmte Strukturmerkmale des keynesianischen Wohlfahrtstaates geführt werden, denn diese waren nicht nur das Resultat von gewissermaßen »von oben« aufoktroyierten Freiheiten und Rechten, sondern auch das Resultat von sozialen Kämpfen, deren notwendig ist und somit deren Ergebnisse von »damals»nicht mehr unterschritten werden sollten. Genau dies ist es aber, worauf die gegenwärtige Form des Kapitalismus abzielt und wobei ihm anarchistische Politik nicht durch ein leichtfertiges Abtun des Wohlfahrtsstaates entgegenkommen darf.

Literatur:

Demirovic, Alex (1997): Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie, Münster

Grundsätzliche Überlegungen zu Westeuropa, in: ebenda

Hirsch, Joachim (1996): Der nationale Wettbewerbstat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin, Amsterdam

Hirsch, Joachim (1998): Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, Berlin

Huffschmid, Jörg (1999): Polititische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg

Jenson, Jane (1997): Die Reinstiutionalisierung der Staatsbürgerschaft. Klassen, Geschlecht und Gleichheit im Fordismus und Postfordismus, in: Becker, Steffen u.a. (Hrsg.): Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und egionalisierung, Hamburg

Jesop, Bop (1997): Die Zukunft des Nationalstaates – Erosion oder Reorganisation?



»Wir brauchen solche Treffen, um das Vertrauen wieder aufzubauen, dass uns in der Kindheit genommen wurde...« - Es war Sobey aus Vancouver, der mit diesenWorten die Atmosphäre des zweiten »Gathering of the Tribes« in Los Angelesim April 2001 zusammenfaßte. VertreterInnen von rund 50 Projekten setzten sich dort fünf Tage lang theoretisch wie praktisch mit verschiedenen Wegen der inneren persönlichen Entwicklung und gleichermaßen der äußeren gesellschaftlichen Veränderung auseinander.

Das Verständnis von Tribe bzw. Stamm war relativ weit gefächert und bewußt im Vorfeld nicht fest definiert. So richtung zum einem im Bezug zum »Dance Movement«, also zur »Techno-Kultur in unterschiedlichen Ausformungen, sowie im zweifellos oftmals vagen aber immer ernsthaften Bestreben »to make the world a better place«.

Die Vielfalt verschiedener Ausrichtungen führte dabei keineswegs zu einer Beliebigkeit, vielmehr befruchteten und ergänzten sich die Positionen trotz einzelner Differenzen an vielen Punkten gegenseitig. In dieser Hinsicht erinnert das »Gathering of the Tribes« an das »Join the Cybertribe-« Festival bzw. an das »Sonics - Cybertribe- Netzwerk für Rhythmus und Veränderung«, das im deutschsprachigen Raum beheimatet ist und trotz diverser interner Probleme eine ähnlich verbindende Rolle einnimmt.

Prügelnde Polizisten auf politischen Party-Demos machen den symbolhaftenEinfluß des Meeres auf die Inseln genauso augenscheinlich deutlich, wie beispielsweise die Ego-Trips von DJs, die sich im Zuge der Kommerzialisierung wie Rockstars verhalten, oder die Raves in »3.Welt«-Ländern, bei denen vor lauter Verpeilung einfach ignoriert wird, dass einige Kilometer weiter entfernt Menschen hungern. Die Auflistung läßt sichbeliebig fortsetzen, letztlich ging es mir um die aktive Anerkennung einer Verantwortung, die weit über die Party hinausgeht: »Manche Leute denken, daßTechno eine Insel sei - und sie öffnen die Augen und sie beginnen zu tanzen, nicht nur auf dem Dancefloor, sondern auch überall in den Straßen, in denKlassenzimmern, in den Büroräumen, in den Su-

THE GATHERING O THE TRIBES

Trance, Politics & Zen- Katzen

erstreckte sich der Begriff auf lokale Projekte genauso wie auf die TeilnehmerInnen bestimmter Festivals, auf grenzüberschreitende Aktionsgruppen genauso wie auf kommuneartige Gemeinschaften. Vertreten waren unter anderem das Rainbow-Gathering, BurningMan und Earthdance, Angehörige der Farm-Kommune und anderer Eco-Village-Projekte, Mitglieder von Reclaim the Streets, Free our Forests, Association for Psychedelic Studies, Subversive Sounds, Moontribe und demdem Dream Theatre.

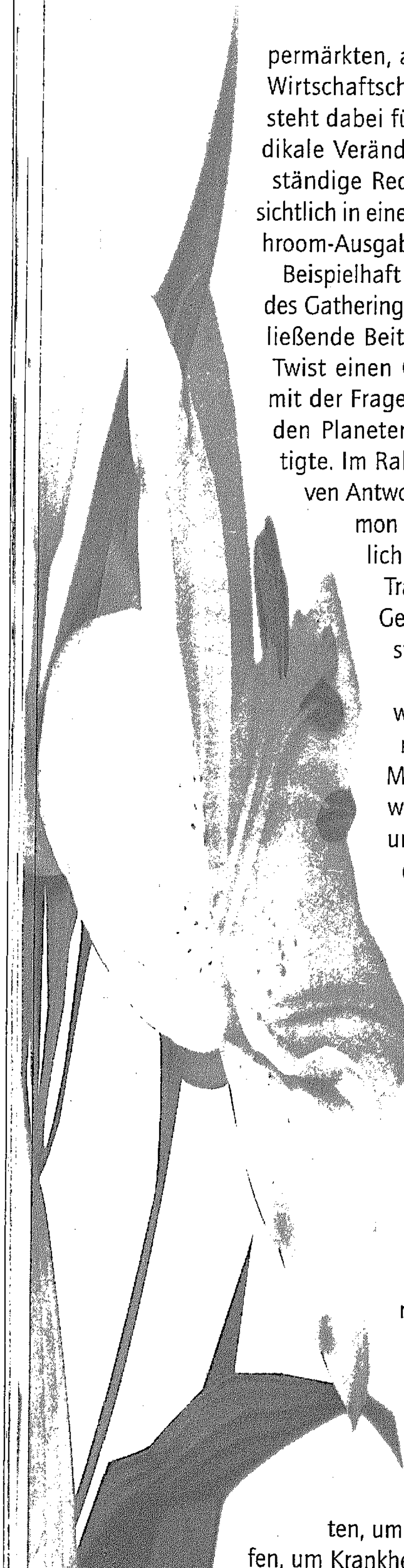
Inhaltlich reichte das Spektrum von Gruppen aus dem radikalen politischenund ökologischen Spektrum über Initiativen, die sich aufklärend gegen diebestehende Drogenpolitik stellen, bis zu Personen, die beispielsweise überTrance-Tänze oder meditative Musik zu einer heilenden Veränderung beitragen wollen. Das verbindende Element liegt neben der durchgängig idealistischen Aus-

Trance and politics

Ich selbst hatte die Ehre den inhaltlichen Teil der Konferenz mit einemVortrag einzuleiten, der von einem übergreifenden gesellschaftlichen Ansatz ausging. Meinen Ausgangspunkt faßte ich metapherhaft zusammen: »Viele glauben, dass die Techno-Kultur eine Insel sei, doch die meisten vergessen dabei, dass jede Insel von einem Meer umgeben wird...« Es ging mir dabei um eine Auseinandersetzung mit der selbstherrlichen Zufriedenheit, mit der sich viele aus dem grenzüberschreitenden »Dance Movement« oftmals zurücklehnen, solange sie »geile Musik, gute Drogen und viel Spaaaaß« haben und den eigenen Alltag einigermaßen regeln können. Alles andere scheint egal, doch spätestens wenn der Drogenfahnder vor der Tür steht oder Parties verboten werden wird klar, dass diese scheinbare Insel-Idylle eine Illusion ist. Dann ist es jedoch schon viel zu spät.



Foto: Jan Jacob Hofmann



permärkten, auf den Treffen der Wirtschaftschefs. Und Tanzen steht dabei für Veränderung, radikale Veränderung...« (Der vollständige Redetext wird voraussichtlich in einer der nächsten Mushroom-Ausgaben zu finden sein.)

Beispielhaft für die Ausrichtung des Gatherings bildete der anschließende Beitrag von Cinnamon Twist einen Gegenpol, der sich mit der Frage »KannTrance-Tanz den Planeten retten?« beschäftigte. Im Rahmen seiner positiven Antwort beschrieb Cinnamon eine »gemeinschaftliche psychedelische Trance als ein direktes Gegengewicht zur zerstörenden Selbstgefälligkeit der westlichen, technisch- industriellen Mega- Maschine, die wahnhaft alles tut, um den Planeten Erde zu zerstören.« Cinnamon bezog sich dabei auf positive Energien, die durch den Tanz freigesetzt werden. »Obwohl sie von unterschiedlichen Begriffen ausgehen, glauben viele Stammeskulturen, dass sie mit ihren rituellen Tänzen etwas bewegen können. Sie sind notwendig, um die natürliche Balance aufrecht zu erhalten, um Regen herbeizurufen, um Krankheiten zu heilen, um die Dinge in Bewegung zu halten. Deshalb sind diese Tänze für sie heilige Tänze. Und im Grunde ist nicht nur die Form des Tanzes bzw. das, was die Tänzer Innen damit verbinden, heilig. Heilig ist vorallem das, was sie damit erzeugen: eine kollektive Energie.«

Diese Energien lassen sich Cinnamons Verständnis nach auch in der heutigen Zeit nutzen: »Zweifellos haben wir keine Tradition derartiger heiliger Tänze mehr. Wir haben keine Tänze, die von einer derartigen Intention oder einem vergleichbaren gemeinschaftlichen Gefühl getragen sind. Was wir haben bzw. wonach wir letztlich streben, ist eine grundlegende Einstellung, die alles durchzieht, wenn wir für unsere Feiern zusammenkommen: Frieden - Liebe -Gemeinschaft - Respekt. Und das ist nicht wenig für einen Anfang, auch wenn es leicht mißbraucht werden kann. Es liegt an uns, ob wir es auch bei unseren Festen dazu kommen lassen oder ob es uns gelingt, kollektive Energien freizusetzen, die zur Heilung der Erde beitragen ...«

Der Krieg gegen Drogen und Parties

Mehrere Vorträge und Workshops auf dem Gathering setzen sich mit dem »War on Drugs« auseinander, der inzwischen auch zu einem Feldzug gegen dasDance-Movement wurde. Der sogenannte »Krieg gegen Drogen«, den die us-amerikanische Regierung ganz offiziell und auch unter dieser treffenden wie auch entlarvenden Bezeichnung führt, hat eine lange Geschichte. In den westlichen Kulturen wurden und werden beständig bestimmte Substanzen als Drogen verboten, wobei der Umstand, dass darunter in einigen Regionen zeitweise auch einmal Alkohol, Tabak und Koffein fielen, eine gewisse Beliebigkeit schnell deutlich macht. Die Verbote der Substanzen bzw. die Verfolgung der ProduzentInnen und der KonsumentInnen hängt dabei keineswegs nur mit einer vermeintlichen oder tatsächlichen schädlichen Wirkung zusammen, sondern war schon immer mit wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen verknüpft.

Nach dem Ende des Kalten Krieges erhielt der Krieg gegen Drogen in den USA eine neue Bedeutung. In Folge des Zerfall der Sowjetunion wurde ein neues Feindbild benötigt und in den Drogen schnell gefunden. Die Konzentration auf das »Drogenproblem« und dessen Bekämpfung lenkt von den eigentlichen inneren gesellschaftlichen Problemen ab, die wiederrum auch entscheidend zum zerstörenden Gebrauch von Drogen beitragen, rechtfertigt gleichzeitig die politische und auch militärische Einflußnahme auf andere Länder, sowie die Repression unliebsamer Minderheiten.

Nicht zuletzt trägt der »War on Drugs« den industriell- miltärischen Komplex mit all den Konzernen, die an jedem Krieg verdienen, egal welche Seite ihn gewinnt. Wie groß der Einfluß dieser Konzerne auf die Regierung und deren Entscheidungen ist, läßt sich nur schwer einschätzen. Die riesigen Spendensummen, die den entsprechenden Kandidaten für ihren Wahlkampf zur Verfügung gestellt werden, oder auch die vergeblichen Bemühungen den Verkauf von Waffen in den USA einzuschränken, lassen die Dimension jedoch vermuten. Letztlich sind es in der Regel jedoch nicht einzelne Konzernchefs und ihre PolitikerInnen, welche die wirtschaftlichen Entwicklungen bestimmten, sondern Prozesse, die sich aus der Dynamik eines Gesellschaftssystems ergeben, das am Profit als höchstes Ziel ausgerichtet ist. Vor diesem Hintergrund wird klar, dass der Krieg gegen die Drogen nicht nur ein Krieg ist, der gar nicht gewonnen werden kann, sondern insbesondere ein Krieg ist, der aus wirtschaftlichen und politischen Gründen auch garnicht gewonnen werden soll.

Die Größenordnung des »War on Drugs« machen einige Statistiken schnell deutlich. Die Vereinigten Staaten haben als vermeintliches Land der Freiheit im Verhältnis zur Bevölkerungszahl weltweit die höchste Zahl anGefängnissinsassen, wobei ein Großteil im Zusammenhang mit Drogen verurteilt wurde. So kam es beispielsweise 1996 zu rund 5 Millionen Verhaftungen auf Grund von Drogendelikten, über 2 Millionen Menschen wurden in Folge wegen Verstößen gegen Drogengesetze verurteilt und inhaftiert. Besonders betroffen ist dabei die afroamerikanische Bevölkerung, was die noch immer in weiten Teilen rassistische Ausrichtung der Rechtsprechung deutlich macht. 1969 flossen von Seiten der damaligen Nixon-Regierung 65 Millionen $ in den Krieg gegen Drogen, 1999 unter Clinton war es die kaum vorstellbar hohe Summe von17,7 Billionen $.

Inzwischen ist auch das Dance-Movement direkt vom Krieg gegen Drogen betroffen. In den letzten Monaten kam es im Zuge der wachsenden Bedeutung des Dance-Movements zu einer von den Medien und einflußreichen Politikern getragenen Kampagne die Techno mit Drogenkonsum gleichsetzt. Zu sehen waren beispielsweise TV-Berichte mit Aufnahmen von bleichen, verkrampft

grinsenden Jugendlichen, unterlegt von Statistiken über Drogenprobleme. [...]

Ein erstes aufseheneregendes und wohl richtungsweisendes Gerichtsverfahren findet in New Orleans statt. Dort sind drei Veranstalter aufgrund von Verstößen gegen Drogengesetze angeklagt. Bemerkenswert ist, dass ihnen selbst kein Verstoß vorgeworfen wird, außer eben der Organisation der Party, auf der einige Gäste Drogen konsumierten. Bei einer Verurteilung drohen ihnen Gefängnisstrafen von bis zu 20 Jahren. Die Dimension eines derartigen Urteils wäre kaum abzusehen. Praktisch würde sich VeranstalterInnen einem immensen Risiko ausssetzen, wenn sie eine Party organisieren, da sie selbstverständlich nicht völlig sicher stellen können, dass keine Drogen konsumiert werden. Auf diesem Wege soll eine inzwischen auch in den USA stark anwachsende Jugendkultur unter Kontrolle gebracht werden.

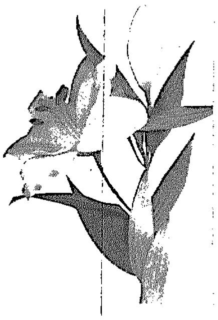
Auf dem Gathering wurden verschiedene Wege vorgestellt dieser Politik entgegenzuschreiten. Übereinstimmend wurde eine weitgehende Freigabe psychoaktiver Substanzen und eine Aufhebung aller repressiven Maßnahmengegen das »Dance-Movement« gefordert. Scott Ehlers von der Campaign for New-Drug Policies stellte einen detaillierten Maßnahmenkatalog vor, der dazu beitragen soll das Image der Techno-Kultur von einer Reduzierung auf Drogen und Kriminalität zu einem Bild einer Jugendkultur zu wandeln, die auf auf Werten wie Gemeinschaft und Gewaltlosigkeit basiert und sich auch über bestimmte Projekte für das Wohl der Gesellschaft einsetzt. DasFuture-Tribe-Project aus Florida stelle seine Kampagne »I rave and I vote« vor, mit der Jugendliche angeregt werden sollen, sich an den Wahlen zubeteiligen und einen Umschwung zu bewirken. Eine Gegenposition liegt in dem Ansatz, den Underground zu stärken und sich dabei auf Strukturen zu konzentrieren, die von staatlichen Institutionen nicht angegriffen werden können. Ganz praktisch informierte später ein Anwalt, welche Rechte gegenüber Polizeikontrollen bestehen, Leute von Rainbow-Gathering berichteten zudem über die Möglichkeiten Public-Land zu nutzen. Mitglieder von Dance Safe, vergleichbar mit Projekten wie Eve & Rave und Alice, und MAPS betonten daneben die Bedeutung einer objektiven Aufklärung über Drogen innerhalb der Techno-Szene und der Notwendigkeit von übergreifenden Forschungsprojekten.

Social- Worker, DJ-Egos und ZEN-Katzen

Mehrfach führten Diskussionen über die Frage nach der Finanzierung alternativer, sozial ausgerichteter Projekte zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Bereich der Sozialarbeit. Übereinstimmung bestand darin, dass eine Ausweitung sozialer Projekte und die entsprechende Bereitstellung öffentlicher Gelder unbedingt nötig ist. Aufgezeigt wurde aber auch immer wieder der innere Konflikt vieler Projekte, die meist hauptsächlich auf Probleme konzentriert sind, diese geradezu suchen bzw. sich darüber rechtfertigen müssen, um von öffentlicher Seite Gelder zu bekommen. Gleichzeitig werden immer nur Symptome angegangen, die eigentlichen Ursachen von Erscheinungen wie Drogenabhängigkeit oder Obdachlosigkeit, die neben individuellen Faktoren zu einem beträchtlichen Teil in einem vor allem auf Profit und Konkurrenz ausgerichtetenGesellschaftssystem liegen, dürfen jedoch nicht aufgezeigt werden. Oftmals setzt die Zensurschere schon im Kopf an, um das Projekt bzw. den eigenen Arbeitsplatz nicht zu gefährden.

Neben der Realität einer notwendigen, allerdings vorrangig problemorientierten Sozialarbeit wurde das Bild des »positive space« gestellt. »Wenn es im weitesten Sinne Räume gibt, in denen sich die Menschen selbstbestimmt und gemeinschaftlich entfalten können, in denen ihnen auch beigebracht wird, sich auch einmal selbstkritisch zu reflektieren,«, so Theo sinngemäß in einer Diskussionsrunde, »dann fallen viele Probleme automatisch weg bzw. sie treten überhaupt nicht auf...«

Ein weiterer Aspekt, der in vielen Diskussionsrunden immer wieder auftrat, ist die Rolle der DJs. Auch bei alternativen Veranstaltungen läßt sich dahingehend nur noch selten der ursprüngliche Anspruch der Techno-Kultur aufrecht erhalten, der neben einer Abkehr von kommerziellen Strukturen auch eine Abkehr von jeglichem Starkult beinhaltete. Der DJ stand in seiner Wichtigkeit ursprünglich auf einer Ebene neben den TänzerInnen auf derTanzfläche oder den Leuten aus der Deko-Gruppe. Die Rollen waren sogar austauschbar bzw. sie sollten bewußt austauschbar sein, im Mittelpunkt stand das gemeinsame Feiern als ein Ausdruck eines anderen Lebensweges. Von wenigen Ansätzen abgesehen sind diese Zeiten jedoch vorbei. Längst haben die DJs die Rolle eingenommen, die über Jahrzehnte hinweg der Lead-Singer einer Rockband hatte. Mit der steigenden Popularität einzelner DJs ist in vielen Projekten die Frage der Kommerzialisierung und des Selbstverständnisses der DJs verbunden. Nachdem es anfangs noch ein Vergnügen und eine Ehre war auf einer Party aufzulegen, sprechen viele DJs dann irgendwann von »arbeiten« oder oftmals auch mit einer gewissen Überheblichkeit demonstrativ von »Ich wurde nach XY gebucht«. Kritisiert wurde zudem die scheinbar unkritische Auswahl der Auftrittsorte von Seiten vieler alternativer DJs. Dabei wurde jedoch deutlich, dass die DJs keineswegs zwangsläufig ihre ursprünglichen Ideale plötzlich verraten haben und »kommerziell« geworden sind, vielmehr setzt eine nur schwer steuerbare Eigendynamik ein. Um sich noch mehr auf die Musik konzentrieren zu können, geben viele DJs ab einem gewissen Erfolgsgrad ihre alten Jobs auf, geraten dann aber in eine Abhängigkeit von Auftritten um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können.



Ein anderes Diskussionsthema war das »im Moment sein«. Mishou sprach davon, dass Katzen die wahren buddhistischen Zen-Meister sind, indem sie alles ausblenden können und tatsächlich den Moment leben. Während sie in einer sonnigen Ecke behaglich dösen, leben sie Zen ohne eine Vorstellung davon zuhaben. »Wie oft befinden wir uns dagegen in Situationen, die einfach an unsvorbeirauschen, die im Rückblick wie ein Augenblick erscheinen, weil wir unsnicht bewußt auf sie konzentrieren?«

Ein Anhalten, ein bewußtes Wahrnehmen des Momentes bzw. der entsprechenden Situation wirkt dem entgegen. Ein Ansatz kann bei geschlossenen Augen eine bewußte Konzentration auf die Geräusche sein, die uns umgeben, und davon ausgehend auf das, was gerade passiert. Dies bedeutet keineswegs ein Rückzug in die esoterische Innerlichkeit, so die durchgängige Einschätzung der Runde, sondern vielmehr über ein Bewußt- Sein im eigentlichen Sinne des-

Wortes, der Ausgangspunkt für ein Wahrnehmen von dem, was uns umgibt und für ein entsprechendes Handeln, auch in einem gesellschaftlichen Sinne.

The Next Step – Gemeinschaftlich Leben

Der zweite Konferenz-Tag war der Frage nach den Möglichkeiten gemeinschaftlichen Zusammenlebens gewidmet. An mehreren Punkten war zuvor die Frage nach dem »nächsten Schritt« aufgetaucht. Einige Gruppen, die mit ihren Projekten gewisse Erfolge und eine Kontinuität erreicht haben, berichteten von der Diskussion über eine tiefergehende Weiterführung, die sich stärker auf die Gruppe als Gemeinschaft bezieht. Das Spektrum reicht dabei von Wohngemeinschaften über kommuneartige Projekte bis zu Kulturzentren.



Auf großes Interesse stieß das Projekt einer Gruppe aus Vancouver. In den letzten Jahren organisierte dort das Mycorrhiza Collective verschiedene Parties, um mit dem Gewinn ein Landstück in Elaho Valley zu kaufen. Damit soll ein Beitrag zur Rettung des verbliebenen Regenwaldes in Kanada geleistet werden, der weiterhin in weiten Teilen von der Abholzung bedroht ist. Chris Hill vom Mycorrhiza Collective erklärte in diesem Zusammenhang die tiefere Bedeutung des Projekt-Namens: »In den Regenwäldern leben die Bäume in einer symbioten Assoziation mit einer Vielzahl von Bodenpilzenzusammen, die als Mykorrhiza bezeichnet wird. Die Pilze umgeben die Wurzeln der Bäume, sie leben von ihnen und schützen sie gleichzeitig. Dadurch entsteht ein energetische Netzwerk im Untergrund des Waldes. Diese Symbolik wollen wir auf unsere Aktivitäten übertragen: 'Creating an underground energy network that sustains the forest'«

Das Gelände soll zur Basis eines Gemeinschaftsprojektes werden: »Wir sindgerade dabei ein Camp in Elaho Valley aufzubauen. Es soll zum einen dazu dienen, die Aufmerksamkeit auf die Zerstörung dieses so wichtigen Regenwaldes und die Folgen zu richten. Zum anderen wollen wir von diesem Camp ausgehend ein Öko-Dorf errichten, das langfristig unabhängig bestehen kann und sich über Anbau von Nahrungsmitteln und eine eigene Energieversorgung selbst trägt. Langfristig setzen wir dabei auf Hanf als Rohstoff.[...]

Im Anschluß sprach Sean Siple über die Erfahrungen der Farm, einer Großkommune in Tennessee, der derzeit rund 200 Personen angehören. Im Sinne eines Öko-Dorfes basiert sie auf ökologischen und basisdemokratischen bzw. gemeinschaftlichen Prinzipien. Die Farm wurde 1971 im Anschluß an die Hippie-Ära gegründet, zu einem Zeitpunkt als ebenfalls die Frage nach dem nächsten Schritt gestellt wurde und teilweise mit dem Aufbau von kommuneartigen Gemeinschaften beantwortet wurde. Die meisten dieser Projekte scheiterten schon nach wenigen Jahren am Druck durch die umgebende Gesellschaft, sowie an ungelösten inneren Widersprüchen und zwischenmenschlichen Problemen. Klar wurde dabei immer wieder, dass es nicht ausreicht, sich in eine vermeintliche Idylle zurückzuziehen.

Notwendig ist dagegen ein Verständnis, das die Wechselbeziehungen zwischen der äußeren Gesellschaft und dem Leben in dem entsprechenden Projekt ausreichend berücksichtigt. Notwendig ist zudem eine ständige Auseinandersetzung mit den Prozessen innerhalb des Projektes bzw. mit der eigenen Persönlichkeit, so kräftezerrend sie auch sein mag. Denn genausowenig wie wir zu einem anderen Menschen werden, wenn wir auf eine idealistische Party gehen, auch wenn wir vielleicht viele Alltagsbelastungen zurücklassen, so wenig wandelt sich eine Person von einem auf den anderen Tag wenn sie sich einer Kommune anschließt. Das Überwinden von egoistischen Verhaltensstrukturen ist ein ebenso langer Prozeß wie die Auseinandersetzung mit Konkurrenzdenken oder sexistischen Handeln. Aufbrechen lassen sich diese Strukturen nur, wenn sie ständig hinterfragt und angegangen werden, so beispielsweise in angeleiteten Gesprächsrunden in denen offen über die Entwicklungen der Gruppe bzw. der einzelnen Personen gesprochen wird.[...]

Der zweite Teil der Ansprache von Sean war von einem Appell an die TeilnehmerInnen des Gatherings geprägt, sich ihrer Verantwortung für die Zukunft des Planeten Erde bewußt zu sein und diese auch weitergehend auszufüllen: »Ihr habt eine Aufgabe, eine Mission. Vielleicht seid ihr die letzte Generation, die noch etwas verändern kann, danach mag es schon zu spät sein, um die ökologische Katastrophe aufzuhalten. Ich habe hier auf dem Gathering von beeindruckenden Projekten gehört, habe mit wunderbaren Menschen gesprochen... Verbreitet Eure Ideen weiter, lebt sie, teilt Eure Erfahrungen, tragt Eure Liebe weiter, liebt... Es liegt an Euch, doch ich-spreche nicht von Euren Recht oder von einer Verpflichtung, es ist Eure Entscheidung die ihr treffen müßt!«

Verbindende Rituale

Mehrere gruppendynamische Übungen auf dem Gathering hatten zum Ziel, zwischenmenschliche Barrieren abzubauen und Prozesse innerhalb von Gruppendeutlich zum machen. [...] Gerade die Verbindung von theoretischen Informationen, leidenschaftlichen Diskussionen und auch körperlich-emotionaler Nähe machte die Stärke des Gatherings aus. Von Anfang an war eine Atmosphäre der Offenheit prägend. Es war problemlos möglich, eine Person anzusprechen und mit ihr über Ideale und Ideen wie auch über persönliche Erfahrungen zu sprechen. Zudem vermittelte die Vielfalt der Tribes und ihrer zum Teil wegweisenden Projekte ein Gefühlder Hoffnung in einer ansonsten in Anbetracht der politischen und ökologischen Entwicklungen meist äußerst deprimierenden Welt. Nicht zuletzt entwickelte sich insbesondere über die gruppendynamischen Übungen und dieRituale eine gefühlsmäßige Nähe die ansonsten im Alltag kaum einmal erfahrenwerden kann. Zum Teil ging diese Nähe so tief, dass einzelne Personen anfingen zu weinen oder sich zeitweise zurückzogen, da sie diese Intensität nicht ertragen konnten. So nahmen die TeilnehmerInnen über die inhaltliche Ebene hinaus vor allem ein Gefühl mit, ein Gefühl der Möglichkeit und der Notwendigkeit einer grundlegenden Veränderung. [...]DieSterne sind erreichbar, aber nur wenn wir es wirklich wollen...

Wolfgang Sterneck

cybertribe@sterneck.net

Kurzes Kurzes Kurzes Kurzes

25. BUKO findet im kommenden Mai in Frankfurt/M. statt

Der 1977 in München gegründete Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) ist ein Zusammenschluss von z.Zt. ca. 170 Dritte-Welt-Gruppen und internationalistischen Basisinitiativen sowie einigen Einzelpersonen in der Bundesrepublik. Das Anliegen des BUKO ist es, die oft isoliert voneinander arbeitenden Gruppen der Solidaritätsbewegung, die verschiedenen Arbeitsschwerpunkte, Kampagnen und Aktionen miteinander zu vernetzen und damit ihre politische Durchsetzungskraft zu erhöhen (weiteres unter: http://www.epo.de/buko). Während sich in den letzten Jahren viele internationalistisch arbeitenden Gruppen der Lobbyisierung verschrieben haben, setzt der BUKO weiter auf die sozialen Bewegungen als politischen Bezugspunkt. Ein basisdemokratisches Selbstverständnis ist für ihn wesentlich. Die Fragen nach Handlungsperspektiven gegen globalen Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat stehen im Zentrum der BUKO-Aktivitäten. Der Bundeskongress ist immer ein Ort gewesen, an dem gemeinsame politische Positionen formuliert und nach außen getragen, mitunter sogar gemeinsame Kampagnen gestartet wurden. Während in den Jahren 1993 - 1996 die grundlegende Kritik des überkommenen Entwicklungsdenkens im Mittelpunkt der Kongresse stand (insbesondere im Rahmen der "Nachhaltigkeits"-Debatte), spielt der politische Praxisbezug seit dem BUKO21 (Paderborn 1997) wieder eine stärkere Rolle. Auf dem BUKO23 2000 in Berlin zum Thema WTO und soziale Bewegungen stand die Auseinandersetzung mit Positionen und Personen aus dem NGO-Spektrum im Mittelpunkt mit der Absicht, sich über divergierende Politikverständnisse und -strategien zu verständigen und ggf. kontrovers zu diskutieren

Der 25. Kongress stellt inhaltlich und organisatorisch eine Zäsur in der bisherigen Arbeit dar. Er wird unter dem Dach des BUKO als BUKO 25 stattfinden, aber getragen und konzeptioniert werden von einem breiteren Zusammenschluss politischer Gruppen, die Teil einer Bestimmung eines linken Internationalismus sind. Dabei soll es nicht vorrangig um eine Selbstdarstellung der Verbands-Geschichte und ihrer (retrospektiv betrachteten) Ausgangs- und Wendepunkte gehen, sondern um eine vergleichende Debatte von 'altem' und 'neuem' Internationalismus. Die ,alte' Internationalismusbewegung der 60er bis in die 80er Jahre, ihre Grenzen und Krisen, ist in den letzten Jahren umfassend analysiert worden und soll weiter nicht bejammert werden. Gleichzeitig sind in den letzten Jahren auf unterschiedlichen politischen Feldern Gruppen und Bewegungen entstanden, die mitunter nicht mehr eindeutig als linke oder nicht-linke zu begreifen sind - bei allen Schwierigkeiten, die diese Sortierung auch früher mit sich brachte. Zudem haben sich auch die Politikfelder geändert, die Teil einer internationalistisch orientierten emanzipativen Politik sind (z.B. Antirassismus anstatt Länder- oder Befreiungsbewegungssolidarität). Derzeit besteht offenbar ein starkes Bedürfnis, die im Zuge der gegenwärtigen Strukturveränderungen kapitalistischer Gesellschaften (Stichwort Globalisierung; aber nach den Anschlägen am 11.September wieder verstärkt die militärischen Aspekte der Neuen Welt-(Un-)Ordnung) sich verändernden oder neu entstehenden Praxen kennen zu lernen und zu diskutieren. Dies beschränkt sich gerade nicht auf die öffentlich recht prominente "Anti-Globalisierungs-Bewegung", sondern ist auch im gewerkschaftlichen, sozialpolitischen, Flüchtlingsbereich etc. offenkundig.

Der BUKO möchte die in diesen Gebieten arbeitenden Gruppen zusammenführen, um eine Diskussion darüber zu führen, an welchen Punkten internationalistische Politik heute ansetzen kann. Diese Vorbereitung hat bereits begonnen - Interessierte aus unterschiedlichsten Gruppen werden gemeinsam an der Konzeption für den Kongress arbeiten, den Kongress organisatorisch mit tragen und zu ihm aufrufen.Dafür gibt es einen bundesweiten und einen Rhein-Main-weiten Vorbereitungsprozeß: Vorbereitungstreffen im Frankfurter Dritte-Welt-Haus statt (Falkstr. 74; Bockenheim) InteressentInnen sind herzlich eingeladen!

Für weitere Infos: Ulrich Brand; BUKO und Dritte-Welt-Haus Frankfurt/M. (ulibrand@gmx.de)

Neue Mailingliste der FAUB

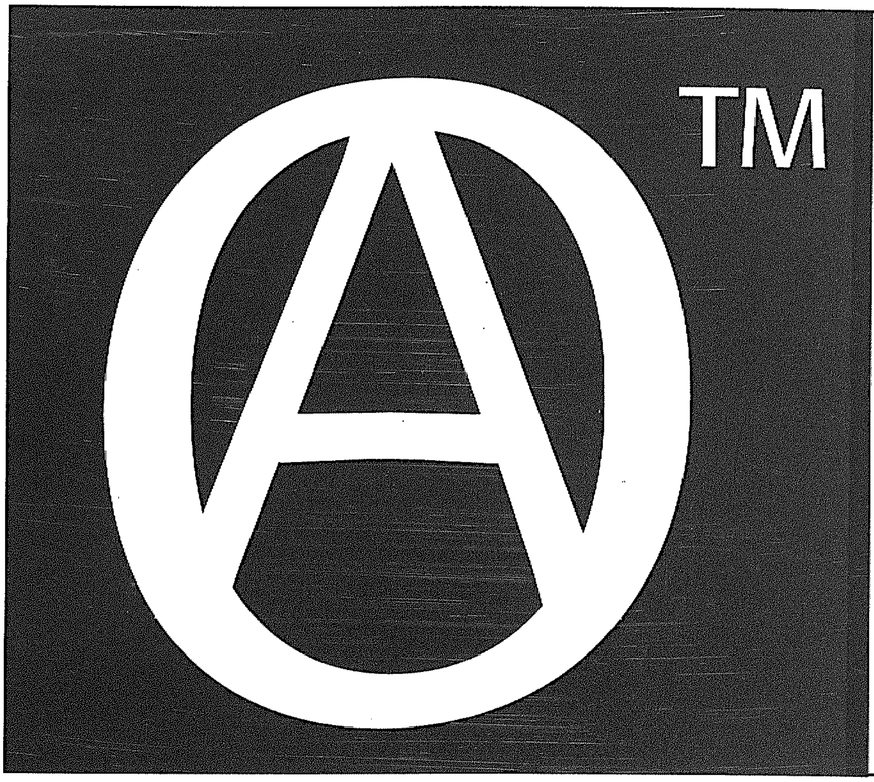
Um die hiesigen Folgen des 11. September zu diskutieren und Ansätze für Gegenwehr zu entwickeln, haben wir eine Mailingliste eingerichtet.Eintragen per leerer Mail an:hypnopaedia-subscribe@list.free.de

FAUB

Fermin Rocker Bilderausstellung in Berlin

Der Maler Fermin Rocker wurde 1908 als Sohn des Mainzer Anarchisten Rudolf Rocker und der ukrainischen Anarchistin Milly Witkop im Londoner East End geboren. In der 1920er Jahren lebte er in Berlin, wanderte 1927 nach den USA aus und kehrte in den 1970er Jahren nach London zurück. Dort lebt und arbeitet er noch heute. Im Januar 2002 zeigt die Rosa Luxemburg Stiftung in Berlin eine Reihe seiner Werke. Nähere Informationen dazu gibt es ab Dezember 2001 auf der Webseite der Stiftung

www.rosaluxemburgstiftung.de. Informationen über Fermin Rocker und seine Bilder gibt es auf seiner Webseite http://www.ealsaap.demon.co.uk/ferminlife.htm sowie in seiner Autobiographie "East End", die 1993 in der Bibliothek Thélème erschien. (Das englische Original wurde 1998 von Freedom Press in London unter dem Titel "The East End Years" herausgegeben).



Der Künstl
Joep va
in

Leicht zu finden ist es nicht: das Atelier des holländischen Künstlers

Joep van Lieshout, kurz »AVL« genannt. Mitten im Rotterdamer Hafen, am Ende eines langen Piers, kann man sein Kollektiv schliesslich entdecken, das doch weit mehr als Kunst sein will: AVL-Ville feierte Ende April offizielle Staatsgründung. Kleine Holzhäuschen auf Pfählen stehen herum, typisch holländische Fischerkaten, davor Container, deren Fassaden teilweise übergrosse Kunststofffiguren zieren. Am Eingang rosten ausrangierte Rennautos (van Lieshout ist ein passionierter Rennfahrer), die statt mit Polster mit Stroh angefüllt sind, so dass Hühner darin nisten können. Doch damit auch schon genug an Kommunarden-Chaos. Über eine Eisentreppe gelangt man in das Anmeldungsbüro, in dem geschäftsmässig die Telefone klingeln und die Computer flimmern und den Besucher Lieshouts Managerin Petra Ligtenberg mit Kaffee begrüsst.

Als Erstes zeigt sie Besuchern die riesige Fabrikhalle aus der Gründerzeit, das Herzstück der Gemeinschaft. Täglich, so schätzt sie, arbeiten hier 30 bis 35 Leute zusammen, die jeden Morgen mit der Kutsche oder dem Traktor angekarrt werden. Die meisten von ihnen sind gelernte Tischler, Designer oder Künstler, mehr Männer als Frauen, im Alter zwischen 20 und 40. Und während die obere Fabriketage samt Empore – ähnlich Andy Warhols Factory – für eigene Projekteund Ausstellungen reserviert ist, schuftet die Gemeinde im unteren Bereich für das Lebensnotwendige.

Tatsächlich fühlt man sich eher wie in einem Betrieb als wie in einer Anarchie, wenn einen Ligtenberg so durch das Erdgeschoss führt, in dem es hämmert und die Funken sprühen – je nach Auftragslage. Das Spektrum reicht weit: von der Kompost-Toilette, mit der man Kot sammeln kann, um ihn als Dünger wiederzuverwenden, über Möbelanfertigungen nach Mass bis hin zur schwimmenden Abtreibungsklinik »A-Portable« aus Presspappe und Polyester.

Stolz betont Staatsgründer van Lieshout, dass das gynäkologisch ausgerüstete Boot auf Geheiss der Organisation »Women on Waves« gebaut wurde. Gerade ankert »A-Portable« vor Irland, um schwangere Frauen aufzunehmen und zu behandeln, weil ihnen auf internationalem Gewässer keine Strafverfolgung droht. Der gute Zweck aber steht in AVL-Ville nicht immer im Vordergrund. Man gibt sich pragmatisch. Und nutzt – ganz kapitalistisch – jede Gelegenheit zum Geldverdienen. Zur Einweihungsfeier organisierte man Kutschenfahrten für Touristen, regelmässig bietet man kommerzielle Kurse im Schweissen und Tischlern an. Und Joep van Lieshout, der schon mit so berühmten Architekten wie Pritzker-Preis-Träger Rem Koolhaas kooperiert hat, plant neuerdings auch Selbsterfahrungstrips für gestresste Manager. »Die müssen bei uns dann die Werkstatt mit Farbe anstreichen«, stellt er sich vor. »Viel praktische Arbeit,viel körperliche Anstrengung.« Zudem ist der findige AVL-Chef just dabei, einen Sexroboter zu entwickeln, der die Geschlechter gleichermassen beglücken und sogar zum Oralsex geeignet sein soll. »Die Sachen, die jetzt auf dem Markt sind, sind einfache Vibratoren, die es nicht bringen«, freut er sich. Denn er weiss: »Die Lustbefriedigung von Behinderten ist in der Medizin ein gutes Geschäft.«

Im Zuge der allgemeinen Entpolitisierung spart sich der 37-jährige Kunstpirat jede ideologische Geste. Und beurteilt die politische Ausrichtung seines Staates entsprechend flexibel. »Was wir hier machen, ist eine Mischung aus Kapitalismus, Anarchismus und Kommunismus!«, feixt van Lieshout und verwahrt sich strikt gegen das Etikett, eine Kommune zu sein. »Ich würde uns niemals so nennen«, schnaubt er. »Ich habe mir ein paar Kommunen angeschaut und denke, das funktioniert nicht. Die sagen ‹Geld ist etwas Schlechtes!› Aber wir sagen: ‹Geld ist etwas Gutes!›« So

rstaat von n Lieshout Rotterdam

einfach ist das. Und darum hegt der Holländer mit Mission auch gar keine Skrupel, seinen Staat als »Kunstaktion« zu bezeichnen, um Kulturförderung sowohl aus Den Haag als auch aus Rotterdam einstreichen zu können. Der Zweck zur Selbstversorgung, lautet die Devise, heiligt die Mittel. Immerhin verschlingt sein Containerdorf voraussichtlich 800.000 Gulden pro Jahr, Bezahlung der Staatsangehörigen inklusive. Die liegt kaum höher als der holländische Sozialhilfebetrag und staffelt sich danach, »wie viel und an was jemand arbeitet«, erklärt Managerin Ligtenberg. Den Einwand einer »Hierarchie« lässt jedoch weder sie noch der Gründervater gelten. »Ich bilde mit ein paar anderen zwar schon so eine Art Vorstand«, räumt van Lieshout ein, »aber ich habe keine Macht. Ich meine, ich bin Künstler, nicht der Bürgermeister!« Bloss keine tiefschürfenden, politischen Debatten, bitte. Was natürlich nicht verhehlen kann, dass mit dem Initiator in AVL-Ville alles steht und fällt. Es sind van Lieshouts Kontakte, die seinem Projekt öffentliche Aufmerksamkeit garantieren. Es sind seine Entwürfe, nach denen die eigenen Geldscheine gedruckt wurden. Und es war seine Idee,einen Juristen mit der Ausarbeitung einer Staatsverfassung zu beauftragen. Zwölf Regeln sind darin festgehalten, in denen die Formulierung »absolute Freiheit« ziemlich oft vorkommt. Vom Recht auf »absolute Meinungsfreiheit« ist die Rede, vom Recht auf »absolut freie Kunst«, vom Recht auf die »absolute Unantastbarkeit« – und (Paragraph 11) von der Verpflichtung, »alle Konflikte sofort untereinander zu lösen«. Das klingt ebenso vage wie visionär und erinnert zumindest auf dem Papier tröstlich an die Utopien der sechziger/siebziger Jahre, von denen man draussen auf dem Gelände nichts mehr spürt. Die hehr beschworene Freiheit entpuppt sich im AVL-Alltag als denkbar schnöde. Es ist die Freiheit, sich sein Haus selbst zu bauen, sich sein Brennholz selbst zu suchen, sich seine Tiere auf einer Farm selbst zu halten, ihr Fleisch selbst zu schlachten – und es in der staatseigenen Gulaschkanone letztlich selbst zu kochen.

Und spätestens nach Feierabend wird klar, dass die Kategorie »Staat« in der Variante des Egomanen van Lieshout auf das Format einer Rote-Zora-Abenteuer-Freizeit geschrumpft ist. Dann nämlich fahren die allermeisten seiner Anhänger brav nach Hause und übernachten in ihren alten Wohnungen, obwohl das Ideal eigentlich vorsieht, dass jeder sich im Hafen häuslich einrichten soll. So gesehen unterscheiden sich die Rotterdamer Pseudo-Anarchos nur rein qualitativ von den Mitgliedern eines Kegelvereins: Letztere gehen zum Kegeln, Erstere für ein paar Stunden zum Rebellieren. Und weil Rebellen nun mal Waffen tragen, steht neben der Fabrikhalle ein Labor, in dem man alle nötigen Zutaten und Anleitungen findet, um Bomben zu basteln. Van Lieshout geniesst es, die Behörden zu provozieren. Und seine Lieblingsrolle ist der Räuberhauptmann. Auf Werbefotos hat er sein Hemd bauchnabellang aufgeknöpft, trägt Sonnenbrille und ein Maschinengewehr im Anschlag. Süffisant lässt er dazu verlauten: »Man kann nicht sicher sein, ob wir unsere Waffen nicht irgendwann nutzen werden!«

Gisa Funck

Impressum:

Redaktions- & ABOadresse:

Schwarzer Faden, PF 1159
D-71117 Grafenau
Tel. 07033-44273, Fax 07033-45264
e-mail: schwarzerfaden@gmx.de

Einzelpreis: 8.-DM
ABO (4 Nrn.): 30.-DM
Kontoverbindung:
Postgiro Stuttgart: Kto. W. Haug,
Ktonr. 57463-703, BLZ 600 100 70
Erscheinungsweise: 4 x jährlich
Auflage: 2500
Herausgeber:
Trotzdem-Verlag/W. Haug, Grafenau
ISSN: 0722-8988, ZIS-Nr. 701

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung des Herausgebers oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

Verlag, Satz & Vertrieb:
Trotzdem-Verlag, Grafenau
Das Redaktionskollektiv entscheidet über Inhalt und Form der Zeitschrift. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Der Abdruck erfolgt honorarfrei. Anti-copyright: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.

Redaktion dieser Ausgabe:
Wolfgang Haug, Jan Jacob Hofmann, Andreas Ries, Harald Romacker, Herby Sachs (V.i.S.d.P.).

Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, Internationalismus, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und einer Kultur- und Medienkritik von unten. Eingesandte Artikel, Photos, Graphiken etc. sind erwünscht!

Technologie: Wir wünschen uns die Artikel per Datenträger. Am besten im Textverarbeitungsprogramm Word, als txt-Datei auf MAC-Basis, mcw-Datei auf DOS-Basis, als rtf-Datei oder als e-mail: schwarzerfaden@gmx.de

Auslieferung an den Buchhandel:
BRD: Trotzdem-Verlag, Grafenau
Österreich: Anarchistische Buchh., Wien
Schweiz: Anares, Bern

Anzeigenpreise (zzgl. 16% MWST):

Kleinanzeige:	40.– DM
halbe Spalte (5,4x 13,5cm):	150.– DM
ganze Spalte (5,4x27 cm):	300.– DM
1/4-Seite (8,5x 13 cm):	250.– DM
1/2-A-4-Seite:	450.– DM
1 A-4-Seite:	1000.– DM
Beilagen	400.– DM

Dauerkunden erhalten 30% Rabatt!

Anzeigen, wenn es möglich als digitale Vorlagen. Am liebsten als EPS- (Text in Kurven konvertiert), PDF- (druckfähig!), oder TIFF-Dateien.

Anarchosyndikali Sexualrefo in der Weimarer Republik

Written for the workshop 'Free Love and the Labour Movement' Second workshop in the series 'Socialism and Sexuality', International Institute of Social History, Amsterdam, 6 October 2000, International Institute of Social History, Amsterdam, 2000

»Alle Arbeiterorganisationen beschäftigen sich fast ausschließlich mit wirtschaftlichen und politischen Fragen. Die Geschlechtsfrage wird sowohl von Parteien als Gewerkschaften als nebensächlich, als überflüssig angesehen. Es gab eine Zeit, da es als unanständig galt, in der Öffentlichkeit über geschlechtliche Probleme zu sprechen. Und dennoch ist es ebenso wichtig, das Sexualproblem ohne jede Scheu zu behandeln wie das Hungerproblem. Denn Hunger und Liebe sind die beiden Pole, um die sich das ganze menschliche Leben und Treiben dreht. Beide Probleme sind so eng miteinander verwachsen, daß man kaum eines behandeln kann, ohne in das Gebiet des anderen einzugreifen.«

Mit diesen Sätzen leitete der deutsche Anarchosyndikalist Max Winkler im Jahre 1925 die Broschüre Das Geburtenproblem und die Verhütung der Schwangerschaft ein, in der konkret und detailliert über die damals gängigen Methoden der Empfängnisverhütung informiert wurde. Winklers programmatische Forderungen wurden in der Freien Arbeiter Union Deutschlands (FAUD) ernst genommen. In der FAUD galt der Grundsatz, daß die »Geschlechtsfrage (...) keine Privatsache« sei, sondern »in die Öffentlichkeit und in alle Arbeiterorganisationen« gehöre.[2] Dies zeigen nicht nur die vielen Beiträge zu den verschiedensten Aspekten der Sexualität in den Publikationen der FAUD, sondern auch und vor allem das große Engagement vieler AnarchosyndikalistInnen in den Laienorganisationen für Sexualreform, die sich in den 20er Jahren zu Massenorganisationen mit über 150 000 Mitgliedern entwickelten.

Im Unterschied zu den meisten anderen Verbänden in Europa und den USA wurde die Sexualreformbewegung in Deutschland in erster Linie von diesen Laienorganisationen getragen und nicht von Ärzten, Intellektuellen oder Fachleuten aus der Mittelschicht.

Die Geschichte dieser Laienorganisationen ist bislang noch nicht gründlich erforscht worden. Hartmud Rübner hat nachgewiesen, daß die FAUD einen maßgeblichen Einfluß auf die Gründung bzw. Politik eine der bedeutendsten Laienorganisationen, des ›Reichsverband für Geburtenregelung und Sexualhygiene‹ (RV) hatte. Im folgenden werde ich die sexualpolitischen Aktivitäten der deutschen Anarchosyndikalisten und deren Engagement in der Sexualreformbewegung skizzieren. Daß in der Weimarer Republik »gerade der Syndikalismus zu einem wesentlichen Vertreter der theoretischen und praktischen Geburteneinschränkung im Proletariat« wurde, führt Ulrich Linse auf die lebhafte Resonanz zurück, die die ›Gebärstreikidee‹ in anarchistisch-syndikalistischen Kreisen gefunden hatte. Im Jahre 1913 propagierten die Berliner sozialdemokratischen Ärzte Alfred Bernstein und Julius Moses den ›Gebärstreik‹ als eine ›Waffe des Proletariats‹. Diese Parole wurde von Arbeiterfrauen begeistert aufgenommen, nicht aber vom Parteivorstand der SPD und prominenten Sozialdemokratinnen wie Clara Zetkin und Rosa Luxemburg. Nach deren Meinung waren Abtreibung und Empfängnisverhütung ›Privatsache‹ und gehörten ins Sprechzimmer des Arztes bzw. Schlafzimmer des Ehepaares. Auf Wunsch der syndikalistischen Organisation, der Freien Vereinigung deutscher GewerkschaftenA (FVDG) verfaßte Bernstein die Broschüre Wie fördern wir den kulturellen Rückgang der Geburten?, die im September 1913 im Verlag der FVDG erschien. Vermutlich auch wegen der darin enthaltenen praktischen Verhütungshinweise fand die Broschüre einen große Absatz; bis Mai 1914 wurden 31 000 Exemplare vertrieben.

Die Gebärstreikpropaganda – verstanden als bewußte Geburtenregelung – wurde nach dem Kriege vor allem von dem 1920 gegründeten Syndikalistischen Frauenbundes (SFB) wieder aufgenommen. »Die Geschlechtsfrage« heißt es in einem programmatischen Artikel von Milly Witkop-Rocker, sei die »wichtigste Frage«, die vom SFB behandelt werden müß-

smus und rmbewegung

von Dieter Nelles

te. Denn »die geistige Höherentwicklung der Frau« sei »nicht möglich ohne die Befreiung von der Sklaverei des Gebärens«. Die Propaganda für Geburtenregelung fand bei Arbeiterfrauen offensichtlich eine relativ große Resonanz. Denn öffentliche Veranstaltungen zu ›Gebärstreik‹ waren sehr gut besucht 11 und einige Ortsgruppen des SFB wurden im Anschluß an solche Veranstaltungen Veranstaltungen überhaupt erst gegründet. Ein oberschlesischer Anarchosyndikalist bemerkte dazu kritisch: »Viele Frauen gehen in den Frauenbund nur, um über gewisse Fragen der Geburtenverhütung Aufklärung zu erhalten. Ist das erledigt, treten sie wieder aus.«

Die FAUD und der SFB setzten sich kontinuierlich auf öffentlichen Veranstaltungen für die Abschaffung des sogenannten ›Sittlichkeits und Unzuchtsparagraphen‹ 184.3, der die Werbung für Verhütungsmittel unter Strafe stellte, und des Abtreibungsparagrahen 218 ein. Auf diesen Veranstaltungen referierten oft auchÄrzte, Juristen und Schriftsteller. Besonders enge Beziehungen bestanden zu dem dem neomalthusianischen Sexualreformer Dr. Felix A. Theilhaber, der 1913 die Gesellschaft für Sexual-Reform (Gesex) gegründet hatte. Seit 1925 gab Theil-haber im Verlag ›Der Syndikalist‹ die Schriftenreihe Beiträge zum Sexualproblem heraus, in der insgesamt 19 Broschüren erschienen. In diesem Kontext ist das Engagement vieler Anarchosyndikalisten in den Laienorganisationen zu verstehen, die Anfang der 20er Jahre in vielen Orten Deutschlands entstanden. In vielen Fällen wurden diese Organisationen von Verhütungsmittelproduzenten gegründet, deren geschäftliches Interesse an den Laienorganisationen in den restriktiven Konsequenzen des Paragraphen 184.3 begründet lag. Denn im Rahmen sogenannter »geschlossener Veranstaltungen« war dieser Paragraph zumindest theoretisch nicht anwendbar. Diese kommerziellen Interessen der Geschäftsleute verbanden sich mit den Interessen ihrer Klientel aus Arbeiterkreisen nach preiswerten Verhütungsmitteln. Atina Gross-mann spricht deshalb von einer »lively marriage of commerce and politics«.

Nach 1923/24 verloren die Geschäftsleute immer mehr an Einfluß und es ent-standen unabhängige Laienorganisationen für Geburtenkontrolle. Von Mitgliedern der FAUD wurde 1923 der ›Verein für Sexualhygiene und Lebensreform‹ (VSL), der seinen Sitz in Chemnitz hatte und dessen Tätigkeit sich auf Bayern, Sachsen, und Thüringenerstreckte, gegründet. Die Polizeibehörden bezeichneten ihn 1925 als einen »den Syndikalisten nahestehenden und sich hauptsächlich aus deren Kreisen rekrutierenden Verein«. Aus dem Zusammenschluß des VSL mit anderen Laienorganisation entstand im Jahre 1928 der schon erwähnte RV. Zum Vorsitzenden wurde der Nürnberger FAUD-Funktionär Franz Gampe gewählt. Im Jahre 1930 zählte der RV 15526 Mitglieder in 192 Ortsgruppen und hatte seine Tätigkeit auf Berlin-Brandenburg, Bremen, Hamburg, Württemberg und Niederschlesien ausgedehnt. Daneben hatten sich eine Anzahl regionaler Verbände sowie die Gesex als eigenständige Bezirke dem RV angeschlossen. In Berlin, Bremen, Delmenhorst und Sömmerda waren Funktionäre der FAUD an führender Stelle im RV tätig. Auch in anderen Regionen Deutschlands ist das Engagement von Anarchisten und AnarchosyndikalistInnen in den Laienverbänden belegt. Im Rheinland waren waren Anar-chisten und Anarchosyndikalisten in der ›Arbeitsgemeinschaft Freier Sexual-Reformer-Vereine‹ an führender Stelle tätig. Eine systematische Erforschung der Laienorganisationen würde mit Sicherheit noch viele weitere Belege für das große Engagement der Anarchosyndikalisten ergeben. Daß es der FAUD gelang eine »derart wichtige Initalfunktion in einer ent-stehenden Massenbewegung« ist nur dadurch zu erklären, daß sie der »Geschlechtsfrage« eine so große Bedeutung zumaß und ihr Engagement in denLaienorganisationen nicht wie die KPD als taktisches Organisationsinstrument benutzten. Im Gegenteil betonte Franz Gampe 1928 im Syndikalist, daß der RV »parteipolitisch, gewerkschaftlich und religiös streng neutral« sei. Daß sich Gampe und andere Anarchosyndikalisten, die in der Sexualhygiene, der Zeitschrift des RV, regelmäßig Artikel publizierten, an diesen Grundsatz hielten, hat vermutlich zu der Einschätzung beigetragen, im RV hätten sich »vornehmlich Neomalthusianer und Sozialisten« versammelt bzw. sei politisch der SPD zugeneigt gewe-sen. Letzteres

»Auch wir Proletarier sollten wissen, daß die Freiheit des Menschen auch in sexueller Beziehung gilt. Man kann häufig beobachten, daß der Mann auf Grund seiner Vormachtstellung die Frau zwingt, sich unterzuordnen, obwohl er weiß, daß ihre Liebe andere Wege geht. Diese Handlungsweise ist ebenso gemein wie die eines Wüstlings, der ein wehrloses Mädchen vergewaltigt. Diese Gier nach dem alleinigen Besitz einer Frau ist barbarisch und ein schreiender Gegensatz zu der so viel gerühmten Gleichberechtigung der Frau.«

traf vielleicht auf einen großen Teil der Ärzte zu, die mit dem RV kooperierten , nicht aber auf die Funktionäre. Die Ziele der Laienorganisationen faßte das Mitglied der Gesex und Leiter einer Sexualberatungsstelle des RV Hans Lehfeldt 1932 folgendermaßen zusammen: »Vorzugsweise sexuelle Aufklärung, Kampf für Sexual- und Strafrechtsform, Verteilung von Schutzmitteln an die Mitglieder.« Aus guten Gründen erwähnte Lehfeldt nicht, daß die Laienorganisation auch Hilfe bei ungewollter Schwangerschaft leisteten. Soweit Kontakte zu sympathisierenden Ärzten bestanden, wurden hilfesuchende Frauen an diese verwiesen. Aber nur die wenigsten Frauen erhielten qualifizierte Hilfe, da der überwiegende Teil der Ärzteschaft das Abtreibungs-verbot befürwortete und auch den Aktivitäten Laienorganisationen negativ gegenüber stand. So wurde der RV, der rund 200 Ortsgruppen hatte, nur in vier Groß-städten – Berlin, Hamburg, Nürnberg, Stuttgart – offen von Ärzten unterstützt. Deshalb wurden auch Abtreibungen von Mitgliedern von Laienorganisationen vorgenommen. Dazu schrieb rückblickend Hans Schmitz (geb. 1914), dessen Vater einer der führenden Aktivisten der FAUD und der ›Liga für Mutterschutz und soziale Familienhygiene‹ in Wuppertal war. »Vater war für die ›Liga‹ aktiv. (...) Im Geheimen unterstützte sie [die Liga] auch Frauen bei Abtreibungen. Es gab einige Frauen, die aufgesucht werden konnten, wenn man eine Abtreibung vornehmen lassen wollte. Meine Mutter hatte da wohl auch einige Erfahrung, gehörte auch zu ihnen. Natürlich durften wir nicht dabei sein, doch die Wohnung war so klein, daß uns das nicht verborgen blieb. (...) Ein paar Mal hat mich Mutter dann auch zum Arzt Dr. B. geschickt. (...) Er kam, wenn es Komplikationen gab, bzw. nachdem meine Mutter die Abtreibung eingeleitet hatte, um die Ausschabung vorzuneh-men.«

Aus dem anarchosyndikalistischen Spektrum sind alleine vier Fälle bekannt, wo es zu Verurteilungen kam. Die FAUD-Aktivistin Albrecht wurde 1930 in einem öffentliches Aufsehen erregenden Prozeß zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, da sie in Hindenburg (Oberschlesien) für den dortigen ›Volksbund für Mutterschutz und Sexualhygiene‹ über 100 Abtreibungen vorgenommen hatte. Luise Wich aus Ludwigshafen wurde 1933 zu einem Jahr und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Otto Bach, der Vorsitzende des RV in Sömmerda (Thüringen) wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Nach dem Kriege saß die Frau von Franz Gampe in Nürnberg wegen illegaler Abtreibung in Untersuchungshaft. Offensichtlich hatten sich in den Kreisen der Laienorganisationen vor allem Frauen, wie die kommunistische AIZ über Frau Albrecht schrieb, sich »mit der größten Gewissenhaftigkeit ärztliche Kenntnisse angeeignet« um Abtreibungen durchzuführen. Die AIZ betonte ausdrücklich, daß sie »keine Pfuscherin« sei und »kein Geld für die Abtreibungen genommen habe«.

Angesichts der geschätzten Zahl von einer Millionen Abtreibungen im Jahre 1930 kann die Praxis der Laienorganisationen gar nicht hoch genug bewertet werden. Sie boten sexuelle Aufklärung, informierten über Verhütungsmittel und Bmethoden und gaben sie preiswert an Ratsuchende ab. Damit leisteten sie einen entscheidenden Beitrag zur sexuellen Emanzipation der Arbeiterklasse. Aber diese »sexuelle Revolution«, so Atina Grossmann, war komplex und widersprüchlich. »Zwar wurde sexuelle Befriedigung für die Frauen gefordert, aber proklamiert und definiert wurde sie vorwiegend von Männern.« Diese Einschätzung trifft auch für die FAUD zu, trotz der Tatsache, daß diese in Fragen der Sexualität offener war als andere Arbeiterorganisationen. »Wir machen immer wieder die Erfahrung«, bemerkte dazu Trautchen Caspers, eine Aktivisten der FAUD und des (SFB) in Süchteln (Rheinland) »daß die Männer in unserer Bewegung die Frau nur als Sklavin, Magd und Gebärmaschine be-trachten, nicht aber als Menschen und Kameradin«. Trautchen Caspers war eine der wenigen proletarischen Frauen in der FAUD, die das Ideal der »freien Liebe« propagierte und auch praktizierte. Darunter verstand sie keineswegs »eine purifizierte bürgerliche Ehe«, wie dies im Arbeiter-Anarchismus ansonsten vertreten wurde. Sie schrieb dazu im Syndikalist: »Auch wir Proletarier sollten wissen, daß die Freiheit des Menschen auch in sexueller Beziehung gilt. Man kann häufig beobachten, daß der Mann auf Grund seiner Vormachtstellung die Frau zwingt, sich unterzuordnen, obwohl er weiß, daß ihre Liebe andere Wege geht. Diese Handlungsweise ist ebenso gemein wie die eines Wüstlings, der ein wehrloses Mädchen vergewaltigt. Diese Gier nach dem alleinigen Besitz einer Frau ist barbarisch und ein schreiender Gegensatz zu der so viel gerühmten Gleichberech-tigung der Frau.« Jedoch vertrat sie auch die Auffassung, daß die »Befriedigung des Geschlechstriebes ohne Liebe zur Perversität« führe. Mit ihren Auffassungen und ihrer Praxis bildete Trautchen Caspers eine Ausnahme in der FAUD. Jedoch gab es durchaus auch andere proletarische Frauen in der FAUD, die ähnlich dachten und lebten. Dies zeigt z.B. der Briefwechsel zwischen der erwähnten Luise Wich und ihrem 1933 emigrierten Mann Georg. Und das deutet daraufhin, daß das sexuelle Selbstbestimmungsrecht der Frau bei Basisaktivisten der FAUD nicht nur ein theoretisches Thema war.

Schwarze Fahnen in Weißensee

von Kurt Wafner

Wer in den letzten Jahren der Weimarer Republik durch Weißenseer Straßen ging, der sah da und dort an Zäunen und Hauswänden ein rosa Plakat. Drauf stand in großen schwarzen Lettern »Anarchistische Vereinigung Weißensee«. Tagungsort und Datum der Veranstaltung, Thema des Referats und Name des Referenten waren mit der Hand geschrieben. Zu denen, die diese »Einladung« beschrifteten, zählte auch ich, damals zwölf, dreizehn Jahre alt. Bernard, er gehörte dieser Vereinigung an, brachte einen Stapel Plakate nach Hause, und ich arbeitete dann mit Feuereifer für die Anarchisten. Das Kleben zu nächtlicher Stunde übernahmen dann allerdings die Erwachsenen. Aber ich durfte ein paar Mal zur Veranstaltung mit. Und lauschte dann angestrengt den Worten des Redners, von denen ich jedoch meist recht wenig verstand. Ein paar Schlagworte wie »Direkte Aktion kontra Parlamentarismus« oder »Freiheitlicher Sozialismus und Föderalismus gegen Staatsdiktatur und Zentralismus« schnappte ich zwar auf, aber sie reichten nicht aus, meinen Kopf mit einem Weltbild zu füllen. Aber ich fühlte mich wohl in diesem Kreis. Etwa zwanzig bis fünfundzwanzig Männer und Frauen trafen sich wöchentlich im Vereinslokal in der Streustraße – Arbeiter und Arbeitslose, Mechaniker, Buchdrucker, Näherinnen, Verkäuferinnen – meist Ehepaare oder Lebenspartner.

Sie wirkten unterschiedlich in ihrem Habitus, in Wesensart und Temperament. Jeder war auf seine Art eine unverwechselbare Persönlichkeit. So zum Beispiel der grobschlächtige, quirlige Transportarbeiter Franz Bollert, der langhaarige rauschebärtige Asket Flunder genannt, der selbst im Winter in Jesuslatschen erschien oder der feingliederige, sensible Musiker Gerhard Reinecke, der Wortführer dieser Gruppe. Zu ihnen gehörte auch Hertha Hanisch. Als Schwester von Margarete Steffin, der Mitarbeiterin und Geliebten Bertolt Brechts, hat auch sie einen kleinen Anteil an der deutschen Literaturgeschichte. Diese Menschen, die sich wöchentlich in der Eckkneipe Streustraße zusammenfanden, glichen so gar nicht anarchistischen Verschwörern, wie sie sich so manche braven Bürger vorstellen. Eher hatte ich den Eindruck, an einem Familien-Treff teilzunehmen. In der Tat ging es dort sehr familiär zu. So manche freundschaftlichen Bande wurde außerhalb der politischen Arbeit geknüpft.

Worin bestand nun diese Arbeit der Weißenseer Anarchisten? Sie war, wie der Historiker Dr. Andreas Graf erkundet hatte, »letztlich nur ein unverbindlicher Zusammenschluss von Einzelpersonen«. Dies jedoch entsprach ja gerade der besonderen Organisationstaktik einiger anarchistischer Gruppen. Sie verkündeten: »Besser eine nur kleine Bewegung, aber bestehend aus selbständigen Naturen, als Scharen von Mitläufern, die nur halb begriffen haben.« Inwieweit diese These auch auf die Weißenseer Gruppe anzuwenden war, konnte ich damals noch nicht feststellen. Mir jedenfalls schienen diese Menschen dabei zu sein, die Welt zu verändern. Ich fand es ungeheuerlich, was sie über ihre Haus- und-Hof-Propaganda-Aktionen berichteten. Wie sie mit Musik, Gesang und Sprechchören von Hausbewohnern oder Straßenpassanten Geld locker machten, um damit inhaftierten oder verarmten Genossen zu helfen. Oder wie sie beim Flugblattverteilen mitunter von der Polizei gejagt wurden oder bei Streik-Demonstrationen in Schlägereien gerieten. Die meisten Gruppenmitglieder gehörten zugleich der »Freien Arbeiter-Union Deutschlands« (FAUD) an, der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft, welche

die Befreiung der Arbeiter mittels »direkter Aktion« auf ihre schwarzen Fahnen schrieben.

Außer tagespolitischen Fragen standen auch Kultur und Bildung im Programm der Weißenseer Anarchisten. Ich erinnere mich an einige gehaltvolle Museumsführungen des Genossen und späteren Spanienkämpfers Rudolf Michaelis, der im Museum als Rekonstrukteur vorderasiatischer Altertümer angestellt war. Und an aufschlussreiche Lesestunden aus den Schätzen der »Gilde freiheitlicher Bücherfreunde«, die von der FAUD betreut wurden.

Eine Weihnachtsfeier fällt mir ein – es war wohl 1931. Das Vereinszimmer war angefüllt mit den anarchistischen und pazifistischen Symbolen: einer großen schwarzen Fahne und dem zerbrochenen Gewehr und einigen Porträts bedeutender Theoretiker des freiheitlichen Sozialismus, wie die anarchistische Weltanschauung auch benannt wurde. Von einem Koffer-Grammophon erklangen Lieder des Arbeitersängers Ernst Busch, dann eine kurze Ansprache, in der das christliche Fest der Liebe mit dem anarchistischen Traum von einer freien Gesellschaft gleichgesetzt wurde und dann – trat ich auf den Plan. Mit einer gehörigen Portion Lampenfieber rezitierte und las ich einige Gedichte und Prosatexte von Erich Mühsam. Ich war ja der einzige Junge in dieser Schar; dass mich die erwachsenen Freunde zu dieser weihevollen Aufgabe auserwählt hatten, machte mich unendlich stolz. Ich dachte ein paar Mal: Nun gehörst du richtig dazu!

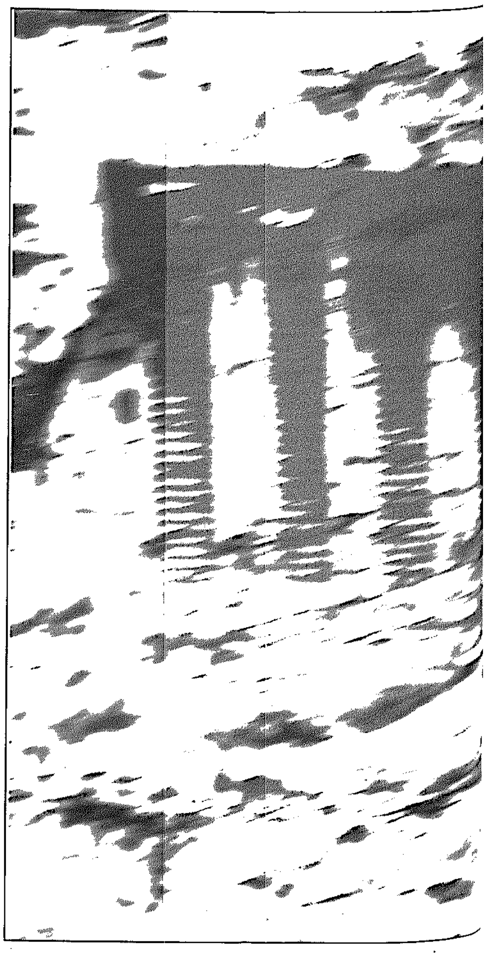
Ich hatte also bei den Anarchisten mitgemacht; ich wusste: Bernard nannte sich Anarchist, und Ernst Friedrich, den ich verehrte. Nun wollte ich mehr wissen. Was ist eigentlich Anarchismus? Wer sind die Anarchisten und was wollen sie? Das wollte ich erkunden. Und wo, so sagte ich mir wieder einmal, konnte dies besser geschehen als aus Büchern. So geschah es, dass der Dreizehnjährige bereits bei den Klassikern büffelte – bei Bakunin, Kropotkin, bei Most und Landauer und auch bei Erich Mühsam. Dieser Dichter und Rebell wurde mein Lehrmeister, mein Wegweiser an einigen Stationen meiner Fahrt durch die Zeitgeschichte.

Seinem Namen begegnete ich schon früh – zu Hause in unserem Bücherregal. Ich blätterte in dem Bändchen »Alarm – Manifeste aus 20 Jahren«, 1925 erschienen, das Proben seiner ersten literarischen Arbeiten enthielt. »Weckrufe« fand ich darin, zündende Worte des Empörers, die unter die Haut gingen. Sich wehren gegen das Unrecht in der Welt – gegen Kriege, Herrschsucht, spießbürgerliche Heuchelei! Das traf genau meine eigenen Gedanken, die noch unausgereiften Vorstellungen eines Zwölfjährigen, der mithelfen will, die Welt zu verändern. Mühsams »Marschlied der Zwölfjährigen« hatte es mir besonders angetan. Der Vers »Wir sind erwählt, ein froh Geschlecht / Die neue Welt zu baun« wurde für mich zum Programm.

Von der »Schlechtigkeit der Welt« erfuhr ich in jenen Jahren der Krisen und sozialen Auseinandersetzungen beinahe täglich – aus persönlichen Begegnungen und Zeitungsmeldungen. Und Zwang mit Rohrstock und Strafen hatte ich in den ersten Schuljahren am eigenen Leibe zu spüren bekommen; so war es nur logisch, das Mühsams »Weckrufe« bei mir auf fruchtbaren Boden fielen.

Erich Mühsam war es wohl, der mir als erster Theoretiker Zugang zum Verständnis der anarchistischen Lehre gewährte. Der begann mit der ganz emotionalen Hingabe an diese Idee; die philosophische, politische und ökonomische Seite blieb meinem Verstand noch verschlossen, öffnete sich mir erst später. Ich begriff die Idee der Herrschaftslosigkeit und des Verzichts auf staatliche Macht noch nicht als das utopisch-idealistische Ziel einer humanistischen Gesellschaft, sondern als wichtigen Anstoß zum eigenen Verhalten. Konnte ich sie auch nicht benennen, so versuchte ich bereits als Junge ganz spontan Gustav Landauers Maxime anzuwenden: »Anarchie beginnt immer jetzt und sofort!« Das heißt: mit dem Prinzip des aufrechten Ganges! Mit dem unstillbaren Drang nach Freiheit! Eine antiautoritäre Haltung heißt es im Jargon der Libertären, aber ich will präzisieren: Meine Verachtung gilt den mir aufgezwungenen Autoritäten. Menschen, die mir an Bildung, an Kenntnissen überlegen sind, erfahren meinen Respekt. Auch sie sind Autoritäten – aber sie zeigen es nicht.

So wurden also schon damals die Weichen gestellt zu einer ganz persönlichen Anarchie. Sie bewegte sich vor allem zwischen den beiden Polen: Verzicht auf Obrigkeitsglauben und Verzicht auf Machtausübung, auf die Unterdrückung Schwächerer! Diese Haltung gab mir so manches Mal bei kleinen oder großen Katastrophen seelische Überlebenshilfe. Der Regulator war dann oft Ungehorsam – in angemessener Dosierung.



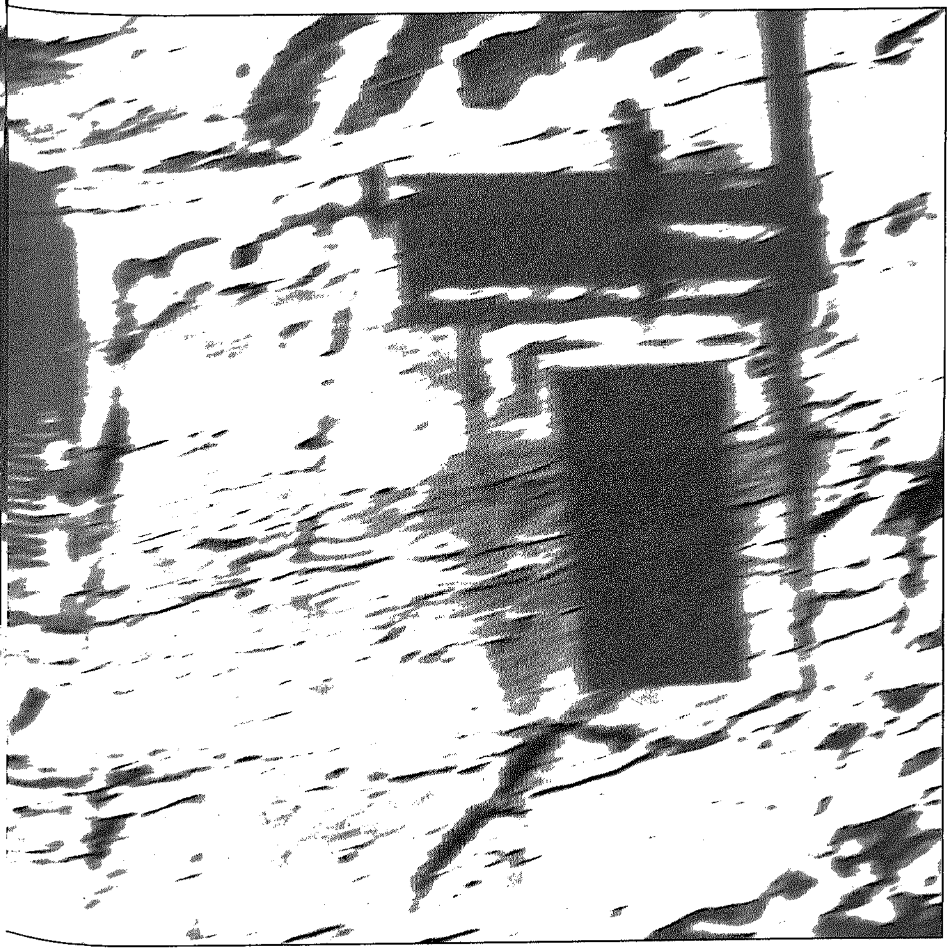
Erich Mühsam gehörte zu meinen Autoritäten. Seine unerschütterliche Menschenliebe, sein agitatorisches Engagement in den Jahren nach seiner Haftentlassung 1924, aber auch seine undogmatische Haltung gegenüber Andersdenkenden waren häufig Gegenstand erregter Debatten – in der Anarchistischen Vereinigung, aber auch bei uns zu Hause im Freundeskreis. Der war weltanschaulich bunt gemischt, denn die anarchistische Lehre verfügte über ein weites Spektrum, wie ich sehr bald erkannte – zum Beispiel kommunistische Anarchisten, Anarchosyndikalisten, Individual-Anarchisten ... Aber auch Leninisten und linke Sozialdemokraten nahmen an den Wortgefechten teil.

Was lag also einem wissbegierigen Jungen näher als der Wunsch, diesem

Mann mit seiner abenteuerlichen Vergangenheit einmal reden zu hören? Ich musste nicht lange darauf warten.

Berlin war Mühsams häufigstes Agitationsfeld Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre. Außer in den Vereinslokalen der Anarchistischen Vereinigungen in Neukölln und Weißensee war er oft Zugpferd für Großveranstaltungen, die meist in der Schule Weinmeisterstraße stattfanden. Dort erlebte ich diesen Menschen beinahe hautnah, dem ich immer ein wenig abguckte, wenn ich mal selbst ein paar revolutionäre Verse aufs Papier bringen wollte; den ich in Gedanken meiner Helden-Galerie einverleibte – zusammen mit Etienne Lantier aus Zolas »Germinal« und anderen freiheitlichen Gestalten aus meiner bunten Bücherwelt.

Der Saal war immer gerammelt voll, denn Mühsam war einer der beliebtesten Redner der anarchistischen und libertären Szene. Da stand nun dieser Mann am Pult, der mich schon so viel beschäftigt hatte – mit Bart und Kneifer und dem struppigen rötlichen Haarschopf – und redete. Von der staatenlosen Gesellschaft sprach er, in der der Mensch frei leben würde. Und dass eine revolutionäre Veränderung nur durch »direkte Aktionen« erfolgen könne – ohne Parteien und Parlamente. Mühsam verstand es, seine Zuhörer mitzureißen, wenn er ein farbiges Bild der Zukunftsträume malte, aber am feurigsten war sein Vortrag, wenn es gegen die Kapitalisten ging und gegen Spießer, Bonzen, Bürokraten.



Fotomontage: Andreas Ries

Ich verstand nicht alles, was er entwarf, war aber angetan von seinen überraschenden, bildhaften, oft mit Humor gewürzten Wendungen. Er konnte seine Gedanken so verständlich ausdrücken, dass sie seine Zuhörer emotional bewegten. Diese Gabe konnte ich später noch deutlicher feststellen, als er im Kreis der Jugendfreunde seine Erlebnisse und Zukunftsträume vor uns ausbreitete.

Die Persönlichkeit Erich Mühsams nahm einen großen Raum in meinem Leben ein. Ich war stolz, als es einige Male zu persönlichen Gesprächen kam. Ich erinnere mich an eine Begegnung mit ihm in der Geschäftskommission (GK) der FAUD, die sich am Märkischen Ufer befand. Ich hatte mich ja schon früh als Büchernarr ausgewiesen, und so erhielt ich eine sehr ehrenvolle Aufgabe in der »Gilde freiheitlicher Bücherfreunde«, die ebenfalls in diesem Gebäude untergebracht war. Ich durfte die Bücher in der kleinen Bibliothek ordnen und katalogisieren und für die Gilde Werbematerial und Broschüren zum Versand vorbereiten.

Mühsam, der dort einige Male mit Rudolf Rocker, dem Kopf der anarchosyndikalistischen Bewegung, zusammentraf, sprach mich an. Ich weiß noch, dass wir über gute Kinder- und Jugendbücher sprachen. Er wollte wissen, was ich las. Als ich ihm Autoren wie Mark Twain, Jack London, Zola und Traven nannte, war er sichtlich zufrieden. Er wollte gehen, doch dann wandte er sich noch einmal um und sagte: »Vergiss Goethe nicht! Und Heine! ... Die sind wichtig.« Dass er mir »bürgerliche« Literatur empfahl, verstand ich damals nicht so ganz, denn Bilderstürmerei gegen »unproletarische« Kunst und Literatur war auch in unseren Kreisen ziemlich verbreitet. Später beschäftigte ich mich ausführlicher mit Mühsams Kunstkonzept. Er riet den Arbeitern, sich jede Art Kunst zu Eigen zu machen. So schrieb er in dem Artikel »Kunst und Proletariat«, es sei »lächerlicher Unfug«, von proletarischer Kunst zu reden. »Kunst soll begeistern«, schrieb er. »Begeisterung ist eine Sache, die aus dem Geiste kommt. Nicht Gesinnung zu schulen ist Aufgabe derer, die dem Proletariat die Kunst zuführen wollen, sondern Gesinnung zu durchgeistigen und zu verklären. Der Geist der Kunst verträgt keine Fesseln. Weder die Dialektik noch der historische Materialismus hat mit Kunst etwas zu schaffen, nur die Kunst kann das Proletariat begeistern und entflammen, die ihren Reichtum und ihr Feuer aus der Gesinnung der Freiheit empfängt.«

Mühsam war ein sprichwörtlicher Anti-Dogmatiker und Querdenker in der anarchistischen Szene. Manch ein orthodoxer Verfechter der anarchistischen Theorien war befremdet von Mühsams zeitweiliger Annäherung an Lenins Staatsdoktrin und dessen Theorie von der Diktatur des Proletariats. Und der Kerngedanke, der den Anarchisten Müh-

sam 1918 zur Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten trieb, bewegte ihn auch in dem turbulenten Todesjahr der Weimarer Republik 1932: Die drohende Gefahr von rechts. Seine Devise lautete: Nur eine geeinte Arbeiterklasse kann den Faschismus abwehren. Darum darf sich ein Anarchist nicht scheuen, auch mit marxistisch orientierten Arbeitern zusammenzugehen. Diese Meinung stieß bei vielen Genossen auf offene oder unterschwellige Feindschaft.

Mich verband damals manche Freundschaft mit Jungen oder Mädchen aus kommunistischem Elternhaus. Auch bei uns zu Haus gingen Kommunisten ein und aus, und ich habe die meisten von ihnen als aufrechte, empfindsame und tolerante Menschen in Erinnerung. So wurde also ganz spontan und gefühlsmäßig Mühsams Ansicht zur Richtschnur meines Denkens und Handelns. Und blieb es noch lange Zeit. Noch in der Tertia der Neuköllner Karl-Marx-Schule, die ich seit April 1932 besuchte, fand ich mich mit Klassenkameraden verschiedener Weltanschauung zusammen. Uns vereinte der Hass gegen die Nazis, und jene in der Regierung, die ihnen die Türen öffneten.

Doch der Einheitsgedanke war nicht frei von Widersprüchen. Die sozialdemokratischen Arbeiter sahen wir, wie auch die Kommunisten, in der Front der Hitler-Gegner. Wie aber war es mit den SPD-Bonzen, mit den »Sozialfaschisten?« Auch Anarchisten und Anarchosyndikalisten bemängelten den schwankenden, zuweilen versöhnlicheren Kurs der SPD-Führung, und »direkte Aktionen« und Streiks richteten sich oft auch gegen Manipulationen der Sozis, die ja einen Teil der Regierung bildeten. Nun aber trat ein Ereignis ein, das die Einheits-Blüten ganz schön durcheinanderwirbeln ließen: der denkwürdige BVG-Streik in Berlin, Anfang November 1932.

Ich erinnere mich: Es war früh morgens – es muss am Freitag, dem 4. November gewesen sein -; ich stand an der Haltestelle und wartete auf die Straßenbahn. Der weite Schulweg von Weißensee nach Neukölln war der Preis für meinen »höheren Bildungsgang« mit Abitur-Abschluss an der vorbildlichen Reformschule. Ich wartete, aber die Bahn kam nicht. Nach einer Weile kam ein Mann und sagte: »Na, Junge, heute kannste lange warten. Die Bevaugeher streiken.« Ich ging nun zur Berliner Allee hoch, aber auch dort fuhr nichts. Kein Bus, keine Bahn. Aber Menschen über Menschen! Meist Leute, die zur Arbeit wollten und nicht weiter kamen. Viele standen in Gruppen zusammen und diskutierten erregt. Ich lief nun mit einigen anderen die Allee hoch zum Straßenbahnhof in der Bernkasteler Straße. Aber bis dort kamen wir gar nicht. Eine dichte Menschenansammlung hatte den Bismarck-Platz besetzt: streikende Straßenbahner. Sie riefen lauthals ihre Streikparolen: »Vertreibt die satten Bonzen in den Betriebs- und Gewerkschaftsleitungen!« Vor allem aber schimpften sie auf den Sozialdemokraten Brolat – den obersten Boss der BVG.

Plötzlich kam eine Bahn vom Hof herunter und klingelte wie verrückt. Es war nur ein Wagen. Am hinteren Eingang stand der Schaffner. Jetzt ging der Sturm los. »Streikbrecher! Schweinehund! Arbeiterverräter!«, schrie die Menge. Sie zerrte den Mann vom Trittbrett herunter und prügelte auf ihn ein. Ein weiterer Wagen wollte losfahren, aber auch er wurde angehalten. Schaffner und Fahrer rannten zurück zum Depot. Nach einer Weile rückten Mannschaftswagen der Polizei an. Die Polizisten drängten die Masse beiseite und besetzten die Bahnen. Der Widerstand wurde gebrochen, die Bahnen fuhren wieder die Berliner Allee hinunter. An jedem Eingang stand ein Polizist mit gezückter Pistole. Die Menge – die aufgebrachten Streikenden, aber auch Schaulustige – lief neben der Bahn her. »Polizeibüttel! Kapitalistenknechte!«, ertönten die Rufe. An den Haltestellen hielten die Bahnen, aber ich sah niemanden einsteigen.

Auch ich stieg nicht ein. Auch an den folgenden Tagen fuhr ich nicht zur Schule. Zu Haus und mit Freunden wurde eifrig diskutiert – über diesen sogenannten wilden Streik, der von der sozialdemokratisch orientierten BVG-Gewerkschaft nicht sanktioniert worden war. Und da erfuhr ich – und das versetzte meinem Aktionseinheits-Enthusiasmus einen gehörigen Dämpfer - : Kommunisten führten den »Arbeitskampf« gemeinsam mit den Nationalsozialisten durch. Erst später wurde bekannt, dass dieses Verhalten der augenblicklich von der Moskauer Führung und der KOMINTERN befohlenen Parteilinie entsprach.

Wir Anarchisten und Anti-Zentralisten hatten keine Linie, der zu folgen uns



befohlen worden wäre; und so musste jeder sich selbst befragen, wie er sich in diesem Fall verhalten müsse. Außer mir waren noch andere Jungen und Mädchen aus meiner Klasse der Schule ferngeblieben; doch das hatte Folgen. Unser Klassenlehrer Kaltenbacher hatte offenbar die Weisung erhalten, uns wegen »mangelnder Disziplin« zumindest ein paar pädagogische Nasenstüber zu verpassen. Ich spürte, wie schwer es diesem ruhigen, besonnenen Menschen fiel, sich nun so offensichtlich als Staatsbeamter zu produzieren. Er ließ uns einzeln antreten. »Warum bist du nicht gekommen?«, fragte er mich. »Die Bahnen sind doch gefahren.« Ich erwiderte: »Zum Laufen war es mir zu weit; und mit einer Streikbrecher-Bahn fahr ich nicht!« Ich erwartete eine Standpauke, doch Kaltenbacher sagte nur: »Ist gut. Lass die nächste kommen.«

»Uns geht die Sonne nicht unter«

Einer der Mühsam-Abende glich wieder einmal einer Weiche, die meiner Fahrt

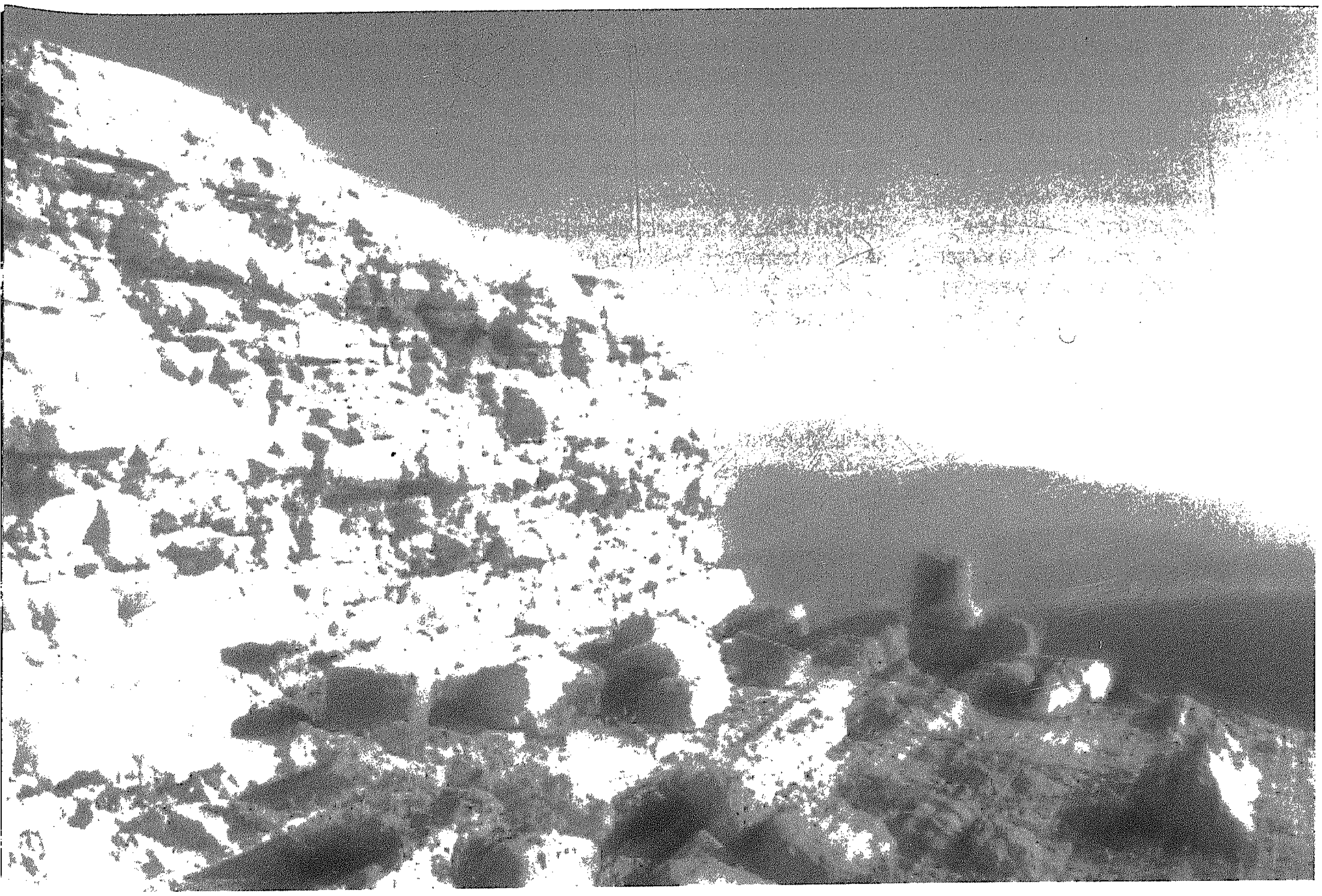


Foto: Andreas Ries

die Richtung wies. Während einer Pause traten zwei junge Männer auf mich zu und fragten, ob ich nicht bei ihnen mitmachen wolle – in ihrer Gruppe »Freie Arbeiter-Jugend« (FAJ). Sie brauchten nicht lange zu werben. Ich war sofort Feuer und Flamme.

Bereits am übernächsten Tag betrat ich klopfenden Herzens das Jugendheim in der Großen Frankfurter Straße, gegenüber dem Rose-Theater, als neu gebackenes jüngstes Mitglied dieser anarchosyndikalistischen Jugendgruppe. Sie wurde von der FAUD betreut; ihr Wahrzeichen war der schwarze Wimpel mit der roten Inschrift FAJ.

Erich Heinze, der eine Werber, arbeitete als Tischler in einer kleinen Klitsche, Herbert Teschow, der andere, als Polsterer und Dekorateur in einer großen Möbelfabrik. Auch meine anderen neuen Freunde waren Arbeiter, Handwerker, Verkäuferinnen oder Büro-Mädchen. Sie gehörten also so gar nicht zum Typus der »wild gewordenen Kleinbürger«, wie sie Lenin in seiner Schrift »Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus« bezeichnete, um den Anarchismus zu verunglimpfen. Ihnen ging es vor allem um die sehr soziale Frage: Wie helfen wir, die Arbeitsbedingungen in den Betrieben zu verbessern? Ich war nicht nur der Jüngste, sondern auch der einzige Schüler in der Gruppe. Ging es also um Schulprobleme, trat ich auf den Plan und erzählte von meinen Erfahrungen mit der Reformpädagogik.

Ich war immer hochgestimmt, wenn ich die Gruppenabende besuchte. Schon auf dem Hinweg – ich lief von Weißensee aus zur Großen Frankfurter, um das Fahrgeld zu sparen – bereitete ich mich in Gedanken auf neue Lektionen vor, die meine Kenntnisse erweitern würden. Die Geschichte des Anarchismus zum Beispiel, das Leben und Kämpfen mutiger Rebellen – das war schon aufregend.

Zu ihnen gehörte auch Erich Mühsam. Ein paar Mal folgte er unserer Einladung und sprach zu uns. Ich erinnere mich an seine lebhaften Schilderungen der Münchener Räte-Revolution. Wir saßen um ihn herum gruppiert, wie er es haben wollte, und dann legte er los. Ich bewunderte seine glänzende Fähigkeit, die Zuhörer mitzureißen. Ich erhielt eine eindrucksvolle Lektion deutscher Geschichte, als er ein farbiges Bild jener turbulenten Geschehnisse vor uns ausbreitete. Mit Stolz wies er darauf hin, das die Novemberrevolution nicht erst am 9., sondern bereits am 7. November begann. Das war der Gründungstag der Räterepublik. Und Erich Mühsam hatte ja entscheidenden Anteil daran.

Die Fragen der Genossen rissen nicht ab. Auch ich überwand meine Schüchternheit und ließ mir Einzelheiten aus seinem Leben erzählen – dem ereignisreichen Leben des Rebellen, Dichters und Bohemiens.

Prominente und erfahrene Leute als Dozenten für einen Gruppenabend zu gewinnen, das war nicht leicht. Und so war es ein besonderer Höhenflug, als ein ganz exklusiver Gast sein Erscheinen zusagte: der Vagabunden-Dichter und Anarchist Helmut Klose. Schon seine äußere Erscheinung verhieß Außergewöhnliches: der dunkle Zottelhaarschopf, das knochige, wie mit Pergament überzogene Gesicht, die schwarzen, ein wenig spöttisch blickenden Augen – das also war nun ein »Ritter der Landstraße«. Als

er zu erzählen begann, war mir, als stieße er die Tür zu einer fremden Welt auf. Klose erzählte leise und langsam. Ich erinnere mich an farbige Schilderungen steiniger Balkan-Landschaften, an Straßenstaub und Sonnenglut. Und dann ein grandioser Neuerwerb im Wissensfundus, als ich das erste Mal von einer Organisation erfuhr, die sich »Internationale Bruderschaft der Vagabunden« nannte.

Diese merkwürdig anmutende Gemeinschaft der Tippelbrüder wurde 1927 gegründet. Ihr Initiator war Gregor Gog, ehemals Freund und Weggefährte von Theodor Plivier. Gog gab auch eine Zeitschrift heraus, die sich »Der Kunde« nannte und in der sowohl namhafte Autoren wie Hermann Hesse, Oscar Maria Graf, Theodor Lessing als auch literarische Eintagsfliegen zu Wort kamen. Der Höhepunkt dieser Vagabunden-Bewegung war das große Vagabunden-Treffen zu Pfingsten 1929 in Stuttgart, der auch eine Kunstausstellung angeschlossen war – mit Werken einiger in linken Kreisen geschätzter Vagabundenmaler wie Hans Tombrock, Gerhart Bettermann und anderer. Zu weiteren künstlerischen Aktivitäten gehörte der Film »Vagabund«, 1930 im Berliner Marmorhaus uraufgeführt. Zu den Darstellern zählten Gregor Gog und auch Helmut Klose.

Die Motivationen zur Landstreicherei waren unterschiedlich. Nicht nur soziale Not, nicht nur der Hunger trieb Tausende auf die Landstraße, sondern auch der Lebenshunger, der unbändige Freiheitsdrang. Diesen nun auch in politische, in klassenkämpferische Bahnen zu lenken, hatte sich die »Bruderschaft der Vagabunden« zur Aufgabe gemacht. Die freiheitliche, antiautoritäre, ja anarchistische Komponente der Vagabundenbewegung glich sehr stark den Denkweisen der politisch oder gewerkschaftlich organisierten Anarchisten oder Anarchosyndikalisten. So gehörten einige führende Köpfe der Bruderschaft auch der FAUD an. Einer von ihnen war Helmut Klose.

Aber es gab auch Wanderungen weltanschaulicher Art. Gregor Gog, der »König der Vagabunden«, der viele Jahre lang einen religiös-mystischen Anarchismus auf die Fahne gehoben hatte, sah nach seiner Sowjetunion-Reise 1930 das Heil der Menschheit in einer Staatsdiktatur Leninscher Prägung. Dieser Wandel empörte viele seiner Weggefährten und Kunden-Brüder. Deren Freiheitsbegriff kollidierte doch allzu stark mit dem strengen Reglement der Kommunistischen Partei, der sich Gregor Gog angeschlossen hatte. Dessen Abkehr von der Idee der Freiheit habe der Bruderschaft den Todesstoß versetzt, sagte Helmut Klose. Er hatte sich ebenfalls von seinem ehemaligen Freund getrennt.

Kloses farbige Bilder von der Welt der Vagabunden weckten meine Neugier. Am liebsten wäre ich selber losgetippelt, hätte das »freiheitliche Leben auf der Landstraße« genossen. Aber das ging natürlich nicht. Immerhin beschloss ich, diese Außenseiter der Gesellschaft nun literarisch zu erleben. Ich las alles über Vagabundentum, was ich in die Hände bekam. Das »Hauptwerk« waren natürlich die Hefte des »Kunden«. Dort fand ich in Poesie und Prosa jene Namen wieder, die in der Literatur der Kundenbewegung einen festen Platz einnahmen. Und ich fand Jo Mihaly. Sie speiste meine Entdeckungsfreude aus mehreren Quellen. Sie war Vagabundin, Gefährtin von Gog, Klose und anderen Wortführern der Vagabundenkultur. Sie dichtete, malte, schuf Graphiken; sie schrieb Erzählungen und Romane und wandte sich mit großer Hingabe den Zigeunern zu (ihr Kinderroman »Michael Arpad und sein Kind« rief Erinnerungen an meinen Klassenkameraden Jurka wach). In der Nazizeit emigrierte sie in die Schweiz und setzte sich dort unermüdlich für eine blühende Emigranten-Kultur ein. Aber die Krönung ihrer musischen Qualitäten war der Ausdruckstanz. Damit vor allem hatte sie mich eingefangen.

Ich erinnere mich an den 1. Mai 1932. Die FAUD hatte zu einer großen Maifeier aufgerufen, die im Saal des Gartenrestaurants »Löwen-Böhmisch« in der Landsberger Allee stattfand. Unsere FAJ hatte auch dort einen Tisch aufgebaut mit Transparenten, Fotos und »jugendbewegtem« Propagandamaterial. Der Saal war knüppelvoll, die Atmosphäre fröhlich-feierlich. Niemand hatte wohl daran gedacht, dass er hier den letzten 1. Mai unter noch immerhin freien Bedingungen feiern würde. Selbst als dann Erich Mühsam an das Podium trat und in einer zündenden Rede auch auf die drohende Gefahr von rechts hinwies, trübte das die Feststimmung nicht. Dann das Kulturprogramm: Die Kampftruppe »es blitzt« trat auf, Ilse Trautschold sang Chansons und dann der Clou: die Tanzkunst der Mihaly. Ich hatte nie zuvor Bühnentanz gesehen – außer dann und wann eine Girl-Truppe im Kino. Aber was sich hier darbot, war mehr als Tanz. Das war getanzte Dichtung. Ich war überwältigt, als sie in »Vision eines Kriegers« gestisch, mimisch, pantomimisch Tod und Verderben, Trauer und Leid zur Schau brachte. Ihre Schlussposition wurde zur Kampfansage, zur Mahnung »Nie wieder Krieg!«

Was die Künstlerin im Einzelnen darbot, weiß ich nicht mehr, aber ich entsinne mich der Vielfalt ihrer Ausdrucksmittel: Lebensfreude, Sinnenfreude, Mütterlichkeit und – das hat sich mir vor allem eingeprägt – der getanzte Hass auf all diejenige, die diese menschlichen Freuden verhindern. Eine starke sozialkritische Note war spürbar. Und ich machte die erfreuliche Erfahrung: Ausdruckstanz hat auch mit Denken, mit Nachdenken zu tun.

Später las ich in einer Rezension des Schweizer Dichters Albin Zollinger über die Tanzkunst der Jo Mihaly: »Ich habe etwas so Dichterisches von Tanz bis dahin noch nie gesehen. Dichterisch auch im Sinne von dicht: Diese Tänze dauern alle vielleicht eine Minute oder zwei; aber das Motiv ist so genial und der Ausdruck so strahlend, dass etwas darüber hinaus nicht zu sagen bleibt... Ihre Kraft der Konzentration allein beweist eine ganz große Künstlerschaft...«

Ob über theoretische oder brandaktuelle Themen referiert und diskutiert wurde, niemals schlich sich Langeweile in unsere Gruppen-Treffs. Die fanden oft auch außerhalb des Tagungsortes statt. Wurde zu Kundgebungen, Demonstrationen oder Vorträgen und Feierstunden der FAUD aufgerufen – wir waren dabei. Oft verkauften wir den »Syndikalist« oder andere Zeitungen und Broschüren – und verteilten Propagandamaterial, das vor allem die Jugend zum freiheitlichen Denken mobilisieren sollte. Einmal hatte unsere FAJ einen eigenen Stand auf dem Weihnachtsmarkt in der Warschauer Straße aufgebaut. Blickfänger war eine große schwarze Fahne; und mit dem Gesang unserer schönsten Gruppenlieder versuchten wir Stimmengewirr und Weihnachtsmelodien zu übertönen, die ein Leierkasten in die Lüfte beförderte.

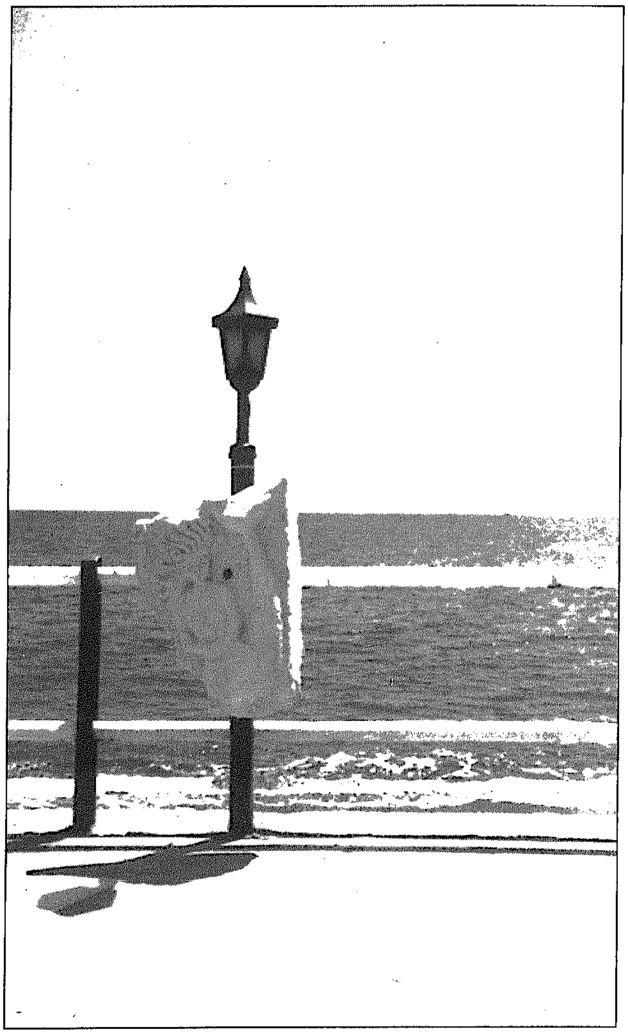
Wir jungen Genossinnen und Genossen nutzten natürlich für unsere politische Arbeit und unsere Bildung das Potential der FAUD: Wir waren Mitglieder

der »Gilde freiheitlicher Bücherfreunde«, wir besuchten Vorträge über Literatur, Sexualreform und Freidenkertum. Und einige unserer jungen Frauen und Männer gehörten dem Ensemble der Kampftruppe »es blitzt« an, einer proletarischen Laienbühne. Meist leitete sie einen Vortragsabend oder eine Feierstunde ein mit Szenen, die von der Tagespolitik bestimmt waren: Arbeitslosigkeit, Polizeiwillkür, reaktionäres Treiben in Betrieben und Schulen. Es waren im Grunde Agitprop-Aufführungen ohne künstlerischen Anspruch, aber sie trafen bei mir einen entscheidenden Nerv – die Liebe zum Theater.

Nie vergesse ich auch eine FAUD-Veranstaltung mit Theodor Plivier in der Schul-Aula Weinmeister Straße. Ich sehe ihn noch vor mir – hinter dem Lesepult, seine massige Gestalt, ein typischer Seebär. Er las laut und eindringlich aus »Des Kaisers Kuli«. Er las nicht nur. Immer unterbrach er und erzählte abenteuerliche Schnurren aus seinem bewegten Leben. Von Zeit zu Zeit griff er zum Glas neben sich und trank genüsslich. Ich hörte einen flüstern: »Denkt bloß nicht, dass das Wasser ist!« Plivier war für mich eine neue literarische Erfahrung. Ich beschloss, all seine Bücher zu lesen.

Höhepunkte im Gruppenleben waren unsere Fahrten in die Umgebung Berlins. Meist hieß es: Treffpunkt am Schlesischen Bahnhof, unterm Glasdach. Und dann ging es los, mit der Vorort-Bahn in die Märkische Heide. Übernachtung in Jugendherbergen oder auf Heuböden. Und die oft geschilderte Wandervogelromantik umgab auch uns: Wandern mit Rucksack und Klampfe – und mit dem sehr typischen Element der Jugendbewegung in der Weimarer Zeit: Laut erschallen unsere Lieder durch Wald und Flur-, Volks- und Fahrtenlieder. Favorit war: »Wilde Gesellen vom Sturmwind durchweht / Fürsten in Lumpen und Loden« mit dem so optimistischen Refrain: »Uns geht die Sonne nicht unter«. Auch das Lagerfeuer mit Singen, Spielen und Geschichten erzählen gehörte zu einem zünftigen Fahrten-Erlebnis. Manchmal wurde die Wegstrecke per Pedale absolviert oder eine Bade-Fahrt war angesagt.

Ein anderes Bild drängt sich in meine Erinnerung: Treffpunkt wie immer unterm Glasdach. Aber unsere Rucksäcke sind doppelt so schwer wie sonst. Wir fahren in die Nähe von Freienwalde, doch nicht zum Wandern, Spielen oder Baden. Haus- und-Hof-Propaganda heißt die Devise. Unsere Rucksäcke enthalten die neueste Ausgabe des »Syndikalist« und diverse Broschüren. Wir teilen die Gehöfte unter uns auf. Ich ziehe los mit einem Packen Zeitungen unter dem Arm. Auf einem Hof zwischen Scheune und Stall empfängt mich eine junge Frau mit einer Schar Kinder an der Schürze. Ich muss erst Anlauf nehmen, um die wirksamsten Agitatoren-Worte zu finden, doch dann geht es ganz gut. Auch die kleinen Bauern und Landarbeiter müssen ja unter der Wirtschaftskrise leiden, und die Parteien versprechen das Blaue vom Himmel – aber ändern würde sich nur etwas, wenn die Arbeitenden in Stadt und Land ihre Betriebe in eigene Hand nehmen würden... Ob die junge Frau meine eifrigen Tiraden richtig verstand, weiß ich nicht. Sie war offenbar so überrascht, dass da ein Hausierer kam, der nicht Knöpfe oder Gummiband verkaufen wollte, sondern Gedrucktes, dass sie mir außer einer Zeitung auch noch eine Broschüre abkaufte.


Foto: Andreas Ries

Ich glaubte nach dem Erfolg meines ersten Werbe-Auftritts bereits »Bühnenreife« erlangt zu haben, aber es kam anders. Beim nächsten Anlaufpunkt – es war ein mehrgeschossiges Miethaus – waren wir zu zweit. Wir fingen oben an, wie man es uns beigebracht hatte, um uns, wenn notwendig, den Fluchtweg nicht zu verbauen. Ein etwas älterer Mann öffnete, schon ziemlich unwirsch. Ich hielt ihm die Zeitung unter die Nase und wollte gerade mit meinem Spruch beginnen, da begann er loszupoltern – er hatte wohl in einer Schlagzeile das Wort »Anarchismus« gelesen. »Anarchisten seid ihr? Ihr habt mir gerade noch gefehlt! Macht, das ihr wegkommt!« Mein Begleiter wollte ihn noch beruhigen, doch die gar zu deutlichen Drohgebärden des Mannes ließen es uns für sinnvoller halten abzuhauen.

So lernte ich also die Tücken der »Überzeugungsarbeit« kennen. Und erfuhr: Auch einige meiner Freunde mussten Fluchtwege einschlagen. Immerhin gelang es mir, zum Schluss unserer Aktion ein paar verkaufte Zeitungen und Broschüren abzurechnen.

Aus Teil 1 des Buches von Kurt Waffner »Ausgeschert aus Reih' und Glied – Mein Leben als Bücherfreund und Anarchist« 240S. DM 29.80, für Fadenleser DM 25.- Verlag Edition AV, Postfach 500 202 60392 Frankfurt/M

Postvertriebsstück *E9860* Entgelt bezahlt*
ISSSN 0722-8988
Trotzdem Verlag, PF1159, 71117 Grafenau

